BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

16. Wahlperiode

Plenarprotokoll 16/80

06. 09. 00

80. Sitzung

Mittwoch, 6. September 2000

Vorsitzende: Erster Vizepräsident Berndt Röder und Zweite Vizepräsidentin Sonja Deuter

Inhalt

Mitteilungen des amtierenden Präsidenten

Abwicklung und Änderung der **Tagesordnung** 3917 A

Aktuelle Stunde 3917 A

Fraktion der CDU:

Rechtsextremismus und seine Ursachen 3917 B

mit

Fraktion der GAL:

Zivile Bürgergesellschaft stärken, demokratische Grundwerte verteidigen, Rassismus und Rechtsextremismus konsequent bekämpfen 3917 B

und

Fraktion der SPD:

Gegen Rechtsextremismus – für ein tolerantes, weltoffenes Hamburg 3917 B

Ole von Beust CDU 3917 B, 3924 A

Dr. Holger Christier SPD 3918 A

Antje Möller GAL 3918 D

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke 3919 C

Ortwin Runde, Erster Bürgermeister 3920 B

Dr. Roland Salchow CDU 3921 C

Erhard Pumm SPD 3922 A

Christa Goetsch GAL 3922 C

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke 3923 B

Walter Zuckerer SPD 3924 D

Dr. Martin Schmidt GAL 3925 D

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke 3926 C

Karl-Heinz Ehlers CDU 3927 B

Rolf-Dieter Klooß SPD 3928 A

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Wirtschaftsbehörde
– Drs 16/4587 – 3928 D

Ergebnis 3948 A

Senatsantrag:

Haushaltsplan-Entwurf 2001 und Finanzplan 2000 bis 2004
Zusätzlicher Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Bediensteten
– Drs 16/4524 – 3929 A

Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel, Senatorin 3929 A

Dr. Michael Freytag CDU 3933 A

Jan Ehlers SPD 3937 B

Anja Hajduk GAL 3940 D, 3946 A

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke 3944 B

Michael Waldhelm CDU 3946 D

(Bereits im Vorwege überwiesen)

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben
– Drs 16/4562 – 3948 A

Beschlüsse 3948 A

Bürgerschaftsdrucksachen – außer Senatsvorlagen – sind – gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier – zu beziehen bei:
Druckerei Wartenberg & Söhne GmbH, Theodorstraße 41w, 22761 Hamburg, Telefon 89 97 90-0

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben
– Drs 16/4563 – 3948 A

Beschlüsse 3948 B

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben
– Drs 16/4564 – 3948 A

Beschlüsse 3948 C

A **Beginn: 15.03 Uhr**

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur ersten Sitzung nach der diesjährigen Sommerpause. Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich darauf hinweisen, daß heute zum ersten Mal die neue Beschallungsanlage zum Einsatz kommen wird.

(Bernd Reinert CDU: Wie bitte? – Ole von Beust CDU: Das ist zu leise!)

Diese wird heute noch ausgesteuert, so daß Sie im hinteren Teil des Plenarsaals möglicherweise den einen oder anderen Ihnen unbekannten Techniker entdecken werden. Ich bitte alle Rednerinnen und Redner, die Mikrofone am Rednerpult so einzustellen, daß Sie die dort befindliche grüne Anzeige sehen können. Das können Sie durch das Herauf- und Herabfahren des Mikrofontisches erreichen. Diese Anlage wird dann dem Plenum ganz präzise ihre jeweilige Stimme und Ihren Redebeitrag vermitteln.

In Abänderung der Empfehlung des Ältestenrats wurde die zu Tagesordnungspunkt 39 angemeldete Debatte zurückgezogen. Der Punkt wird auf die Sitzung am 20. September 2000 vertagt.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Rechtsextremismus und seine Ursachen

B von der GAL-Fraktion

Zivile Bürgergesellschaft stärken, demokratische Grundwerte verteidigen, Rassismus und Rechtsextremismus konsequent bekämpfen

sowie von der SPD-Fraktion

Gegen Rechtsextremismus – für ein tolerantes, weltoffenes Hamburg

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die drei Themen gemeinsam aufzurufen. Wird das Wort gewünscht? – Herr von Beust hat es.

Ole von Beust CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hätten uns sicherlich alle gewünscht, nach der Sommerpause über erfreulichere Themen als über Extremismus und Gewalt debattieren zu können. Aber die Vorfälle der letzten Wochen und die Berichterstattung darüber, die Verunsicherung der Betroffenen und die Reaktionen im Ausland machen eine solche Debatte unumgänglich, weil die Diskussionen in diesem Lande und im Ausland darüber stattfinden. Ich spreche sicherlich im Namen aller, wenn ich sage, Gewalt ekelt uns an, egal ob von Rechts, Links oder ob es sich um reine Brutalität handelt. Intoleranz, willkürliche Diskriminierung und Gewalttätigkeiten sind etwas Widerliches.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Sie berühren uns ganz besonders, wenn sie – offen oder getarnt – mit der Verharmlosung oder gar Verherrlichung der Nazizeit einhergehen. Natürlich hat das Deutschland des 21. Jahrhunderts, die heutige Demokratie, nichts mit zwölf Jahren Nationalsozialismus zu tun. Ich halte auch nichts von Dauerbelehrung, aber, ob wir wollen oder nicht, wir stehen in der Erinnerung und der Verantwortung der deutschen Geschichte, zu der menschenverachtende Verfolgung von Minderheiten gehört. Das ist es, was uns heute wieder bewegt: Feige Überfälle von Banden auf Menschen nur wegen ihres Andersseins. C

Wir wissen, es sind nur wenige, die so etwas tun, und nur einige, die dabei klammheimliche Freude empfinden mögen. Aber, die ganze Autorität des demokratischen Staates ist hier gefordert, um dieses ein für allemal zu unterbinden.

(Beifall bei der CDU, bei Dr. Mathias Petersen SPD und bei Antje Möller und Dr. Martin Schmidt, beide GAL)

Wenn ich Autorität meine, denke ich weniger an demonstrative Betroffenheitsrituale. Wir, die Abgeordneten und die Regierenden, sind gewählt worden, um zu handeln. Dieses Handeln, das Zeigen der Autorität des demokratischen Staates ist um so wichtiger, da ich davon überzeugt bin, daß die von manchen als mangelhaft empfundene staatliche Autorität mit eine Ursache extremistischen Denkens ist. Ich bin skeptisch, wenn als alleinige Ursache immer wieder soziale Probleme genannt werden. Natürlich gibt es diese. Alle Erkenntnisse über die soziale Zusammensetzung von Skinheadgruppen machen deutlich, daß es sich nicht um perspektivlose Arbeitslose handelt, die in ihrer Verzweiflung gewalttätig werden. Es handelt sich überwiegend um junge, teilweise ganz junge Leute, Schüler, aber auch viele, die Schulabschlüsse, Lehrstellen oder einen Arbeitsplatz haben. Gewalttätigkeit und Provokation solcher Leute verlangen nach der Autorität der demokratischen Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

Konkret heißt das für mich: Wer Gewalt ausübt oder in einer Gruppe andere bedroht, darf nicht darauf vertrauen, daß oft wochen- und monatelang nichts passiert. Körperverletzung und Bedrohung müssen zukünftig zur Untersuchungshaft führen können. Konsequentes und schnelles Handeln heißt hier, die Untersuchungshafttatbestände endlich zu ergänzen. D

(Beifall bei der CDU)

Gleiches gilt für mich beim Jugendstrafrecht. Bislang ist die Durchführung des beschleunigten Verfahrens im Jugendstrafrecht ausgesprochen schwierig. Damit die Bestrafung auf dem Fuße folgen kann und Opfer und Staat nicht verhöhnt werden, ist eine Beschleunigung und eine Änderung notwendig.

Aus meiner Sicht ist auch über die Änderung des Demonstrationsrechts nachzudenken. Der Kernbereich dieses demokratischen Rechts ist unstrittig. Daß es aber allein der Willkür von Demonstranten unterliegt zu entscheiden, wann und wo sie demonstrieren wollen, und die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung keine Rolle spielen, halte ich nicht für zeit- und sachgemäß.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen die Autorität des demokratischen Staates. Das heißt, bei Straftaten, insbesondere bei Gewalttaten niemals wegzugucken. Wer nach gewalttätigen Demonstrationen rechtsfreie Räume duldet, wer die Justiz anhält, mehr Verfahren zur Begnadigung einzustellen, statt zu verurteilen und Stärke zu zeigen, der darf sich nicht über wachsende Kriminalität im extremistischen Bereich wundern. Wir brauchen Hilfen für Familien und Erziehende, die nicht allein gelassen werden dürfen, die verhindern, daß

(Ole von Beust CDU)

A Jugendliche anfällig werden, sowie Ermunterung und Belohnung von Zivilcourage. Dieses zusammen schafft Abhilfe. Unsere Demokratie muß stark genug sein und ist stark genug, um mit dieser Brut fertig zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Christier.

Dr. Holger Christier SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unbekannte schänden am 2. August mit Naziparolen die KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Am 16. August wird in Brandenburg ein achtundzwanzigjähriger Angolaner von rechten Jugendlichen attackiert. Das sind zwei beliebig herausgegriffene Beispiele von mehr als 760 Vorfällen ähnlicher oder noch weit schlimmerer Art in diesem Jahr.

Gewalt und Intoleranz gegenüber Minderheiten haben gefährlich zugenommen. Ausländer, Obdachlose, Andersdenkende und anders Aussehende werden von rechtsextremistischen Gewalttätern gejagt, angepöbelt, geschlagen, gar getötet. Es ist unsere gemeinsame demokratische Aufgabe, dieser verhängnisvollen Entwicklung energisch Einhalt zu gebieten.

(Beifall bei der SPD, der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Auch in unserer Stadt zeigen sich Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß provokativ und offen wie nie zuvor. Ein Potential an Sympathie in der Gesellschaft ist mindestens zu vermuten. All denen sagen wir, wir werden nicht dulden, daß Menschen in unserer Stadt, unabhängig von Hautfarbe, Nationalität, Religion oder Lebensgestaltung, in
B Angst und Schrecken leben. Deshalb gilt für uns, wir unterstützen die konsequente Linie von Polizei und Verfassungsschutz in ihrem Kampf gegen Rechtsextremismus. Das Verbot des „Hamburger Sturms“ ist für uns ein richtiges Zeichen.

(Beifall bei der SPD, vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir unterstützen alle Anstrengungen in Schule, Bildungs- und Jugendeinrichtungen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Wir begrüßen die vielfältigen Initiativen aus dem Bereich der Medien. Es wird viel über Ursachen des Rechtsextremismus geredet. Der eine setzt beim Individuum an, der andere redet von Versagensängsten, Frustrationen, der dritte vom sozialen Wandel oder gar von der Globalisierung. Was immer die richtige Antwort ist, wir akzeptieren kein einziges Ergebnis von Ursachenforschung als Vorwand dafür, andere Menschen zu drangsalieren oder gar zu töten.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der GAL und bei Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wir akzeptieren aber auch nicht – da hat mir Ihre Rede, Herr von Beust, in Teilen nicht gefallen – Ursachenforschung für zu kleinteilige, zu kleinschrittige tagespolitische Auseinandersetzungen.

Der Schriftsteller Peter Schneider hat angesichts der Welle rechtsextremer Gewalt gemeint, der zivile Konsens in unserem Land befinde sich in Auflösung. Wenn diese Prognose richtig wäre, wäre das verhängnisvoll. Die Antwort kann nur sein, wir müssen versuchen, das Leitbild der Zivilgesellschaft, möglichst sogar der zivilcouragierten Gesellschaft, zu stärken. Unsere Demokratie ist wehrhaft, unsere Demokratie ist selbstbewußt. Sie hat die Kraft, das gesellschaftliche Klima zu ändern. Sie hat die Kraft, Autorität zu zeigen, Zeichen der Härte und der Toleranz zu setzen, Gesten der Mitmenschlichkeit. Deshalb kommt es für mich vor allem darauf an, dauerhaft die Abwehrkräfte des demokratischen Staates zu stärken. Wir müssen viele gewinnen, die Flagge und sich auf der Straße zeigen. C

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: O ja!)

Wir begrüßen es deshalb sehr, daß sich auf Einladung des DGB ein „Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Rechtsextremismus“ gebildet hat. Wir werden weiter daran mitwirken und hoffen, daß sich auch das mediale und kreative Potential dieser Stadt daran beteiligt.

Für die Politik erwachsen daraus vielfältige Aufgaben. Ich halte im Moment nichts oder wenig von Verboten oder Einschränkung von Grundrechten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Demokratisches Selbstbewußtsein legt ein anderes Umgehen mit dem Rechtsextremismus nahe. Deshalb – Stichwort Internet – darf auch der Staat seine Instrumente überprüfen. Wir können einiges dazu tun, in unseren Äußerungen darauf zu achten, nichts zu sagen, was für anfällige Menschen als Bestätigung oder Ermutigung verstanden werden kann.

(Beifall bei der SPD, der GAL, der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Auch die Gesellschaft ist gefordert. Ich habe keine Angst um unsere Demokratie. Sie ist gefestigt. Aber es gibt Situationen, und gegenwärtig existiert eine solche, in der dies D
auch gezeigt werden muß, wo die Demokraten aus der Sofaecke müssen, wo Schulen, Medien, Betriebe, Vereine und auch das eigene Zuhause Orte sein können, um Position zu beziehen. Von daher geht der Appell auch an den einzelnen, nämlich, wie die Hamburger Erklärung sagt, nicht tatenlos zuzusehen, wenn physische und psychische Gewalt gegen Mitmenschen verübt wird. Der Kampf gegen Haß, gegen dumpfe Gesinnung, gegen Intoleranz ist äußerst mühsam, langwierig, ganz vermutlich nie zu gewinnen und keinesfalls frei von Rückschlägen. Aber es gibt keine Alternative. Deshalb sollte von hier und heute ein Signal ausgehen für das, was wir im Verstand und in den Herzen der Menschen verankern wollen, nämlich ein weltoffenes, ein tolerantes Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL sowie vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt keine einfache Beschreibung der Situation, in der wir uns befinden, und es gibt auch keine einfache Lösung. Das haben meine beiden Vorredner ebenfalls gesagt. Außerdem ist jeder Populismus fehl am Platze.

Der Rechtsextremismus, der uns in dieser gewalttätigen, marschierenden und demonstrierenden Form auf den Straßen der Bundesrepublik begegnet, ist die extremste Form einer in unserer Gesellschaft immer vorhandenen latenten Stimmung. Das ist das Schlimme daran, und das macht dabei so hilflos. Manche machen es sich ein wenig leicht, indem sie von Ausländerfeindlichkeit sprechen. Da-

(Antje Möller GAL)

gegen könnte man etwas unternehmen, indem man zum Beispiel ein Einbürgerungsgesetz formuliert. Oder man spricht von Rassismus oder Antisemitismus und wundert sich dann, daß Obdachlose überfallen, Behinderte geschlagen und andere, die nicht dem Klischeetyp des oder der Deutschen entsprechen, mit gewalttätigem Haß angegriffen werden.

Es ist aber auch politische Gewalt gegen die Demokratie, gegen politisch Andersdenkende. Gegen die muß sich die Zivilgesellschaft mindestens genauso wehren. Politiker und Politikerinnen haben eine besondere Verantwortung. Es ist unsere Pflicht, parteilich zu sein, für alle Minderheiten einzutreten und die Grundrechte zu gewährleisten. Herr Christier hat das eben schon betont. Es geht nicht um die Einschränkung der Grundrechte. Sich vor die Schutzbedürftigen zu stellen heißt die Grundrechte für alle zu gewährleisten, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit nicht einzuschränken. Das heißt aber um so mehr, daß wir die politischen Stichwortgeberinnen benennen müssen. Die großen Appelle an die Bürgerinnen zu mehr Zivilcourage, demonstrative Akte von Menschen, die in der Öffentlichkeit stehen, werden zur Farce, wenn wir in unserer eigenen Wortwahl in der politischen Auseinandersetzung die rechten Tendenzen und die Ausgrenzung unterstützen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich wiederhole an dieser Stelle noch einmal die Sätze: „Kinder statt Inder“, „Wir brauchen mehr Ausländer, die uns nützen, und weniger, die uns ausnützen“. Dann gibt es noch das Wort „Restkrebsgeschwür“, das am 12. Mai 2000 in der Hamburgischen Bürgerschaft bei der Bauwagen-Debatte in bezug auf die Bewohner und Bewohnerinnen von seiten der CDU fiel. Ich erwähne das, weil bisher die Entschuldigung fehlt. So geht es nicht. Ein Zitat aus der „Frankfurter Rundschau“ paßt gut dazu:

> „Jetzt, in dieser Debatte, klopfen die politischen Stichwortgeber auf die bösen rechten Finger, zu denen die Nervenstränge aus ihren eigenen Sprachzentren laufen.“

Wir müssen aufpassen, die Grenzlinien in den Debatten ziehen und endlich mit dem leichtfertigen Umgang mit Worten aufhören. Populismus ist leicht, und einfache Dinge zu erklären ist ebenso leicht. Ich wünsche mir aber im nächsten Jahr einen Wahlkampf, in dem „die Ausländer“ kein Thema sind,

(Beifall bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

in dem wir nicht über Toleranz – in Klammern: Duldung – reden, sondern über Anerkennung. Da muß auch die Mehrheit etwas tun, denn Anerkennung ist mehr als Toleranz. Solche Worte müssen wir benutzen, und das müssen wir auch vorleben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zivile Selbstverständlichkeiten und Zivilcourage sind sowohl für die Menschen in Stadt und Land als auch für die Politikerinnen und Politiker nicht bequem. Der Rechtspopulismus braucht keine Argumente. Dieses Problem müssen wir lösen. Die Forderung nach mehr Staat und Polizei reicht dann nicht aus. Es gibt kein gravierendes Vollzugsdefizit, wir brauchen keine Sondergesetze, keine Einschränkung der Rechte.

Wie gehen wir an gegen das Gegröle? Wie kann es gelingen, die Mitläufer wieder in die demokratische Gesellschaft hineinzuholen? Zivilgesellschaft stärken, sagt sich leicht, ist schwer zu erreichen. Wie bringt man den Menschen Selbstvertrauen und Ziele bei? Wie verhindert man, daß sie aus wirtschaftlichen Entwicklungen herausfallen, und das – ohne jede Arroganz – von West nach Ost? Dazu gehören die Ideen, die wir zum Glück in den Medien und in der Öffentlichkeit finden: Stiftung „Zukunftsinitiative Jugend“, der „Hamburger Ratschlag“, „Sportler gegen Rechts“. Wir brauchen ehrenamtliche Aktivitäten und müssen internationale Kontakte fördern. Wir brauchen möglicherweise schnell ein Antidiskriminierungsgesetz. Ich wünsche mir, daß wir die Debatte darüber noch einmal in der Bürgerschaft aufnehmen.

Ein wenig hilfreich ist die Tatsache – das sollte aber auf keinen Fall ein Trost sein –, daß es in der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit immer wieder Wellen faschistischer Gewalt gab. Es ist uns immer gelungen, dagegen anzugehen. Auch heute ist ein kleiner Anfang gemacht. Ich hoffe, daß das Thema weiterbewegt wird und daß es uns gelingt, Zivilgesellschaft und Zivilcourage nicht nur als Worthülsen bestehenzulassen, sondern überzeugend mit Inhalten füllen zu können.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Aufmerksamkeit, mit der sich jetzt viele diesem Thema widmen, war schon lange überfällig. Nicht erst seit der Sommerpause haben Nazis offensiv versucht, wieder Fuß zu fassen, haben Menschen verfolgt, bedroht und umgebracht.

Wenn Sie sich kurz daran erinnern: Wir haben in den letzten zwölf Monaten schon mehrmals über dieses Thema geredet, wir haben gewarnt und wir waren empört, auf wie wenig Interesse das in diesem Hause gestoßen ist. Ich könnte Ihnen Zitate aus diesen Debatten vorlesen, Sie würden jetzt angesichts dessen, was Sie gesagt haben, rot werden.

(Heino Vahldieck CDU: Nur Mut!)

– Ich bin froh, daß Sie jetzt den Ernst der Lage erkannt haben.

Natürlich ist es notwendig, die Auseinandersetzung mit dem existierenden Faschismus in dieser Stadt immer und gerade jetzt wieder zu führen; nicht nur, weil der sogenannte Standort Deutschland, um den sich Herr von Beust Sorgen macht, weil er angesichts der Berichterstattung über menschenmordende Glatzen und andere antifaschistische Aktivitäten gefährdet ist, sondern weil neue Opfer um ihrer selbst willen verhindert werden müssen. Natürlich wissen wir, wie anfällig offenbar viele Menschen in diesem Lande für ausgrenzendes, rassistisches und in der Konsequenz totalitäres Gedankengut sind. Dagegen müssen wir laut werden. Wir müssen alle diese Tendenzen ernst nehmen, denn nie wieder dürfen wir bezweifeln, daß Faschisten und Neonazis ernst meinen, was sie sagen, und daß sie Ernst machen, wenn sie die Gelegenheit dazu bekommen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Carmen Walther SPD)

Auch wenn im Moment nicht die direkte Machtübernahme droht, darf sich niemand in Sicherheit wiegen, denn rechtes Gedankengut kann auch weit unterhalb dieser Grenze das gesellschaftliche Klima vergiften. Das erleben wir ge-

(Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke)

rade und immer wieder auch in Hamburg. Deshalb haben wir eine besondere Verpflichtung, aller Verbreitung dieses Gedankengutes konsequent entgegenzutreten. Dabei geht es nicht darum, die Gesetze zu verschärfen, sondern in erster Linie die Ursachen zu bekämpfen. Es gilt, Defizite in Politik und in der Gesellschaft zu identifizieren und zu beseitigen. Das reicht von einer verbesserten Aufklärung über die Beseitigung des alltäglichen Rassismus auch in den Behörden bis hin zur Schaffung von Bedingungen, die es allen Menschen möglich machen, gleichberechtigt an dieser Gesellschaft teilzuhaben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Dabei gilt es natürlich auch, den Neonazis in dieser Stadt aktiv entgegenzutreten. Täter müssen verfolgt, bestraft und ihre Strukturen müssen zerschlagen werden. Dafür muß die Stadt die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Wenn es in dieser Stadt aber trotzdem Aufmärsche und Kundgebungen von faschistischen Organisationen gibt, dann gilt es, dagegen Flagge zu zeigen, dagegen vorzugehen, zu demonstrieren, sie lautstark zu behindern oder zunächst zu versuchen, sie nicht stattfinden zu lassen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Aber das ist natürlich kein Allheilmittel. Es ist notwendig, den Rechtsradikalismus da zu bekämpfen, wo er sehr oft seinen Ausgangspunkt hat, bei den Stichwortgebern. Dazu haben wir schon einiges gehört. Viel zu oft ist die Ausgangsposition nämlich immer noch die Mitte der Gesellschaft. Von dort aus werden die Kampagnen gestartet, die die Entsolidarisierung zur Folge hat. Sie schafft das Klima, in dem rechtes Gedankengut wächst und gedeiht. Ausgrenzungstendenzen dürfen weder auf der Straße noch im Parlament einen Platz haben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der GAL sowie bei Carmen Walther SPD)

Wenn wir über Lösungen nachdenken, muß natürlich auch mit Jugendlichen gearbeitet werden. Es muß erreicht werden, daß sie immun gegen Einflüsse von rechtsextremen Kräften werden. Wir müssen ihnen Zukunftsperspektiven bieten und nicht mit Strafen drohen. Wir dürfen Jugendarbeit und politische Bildung nicht kürzen, wie es gerade passiert, sondern müssen sie stärken, indem man die notwendigen Mittel auf den Weg bringt. Es gilt natürlich auch, die demokratischen Gegenkräfte zu stärken. Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen und Prozessen muß allen ermöglicht werden. Sie muß in der Schule, in den Betrieben, im Stadtteil und darüber hinaus erlebbar werden. Gegen Totalitätssehnsucht hilft erlebbare Mitbestimmung. Davon sind wir in dieser Stadt auf allen Ebenen viel zu weit entfernt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält Bürgermeister Runde.

Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Rechtsextremismus und rechtsextreme Gewalt sind in unserer Nachkriegsgeschichte keine neuen Phänomene und kommen in Wellen immer wieder. Ich denke an die NPD in den sechziger Jahren oder an Erscheinungsformen zu Beginn der neunziger Jahre.

Was ist die neue Qualität in den neunziger Jahren? Wir erleben augenblicklich eine regelrechte Hatz auf Ausländer, auf Obdachlose und andere Minderheiten. Es gibt bereits mehr als 100 Tote. Für mich gehört auch zur neuen Qualität, daß der Rechtsextremismus zum Teil in der Jugendkultur verankert ist. In einigen Teilbereichen der neuen Länder folgt bereits ein ganz beachtlicher Teil der Jugend dieser Kultur. Für mich ist die Verbindung von Rechtsextremismus mit einer Musikszene von besonders gefährlicher Bedeutung. Es gibt zum Teil indirekte oder auch offene Akzeptanz dieser Hatzjagden. Das haben wir 1992 in Lichtenhagen erlebt, und wir haben all die Berichte aus der neueren Zeit. Das macht eine neue Qualität aus. Die Rechtsextremisten sind durch Internet und Mobilfunk bestens vernetzt und organisiert, und die Neonazis fühlen sich stark und sicher. Das erklärt ihr zunehmend dreistes Auftreten in Hamburg, wobei sie publicityträchtig auch die Medien nutzten, gegen die sie demonstrieren.

Ermutigend ist für mich, daß das Gefahrenbewußtsein wächst. Ich hoffe, daß das nicht nur eine Sommerlocherscheinung ist, sondern anhält. Es ist ebenfalls ermutigend, daß das Thema in den Medien und von den Medien umfassend diskutiert wird und daß Bürger und Bürgerinnen diese dreiste Neonazipräsenz nicht einfach hinnehmen. An der Aktion „Um die Alster gegen Rechts“ haben sich über 2500 Menschen beteiligt. In Altona versammelten sich 800 Gegendemonstranten gegen Neonazidemonstrationen. Gewerkschaften und viele andere gesellschaftliche Gruppen haben sich zusammengefunden, um etwas im „Hamburger Ratschlag“ zu tun. Ich danke den Initiatoren recht herzlich für diese Aktivitäten.

(Beifall bei der SPD)

Wozu ich aufrufe? Der Kampf gegen rechtsextreme Gewalt setzt selbstbewußtes, entschlossenes Auftreten voraus. Der Staat, seine Institutionen und Bürgerinnen und Bürger sind gefordert. Wir müssen alle klare Haltung zeigen. Weimar ist an einem Mangel an Demokraten zugrunde gegangen. Weiterhin sind wir zu einem bedachtsamen Umgang mit sensiblen Themen in der politischen Debatte aufgefordert. Das gilt für die Ausländerpolitik, für das Staatsangehörigkeitsrecht, auch für die Zuwanderungspolitik. Da kommt es auch sehr auf den Sprachgebrauch von Politikern an. Das sollte beachtet werden.

Ich warne vor den einfachen Lösungen: Erstens vor der Einschränkung von Grundrechten. Eine starke Demokratie übersteht auch einige ärgerliche Demonstrationen von Rechtsradikalen.

Ich warne zweitens vor einer Reduktion der Debatte auf die Frage: NPD-Verbot, ja oder nein? Das ist mit der Debatte im Sommerloch fast zum Selbstläufer geworden, so daß es jetzt darauf ankommt zu zeigen, daß man das kann. Wenn ein Verbotsantrag gestellt wird, würde der Verfassungsschutz in Hamburg sicherlich das Seine dazu beitragen, daß dieser erfolgreich ist. Aber diese Debatte manövriert uns in eine Falle. Ein Erfolg in Karlsruhe könnte sich als Beruhigungspille erweisen: Denen haben wir es doch gezeigt, das Problem ist gelöst.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein Scheitern wäre ein unerträglicher Imagegewinn für die NPD. In der Geschichte der Bundesrepublik haben sich Parteiverbote nicht gerade als schärfstes Schwert gegen Extremismus erwiesen, und es ist zweitrangig, wie sich Rechtsradikalismus organisiert, ob bei der NPD, der DVU oder bei den Republikanern.

Drittens warne ich vor der Gefahr, daß wir Demokraten uns auseinanderdividieren lassen. Es gibt nicht bessere oder

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

schlechtere Demokraten, es geht um rechtsextreme Gewalt. Das ist etwas ganz anderes als die Auseinandersetzung im politischen Spektrum zwischen Links und Rechts.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der CDU)

Was ist zu tun? Erstens müssen alle staatlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Mit aller Härte des Gesetzes gilt es, gegen rechtsextreme Gewalt vorzugehen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Gegen jede Gewalt!)

Es ist bekannt, Herr Ehlers, daß Sie bei diesem Thema Spezialist in einer bestimmten Hinsicht sind, das wollen wir hier nicht diskutieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hamburg zeigt und hat gezeigt, daß es das tut mit dem Verbot des „Hamburger Sturms“ – das war eine richtige Aktion –, auch mit dem Versuch, Demonstrationen, wo dies rechtlich möglich ist, zu verbieten. Wo das nicht möglich ist, muß man sie, wenn auch mit Ärger, hinnehmen, und dann muß die Polizei dafür sorgen, daß es nicht zu Gewalteskalationen kommt. Das ist eine schwierige und undankbare Aufgabe für die Polizei, aber es ist ihre Aufgabe im Rechtsstaat. Ich darf der Polizei hier für ihr umsichtiges Verhalten bei den letzten Demonstrationen danken.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der CDU)

Zweitens: Nicht vorrangig der Staat oder die Polizei sind gefragt, sondern das Engagement der Bürgergesellschaft, wenn wir das Problem tatsächlich bekämpfen wollen, mehr Alltagsmut, mehr Courage. Das fängt bei der Erziehung im Elternhaus, in der Schule an. Eltern, die auf die soziale Kompetenz ihrer Kinder achten, leisten einen wichtigen Beitrag für mehr Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der CDU)

Auch die Bekämpfung von Gewalt in der Familie ist ein wichtiger Teil, denn das verhindert die Entstehung von autoritären Persönlichkeitsstrukturen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der CDU)

Ich wünsche mir noch viel mehr deutlichen, offenen Widerspruch, wenn Ausländer, Behinderte, Obdachlose, Stadtstreicher und andere Minderheiten abschätzig behandelt oder sogar bedroht werden.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Wenn der Senat sich anders verhält!)

– Das habe ich auch von Ihnen erwartet. – Es gilt, Tabus aufzubauen, Tabus bezogen auf Neofaschismus, aber eben auch Tabus, was den verächtlichen Umgang mit anderen Menschen angeht. Tabufreiheit ist nicht ein Kennzeichen einer zivilisierten Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der CDU)

Drittens gilt es, den rechtsradikalen Rattenfängern den Nachschub zu entziehen. Herr von Beust hat völlig recht, daß die Rechtsextremen nicht etwa aus dem Bereich der Arbeitslosen und so weiter stammen, sondern eher aus darüberliegenden Schichten. Aber wenn wir verhindern wollen, daß Rechtsextremismus eine Chance hat, ein Massenphänomen zu werden, dann gilt es, all diejenigen, die anfällig dafür sind, davor zu bewahren, und das sind eben junge Menschen ohne Perspektive, ohne Anerkennung und ohne Zukunft. Das ist auch die Erklärung für die etwas verschärfte Erscheinungsform in den neuen Ländern. Das hat nichts mit massenhafter Anwesenheit von Ausländern, Obdachlosen, Nichtseßhaften zu tun, sondern hat hiermit zu tun. Diese Jugendlichen und Jungerwachsenen müssen wir in die Demokratie zurückholen, und das wird kein einfacher Weg sein. Den Jugendlichen und Jungerwachsenen insgesamt Perspektiven und Anerkennung und Selbstwertgefühle geben, ist das Mittel, um präventiv tätig zu sein.

Als Demokraten sind wir alle gefordert, gemeinsam gegen rechtsextreme Gewalt vorzugehen. Notwendig ist eine Gesamtstrategie aus hartem konsequenten staatlichen Auftreten – nur das verstehen diese –, aus Prävention und gesellschaftlicher Auseinandersetzung, um den Rechtsextremismus einzudämmen. Daß man Rechtsextremismus aus einer Gesellschaft insgesamt verbannen kann, halte ich nicht für möglich, wenn ich mir die Geschichte der verschiedenen Völker und Gesellschaften ansehe, aber Rechtsextremismus darf in Hamburg keine Chance haben.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, weise ich noch einmal auf die Vereinbarung über die Redezeit von Senatoren während der Aktuellen Stunde hin.

Das Wort bekommt der Abgeordnete Professor Dr. Salchow.

Dr. Roland Salchow CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde das Hetzen von Ausländern in den Tod, das Ermorden von ein oder zwei Obdachlosen, die Jagden auf Vietnamesen in Mecklenburg, die Brandsätze in Asylheimen in einem solchen Maße furchtbar, daß ich ganz dankbar bin, daß wir die Debatte offensichtlich ohne parteipolitische Spaltereien hinter uns bringen.

Wir müssen unterscheiden zwischen den 500 oder 1000 gewaltbereiten Extremisten einerseits und der leider – Herr Bürgermeister, Sie sagten eben, wir hätten Rechtsextremismus immer wieder gehabt, jetzt ist aber etwas anderes hinzugekommen: Wir müssen nämlich die immer größer werdende Zahl von Menschen sehen, die Gewalt nicht tun, die aber Verständnis für rechtsextremes Verhalten aufbringen. Eine Forsa-Untersuchung hat das vor zwei Wochen gezeigt; danach ist die Situation substantiell anders geworden. In Ostdeutschland antworteten auf die Frage „Glauben Sie, daß der Ausländeranteil zu hoch ist?“ 51 Prozent mit Ja, und selbst in Westdeutschland sind es noch 31 Prozent. Wir können diese Menschen nicht einfach als rechtsextrem über den Rand abdrängen, sondern müssen uns um sie kümmern, da das in Ostdeutschland schon die Mehrheit ist. Wir alle, von welcher Partei auch immer, müssen uns sorgen, daß wir mit unserer eigenen Wortwahl nicht etwas begünstigen, was wir eigentlich gar nicht begünstigen wollen.

Auf der anderen Seite müssen wir auch sehen, daß wir in unserer politischen Klasse mitunter politische Wege gegangen sind, die die Bevölkerung nur zum Teil mitmacht. Es muß irgendwo auch möglich sein, diese Dinge anzusprechen, selbst wenn wir dies nicht teilen. Die Leute haben überhaupt kein Verständnis dafür, daß immer wieder Untersuchungsgefangene entlassen werden, wie vor einigen Tagen sechs Leute in Hamburg, die etwa wegen Vergewaltigung, Raub und Großbetrugs angeklagt waren und nun entlassen wurden, weil die Verfahren nicht zu Ende gebracht werden konnten. Sie haben kein Verständnis, wenn in gewissen Stadtteilen nichts getan wird, um den Menschen, die durch einzelne Täter bedroht werden – Herr von Beust hat vor einem Jahr auf solche Fälle hingewiesen –,

(Dr. Roland Salchow CDU)

zu helfen, und sie damit in ihrer Angst vor einigen gewaltbereiten Leuten alleine gelassen werden.

(Beifall bei der CDU)

Viele Leute haben kein Verständnis dafür, wie bei uns die Drogenszene funktioniert. Wir müssen einfach sehen, daß wir da etwas tun müssen, um die Bevölkerung in großen Breiten nicht einfach zu verlieren.

Ein letzter Punkt. Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf wird im Bundesrat ein Gesetz einbringen, das die Bürger vor solchem Bedrohungspotential schützen soll. Ich habe jetzt nicht die Zeit, darauf einzugehen. Wir werden jedenfalls von unserer Seite sehr darauf achten, was der Bürgermeister und der Senat im Bundesrat mit dem sächsischen Gesetzentwurf tun, um gegen die immer breiter werdende Bedrohung der Bürger in den Stadtteilen etwas zu tun. Wir werden darauf achten, daß Sie bei diesem Gesetz hilfreich mit dabei sind und wir zu neuen Ufern kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Pumm.

Erhard Pumm SPD: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Ich bin sehr froh, daß am letzten Freitag Vertreter sehr vieler gesellschaftlicher Gruppen dieser Stadt meiner Einladung gefolgt sind und wir uns zu einem „Ratschlag“ getroffen haben. Es waren Vertreter aller Hamburger Gewerkschaften, aber auch der jüdischen Gemeinde Hamburg, der Hochschule für Wirtschaft und Politik, des Hamburger Sportbundes, der Bürgerschaftsfraktionen und der Parteien – die F.D.P. war auch dabei –, die Handelskammer und die Handwerkskammer, Bildungseinrichtungen, der Bundeswehrverband, die Kirchen, sowohl die nordelbische als auch die katholische Kirche, die Vereinigung der Unternehmensverbände, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die Universität Hamburg anwesend; der Beamtenbund mußte kurzfristig absagen. Es waren viele, die mit mir der Auffassung sind, daß die Stabilisatoren einer demokratischen Gesellschaft die Demokraten selbst und ihre demokratischen Institutionen sein sollten und nicht in erster Linie Justiz und Polizei und der Staat insgesamt.

Eine zivile Bürgergesellschaft, die sich der Demokratie verpflichtet fühlt, wird auch Angriffe gegen die Demokratie abwehren können. Dies wird man nur erreichen, wenn man die Menschen mit ihrem Herz und mit ihrem Kopf gewinnt. Deswegen nützt es auch bei diesen Diskussionen und den Überlegungen, wie man vorgeht, nichts, sich nur gegen Rechtsextremismus zu wenden. Wir sollten die Chance nutzen, diese Initiativen auszuweiten für Demokratie, für Toleranz, für Anerkennung und eben auch gegen Rechtsextremismus und Gewalt.

Für viele von uns als Nachkriegskinder ist Demokratie etwas Selbstverständliches geworden. Wir mußten Demokratie nie erkämpfen, wir haben sie geschenkt bekommen. Jetzt erleben wir durch Rechtsextremismus, durch Rassismus, daß die Demokratie auch gefährdet werden kann. Wir sind aufgefordert, als Demokraten tätig zu werden und ganz viele Menschen in dieser Gesellschaft mitzunehmen im Kampf gegen Rechtsextremismus, im Kampf für den Erhalt von Demokratie und Freiheitsrechten. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Daß Rassismus in seinen deutlichsten Formen bekämpft wird, daß es Gesetze gibt gegen Mord und daß dies gesellschaftlich geächtet wird, ist selbstverständlich; da besteht ein großer Konsens.

Ich möchte aber intensiver auf das Thema Rassismus eingehen, denn Rechtsradikalismus und Rassismus kommt nicht von irgendwo her, vom Himmel oder aus dem Nichts. Rassismus ist ein Problem für alle, die hier in einem gesellschaftlichen Kontext leben, wenn weiterhin Ausgrenzungspraktiken aufrechterhalten bleiben. Und da ist der eigentliche Ansatz für längerfristige Veränderungen. Das ist ein langer Weg, und es gibt keine Patentrezepte oder kurze Lösungen und schon gar nicht, wie in der DDR erlebt, irgendeinen verordneten Antifaschismus. Weiterhin werden andere Ethnien kulturell abgewertet und die eigenen überbewertet.

Ich bin Ihnen, Herr Runde, dankbar, daß Sie gesagt haben, es sei keine Neuerscheinung, sondern wir haben das seit 1990 unter anderem in Rostock, Mölln und Solingen erlebt. Es geht darum, längerfristig Konzepte zu entwickeln, die greifen. Die Situation in der Mehrheitsgesellschaft bildet die Grundlage für Rassismus, gerade wenn man mit den entsprechenden Machtmitteln Ausgrenzung öffentlich definiert und durchsetzt. Das fängt ganz konkret an, wenn Jugendliche keine Arbeitserlaubnis bekommen, obwohl sie einen Ausbildungsplatz haben, oder wenn immer wieder Minderheiten als Fremdkörper gesehen werden, als Belastung der Gesellschaft oder als defizitäre Wesen dargestellt werden und nicht als integraler Bestandteil dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Und genau das passiert in der Öffentlichkeit, auch in den Medien. Es gibt ein sehr schönes Buch eines Journalisten „Manche mögen es weiß“, wo gerade diese Situation in der Öffentlichkeit, in den Medien deutlich wird. „Sprache ist Macht“ ist schon gesagt worden, und ich halte es mit Cem Özdemir: „Wir brauchen Migrantinnen und Migrantinnen brauchen uns.“ Es geht um tiefgreifende Maßnahmen, und da helfen keine Rhetorik- oder Sonntagsreden und keine schnellen Lösungen, sondern Konzepte und stetige Arbeit.

Wir Grüne fordern schon lange ein Einwanderungsgesetz, aber ich räume ein, daß die besten Gesetze den Rassismus nicht abschaffen, und das bedeutet, weitere politische Handlungsfelder erarbeiten zu müssen. Denken Sie einmal an die Darstellung von Migrantinnen in Schulbüchern, in Kinderbüchern, in Unterrichtsmaterial. Da wird öfter das heimliche Lehrziel Rassismus als das Gegenteil erreicht oder eine positive Diskriminierung. Der Umgang mit Schwarzen oder auch die Darstellung von Afrikanern in Schulbüchern ist ein schlimmes Beispiel. Hier wird zum Beispiel in anderen Einwanderungsgesellschaften, in Holland, Großbritannien und den USA selbstverständlich jegliches Unterrichtsmaterial geprüft hinsichtlich der gleichberechtigten Darstellung von Minderheiten. Hier ist es auch wichtig, daß sie nicht als Opfer dargestellt oder als schwach stigmatisiert werden, hier haben wir – in diesen Ländern gibt es Kommissionen, die diese Materialien überprüfen – politischen und bildungspolitischen Handlungsbedarf.

Die rotgrüne Schulpolitik in Hamburg hat zumindest begonnen, seit einiger Zeit mit einem Dogma aufzuräumen,

(Christa Goetsch GAL)

nämlich der sprachlichen Monokultur, und sie durch die Förderung der Mehrsprachigkeit ersetzt. Auch hier gilt es, konsequent weiter daran zu arbeiten wie auch an neuen Methoden der politischen Weiterbildung.

Weitere politische Handlungsfelder sind auch Antidiskriminierungsmaßnahmen. Sie werden in Holland praktiziert. Da gibt es in jedem Stadtteil Antidiskriminierungsbüros – ich habe mich selbst in Amsterdam und Rotterdam überzeugen können –, die eng mit den Schulen, den Kindergärten, der Polizei und der Kirche zusammenarbeiten. Es ist eine Selbstverständlichkeit für alle Bürger. Das Lernziel ist nicht nur Toleranz. Sie wissen selbst, meine Damen und Herren, daß sie aufhört, wenn es um eine Moschee oder eine Flüchtlingsunterkunft geht, die im eigenen Stadtteil gebaut wird. Umgang mit Gleichheit und Differenz ist mehr.

Anerkennung und Akzeptanz werden gefordert, und das ist ein langwieriger Weg. Dazu wird sicherlich auch die Arbeit der Ausländerbeauftragten beitragen, aber auch Leitlinien, die wir uns in Hamburg geben müssen für eine Integrations- und Migrationspolitik, die den Namen verdienen, denn Integration ist immer eine beidseitige Angelegenheit.

Wir brauchen ein politisches Klima, das Einwanderer als Gleichberechtigte respektiert, das natürlich auch durch Gesetze die Gleichstellung unwiderruflich festlegt, damit keine Zweifel aufkommen: Deutschland ist und bleibt ein demokratisches Land.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort der Abgeordneten Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: In einem Punkt konnte ich heute schon Einigkeit feststellen, das ist schon einmal ganz erfreulich. Wir sind uns alle einig darüber, daß Neonazis, Faschistinnen und Faschisten im öffentlichen Raum nichts zu suchen haben. Aber die Uneinigkeit beginnt dann, wenn es darum geht, wie das erreicht werden kann. Ich glaube nicht, daß es der richtige Weg ist, an der Versammlungsfreiheit zu rütteln, und so eine Argumentation wie: „Um die Versammlungsfreiheit zu retten, müssen wir die Demokratie verhaften“, ist wirklich schwach, denn nicht die Demokratie, sondern das Nazitum gehört in Gewahrsam. Das sollten sich auch die Leute merken, die meinen, durch eine Veränderung des Demonstrationsrechts kämen wir den Nazis bei.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wir haben schon einiges über die Ursachen gehört und auch darüber, zwar nur anklangweise, daß die Ursachen durchaus auch in der Mitte dieser Gesellschaft zu finden sind. Wie sieht denn diese Gesellschaft aus? Ich möchte dazu gerne aus einer Rede zitieren, die wir am Samstag bei Gruner + Jahr von einem Vertreter der IG Medien gehört haben, übrigens eine Veranstaltung gegen die Nazis, bei der ich aus diesem Hause außer meinen Kollegen vom REGENBOGEN niemand begrüßen konnte. Ich zitiere:

„In der demokratischen Mitte der Gesellschaft, in den Konzernwelten des schnellen Geldes, dort, wo binnen Stunden über die Lebensbedingungen von Zehntausenden irgendwo in der Welt entschieden wird, und auch in den Glamourfabriken der Medienunternehmen wird ein Menschenbild produziert, das eigentlich gar kein Bild eines wirklichen Menschen ist,“

(Andrea Franken GAL: Oh, oh!)

„sondern das Bild eines ewigen jugendlichen Erfolges.“

Wer in dieses Bild nicht hineinpaßt, Frau Franken, muß sich mit dem Sozialstaat herumschlagen, keine leichte Tour. Sie endet auf Arbeitsämtern und dann womöglich auf den Sozialämtern.

Die Nationalsozialisten wissen genau Bescheid über diese neue soziale Frage. Ihre Propaganda ist rassistisch, sie ist auf demagogische Weise auch sozial, eben nationalsozialistisch. Sie richtet sich gegen …

(Zuruf)

– Ich finde es sehr erstaunlich, daß Sie das so unruhig macht, denn Sie müssen sich auch damit auseinandersetzen, wie die Strukturen der Nazis sind und wie die Nazis agieren. Deswegen sollten Sie auch zuhören.

Sie richtet sich gegen den Weltkapitalismus, gegen das von ihnen erfundene jüdische Finanzkapital, gegen die Globalisierung. Und die Nazis versprechen ein perverses Selbstbewußtsein: „Wenn du nach unten trittst, dann überstehst du auch den Druck von oben.“ Auf wirklich brutale Weise realisieren die Nationalsozialisten ein Prinzip, das in der demokratischen Mitte der Gesellschaft fast schon akzeptiert ist, daß sich der Mensch das Recht zu leben erst verdienen muß, daß das Recht auf Leben von Nützlichkeit und Leistung abhängt.

Über 20 Jahre lang hat die Politik in diesem Land dies in die Köpfe eingehämmert, das Prinzip des Siegers und den Mythos der unbezwingbaren eigenen Stärke. Doch Sieger kann es nur geben, wenn es Besiegte gibt, und die Besiegten sind dann selber schuld an ihrer Misere. So einem Gedankengut müssen wir alle gemeinsam entgegentreten, auch wenn Sie es zur Zeit noch nicht verstehen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die Rolle der Politik ist eben von vielen hier beleuchtet worden. Vielleicht sollte man einmal die Selbstappelle mit einigen Beispielen füllen, nämlich das, was Politiker bisher gesagt und was die Nazis dann als Stichworte genutzt haben. Das fängt mit Bundesinnenminister Schily an, SPD, der sagte: „Das Boot ist voll.“ Sie wissen, zu welchen Reaktionen das dann führt, das heißt, man kann durchaus Leute über Bord werfen, weil das Boot eben zu voll ist. Innenminister Beckstein, CSU, spricht davon, daß man Ausländer einteilen muß in diejenigen, die den Deutschen etwas nützen, und diejenigen, die uns ausnutzen. Oder Herr Stoiber, noch eine Nummer härter, sagt, er sehe die Gefahr der durchrassten Gesellschaft. Diese Liste läßt sich leider endlos fortsetzen.

Aber auch hamburgische Politikerinnen beteiligen sich durchaus an diesem unappetitlichen Wettbewerb. „Das Boot ist voll“, hat Altbürgermeister Voscherau schon vor drei oder vier Jahren für Wilhelmsburg genannt. Um bei Wilhelmsburg zu bleiben – ich sehe Herrn Frommann jetzt gerade nicht –, Herr Frommann spricht davon, daß man die Überfremdung stoppen müsse. Oder – noch viel schlimmer – Herr Kühn, CDU, hat es vor Jahren geschafft, Menschen als Parasiten zu bezeichnen. Solche Äußerungen haben in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz.

Was wir brauchen, und da müssen wir das, was vorhin gesagt wurde, viel stärker benennen, ist eine Selbstverpflichtung in der Bürgerschaft, nicht mehr über Menschen so zu reden, als seien sie alle schlecht, daß wir nicht über Sozialhilfeempfängerinnen reden, als wenn alle irgendwie Betrügerinnen seien oder als wenn Migrantinnen alles ir-

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

gendwie nur Menschen seien, die sich hier ausruhen wollten. Das haben wir in dieser Bürgerschaft oft genug gehört, und auch Ihre Seite hat sich darüber zu Recht heftig aufgeregt, aber Ihr Gedächtnis scheint davor zu sein.

Noch ein Wort zum Punkt Gesicht zeigen. Der DGB hat eine lobenswerte Aktion gestartet, eine Demonstration auf dem Gänsemarkt mit einem breiten Bündnis gemacht, um klarzumachen, daß wir in Hamburg gegen die Nazis Flagge zeigen müssen. Wer aber kein Gesicht zeigt, das sind die Abgeordneten, denn wenn Nazis real sind, dann müssen wir den Nazis auch entgegentreten. Oder wollen Sie den Nazis in Hamburg die Straßen überlassen und ihnen den Erfolg gönnen, daß niemand gegen sie eintritt? – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete von Beust.

Ole von Beust CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich würde gerne noch einmal auf einige Aspekte der Debatte eingehen. Frau Sudmann hat recht. Wir sind uns im Ziel alle einig. Was den Weg angeht, setzen wir sehr verschiedene Akzente. Ich möchte zwei Akzente noch einmal ansprechen, da man auch über Dinge sprechen muß, die uns unterscheiden. Wir sind ja ein demokratisches Parlament mit verschiedenen Meinungen.

Die eine Frage ist die, ob wegen der Bedrohung, die da ist oder empfunden wird, eine Stärkung der Autorität des Staates durch Gesetzesänderungen notwendig ist oder nicht. Da sagen die einen, das Gesetz muß zwar hart und konsequent angewendet werden, aber Gesetzesänderungen sind nicht notwendig. Ich weise noch einmal konkret darauf hin – man kann allgemein darüber sehr wohlfeil streiten –, daß zum Beispiel eine einfache Körperverletzung, auch wenn sie aus niedrigsten Beweggründen passiert, im Regelfall nicht dazu reicht, U-Haft zu verhängen. Und man muß ernsthaft darüber nachdenken, ob man nicht darangeht, daß die Strafe schnell auf dem Fuße folgt – das will ich zumindest –, und da muß man in der Tat über Gesetzesänderungen nachdenken.

Zweitens muß, da es sich überwiegend um junge Leute handelt und das beschleunigte Verfahren im Jugendstrafrecht nur unter ganz bestimmten strengen Voraussetzungen, aber so gut wie gar nicht möglich ist, auch hier die Strafe auf dem Fuße folgen. Wenn wir sagen, der Staat muß hart und schnell und konsequent reagieren, heißt das für mich auch, daß man auch Gesetzesänderungen in Angriff nehmen muß, um es dann auch tun zu können. Sonst bleibt es bei Sonntagsreden, und das will ich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist für mich – Frau Sudmann hat aus einer anderen Blickrichtung auch darauf hingewiesen – ein grundsätzliches Problem, daß vermutlich viele Menschen, die zunächst a priori mit Rechts oder mit Extremismus nichts zu tun haben, durchaus einen Rückzug der staatlichen Autorität empfinden und bedauern, dies letztlich auch als Reflex auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Wir alle wollen aus verschiedensten Gründen einen unterschiedlich starken Rückzug des Staates, mehr Privatisierungen bis hin zum Wort – man kann es nicht mehr hören, aber es ist nun einmal die Wirklichkeit – der Globalisierung, das heißt, daß ursprünglich lokal oder national getroffene Entscheidungen auf Ebenen getroffen werden, die sich der Erfahrungsebene des einzelnen völlig entziehen. Das heißt, die Welt wird unübersehbarer und das Vertraute schwindet immer mehr zugunsten anderer Dinge.

Daß sich in einer solchen Situation die Frage stellt, wie reagiert man darauf zumindest in den Kernbereichen, wo der Staat zu Recht ein Monopol hat – dazu gehören Polizei und Justiz –, wie stärkt man in diesen Bereichen konsequent die staatliche Autorität, ist für mich ein notwendiger Reflex auf die Globalisierung, den man nicht vergessen darf.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL)

– Wir können uns doch wunderbar darüber zoffen.

Lassen Sie mich einen dritten Punkt ansprechen, da werden Sie wahrscheinlich auch wieder johlen. Einige von Ihnen haben die Wortwahl angesprochen. Man kann sich immer über Worte streiten, ob es taktvoll ist oder nicht, höflich oder unhöflich. Nur halte ich es für notwendig, daß man in korrekter Wortwahl Probleme nennt, die die Menschen umtreiben, aber nicht Probleme, die Hunderttausende empfinden, tabuisiert.

(Beifall bei der CDU)

Denn wenn Sie, auch wenn Sie jetzt buhen, tabuisieren, daß die Menschen auf der Veddel sich einfach unwohl fühlen, weil sich die deutsche Bevölkerung in der Minderheit befindet, dann muß diese Wahrheit auch gesagt werden. Wenn sie in einzelnen Stadtteilen Anteile von großen geschlossenen Gruppen haben, egal welcher Nationalität, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, und Schulkinder in Klassen kommen, in denen drei Viertel die deutsche Sprache nicht beherrschen, und die Eltern sich fragen, was wird eigentlich aus meinen Kindern, wie werden die erzogen, was lernen sie, dann ist das ein riesiges Problem für diese Menschen, das die meisten von uns, die in Rothenbaum oder Poppenbüttel wohnen, nicht haben. Aber Hunderttausende haben das Problem, und das muß man doch sagen können.

(Beifall bei der CDU)

Anderenfalls wird es genutzt, Ausländerfeindlichkeit zu schüren. Die Probleme aufzunehmen und zu fordern – darin unterscheiden wir uns wieder –, daß die Kinder in diesen Schulen auch Deutsch lernen, damit sie eine berufliche Chance bekommen, ist für mich die richtige Antwort, nicht die unzulängliche Mehrsprachigkeit. Hier haben wir verschiedene Auffassungen.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, wenn wir Tatbestände, die von den Menschen als Probleme empfunden werden, tabuisieren, schaffen wir ein Pulverfaß, das irgendwann knallt, weil die Menschen das Gefühl haben, daß wir nicht mehr ihre Sprache sprechen.

(Beifall bei der CDU – Michael Fuchs CDU: Sehr richtig!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: Herr von Beust, Ihr Redebeitrag reizt in der Tat, darauf zu antworten. Deswegen will ich versuchen, für meine Fraktion darauf einzugehen.

(Vizepräsidentin Sonja Deuter übernimmt den Vorsitz.)

(Walter Zuckerer SPD)

A Sie haben zunächst einmal davon gesprochen, daß die Autorität des Staates bedroht sei oder viele Menschen das als solches empfinden und daß es darum geht, die Autorität des Staates zu stärken. Darin besteht zwischen uns kein Unterschied. Es gibt Null-Toleranz gegen rechtsradikale Gewalt und gegen Ausländerfeindlichkeit. Es ist aber eine andere Frage, ob Demokraten der Meinung sind, daß sie mit den bestehenden Gesetzen ein Problem lösen können, oder ob sie glauben, für Neonazis Gesetze machen zu müssen, die auch alle anderen Bürger treffen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich möchte ausdrücklich sagen, daß ich für meine Fraktion dafür plädiere und, ich denke, auch für viele andere in diesem Hause: Autorität des Staates und Repression gegen Gewalt ja, aber immer auch Liberalität und Toleranz. Das ist schwierig, das räume ich ein, besonders in einer solchen Debatte. Der Mühe einer solchen Debatte sollten sich aber die Parteien hier im Hause auch ernsthaft unterziehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Zweitens haben Sie darauf hingewiesen, daß Sie schnelle Reaktionen wollen. Wir alle wollen schnelle Reaktionen. Dieses Parlament hat eine lange Debatte über Jugendkriminalität und über Beschleunigung von Verfahren hinter sich. Wir müssen uns in diesem Fall wiederum einer langen Debatte über angemessene Reaktionen und Rechtsstaatlichkeit sowie über konsequentes Handeln stellen und hinnehmen, daß der Rechtsweg ausgeschöpft wird. Wir müssen versuchen, Liberalität, Toleranz und konsequentes Handeln zu verbinden, auch wenn es manchmal schwerfällt,

B (Ole von Beust CDU: Aber nicht bei Gewalt!)

auch wenn uns der Preis der Freiheit zuweilen sehr hoch erscheint.

Ich gebe Ihnen recht, daß sich über manches noch diskutieren läßt, was man noch verbessern könnte. Der Ruf nach Gesetzesänderung als Antwort auf Rechtsradikalismus ist zu wenig, das war der wesentliche Punkt, den Sie bisher genannt haben.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich komme zu Ihrem dritten Punkt, den ich für viel problematischer halte; dabei unterscheiden wir uns möglicherweise viel weiter, als es offenbar bisher zutage getreten ist.

Seitens der REGENBOGEN-Gruppe wurde hier gesagt – und das weise ich von dieser Stelle zurück –, daß der Faschismus, der Rechtsradikalismus und die Neonazis ihren Ausgang aus der Mitte der Gesellschaft nehmen. Das ist Unsinn. Es gibt in jeder Gesellschaft ein Gewaltpotential, auch in unserer. Es gibt Dumpfheit, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Es gibt jetzt in dieser Situation eine neue Gewalt, aber sie geht nicht von der Mitte der Gesellschaft aus, sondern sie reicht weit in die Gesellschaft hinein, das mag sein, aber nicht umgekehrt.

Es ist nicht so, daß Politiker – auch wenn ich ihre Äußerungen nicht teile –, ob in Hessen oder Bayern, den Rechtsradikalismus erzeugen, sie bedienen vielleicht Ressentiments, und das ist ein schwerer politischer Fehler, der bekämpft werden muß.

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Aber wir müssen uns auch – das sage ich ausdrücklich, denn bis hierher sind wir uns einig – mit Ressentiments auseinandersetzen. Die Aufgabe der Politik ist es, Antworten auf die Probleme zu geben, die die Menschen in ihren Ressentiments sehen. C

(Beifall bei Andrea Franken GAL)

Es ist eine sehr interessante Frage, ob die richtige Antwort auf Ausländerfeindlichkeit vor Ort, Probleme in der Schule mit Ausländerkindern wegen mangelnder Sprachkenntnisse et cetera lautet: Mehr Deutsch, oder müßte nicht die richtige Antwort lauten: Wir alle in dieser Gesellschaft brauchen eine neue Debatte über die Ausländerintegration, die Zuwanderung und darüber, was wir als Anerkennung von Ausländern wollen. Ist nicht das der Weg der Integration, anstatt einfach zu sagen, zu wenig Deutsch ist eben zu wenig deutsch? Das geht zu leicht, um es mal klar zu sagen, in jene chauvinistische Ecke.

(Ole von Beust CDU: In Chinatown reden sie auch Englisch!

Da müssen wir vorsichtig sein. Konzepte zur Lösung ja, aber keine einfachen Konzepte. Darüber hier zu streiten, lohnt sich. Als letzten Satz möchte ich dazu das Zitat eines bekannten Politikers nennen, dessen Geburtstag heute wäre und der Ihnen nahesteht:

„Man sollte nie einfach reden, man sollte immer kompliziert denken."

Das war Franz Josef Strauß.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Dr. Martin Schmidt. D

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir reden darüber, wie sich Rechtsstaat und Demokratie in der gegenwärtigen Situation verteidigen. Ich gebe zu, daß ich die Verteidigung des Rechtsstaates durch die Umwandlung der Untersuchungshaft in eine Strafhaft für Unsinn halte, Herr von Beust.

Ich bin aber auch der Meinung, daß wir über gesellschaftliche Dinge reden müssen, die in der Verteidigung der Demokratie stattfinden, die aber nicht geeignet sind, die Demokratie zu verteidigen. Ich halte zum Beispiel nichts von Steckbriefen gegen Rechtsradikale, wie sie neuerdings in einigen Zeitungen abgedruckt werden. Steckbriefe von Rechtsradikalen haben denselben Charakter wie Steckbriefe von Kinderschändern in Porthmouth oder denen von Sympathisanten der RAF in den siebziger Jahren; damals waren Heinrich Böll und Jürgen Habermas dran. Es hat in Deutschland schon ein Steckbriefopfer gegeben, Rudi Dutschke am Gründonnerstag 1968. Daher appelliere ich: Schluß mit den Steckbriefen.

Ich will auch noch einen etwas anderen Gedanken zu den Stichwortgebern äußern. Ich bin kein Feind politischer Debatten und auch nicht des Streitens um Worte und Begriffe. Man muß aber vorsichtig sein, das hat Herr Zuckerer eben auch schon gesagt. Ostern 1968 hat der damalige Justizminister Heinemann in seiner berühmten Fernsehansprache das schöne Beispiel genannt: Wer mit dem Zeigefinger auf jemanden zeigt, zeigt mit einigen Fingern auf sich zurück. Das gilt auch für das Zeigen auf Stichwortgeber.

Dabei wird eine sehr wichtige Differenz vergessen, die notwendig ist. Herr Salchow hat auf eine Umfrage hingewie-

(Dr. Martin Schmidt GAL)

sen, die in der letzten Woche bekannt wurde. In dieser Umfrage haben tatsächlich die Hälfte der Bewohner der Ex-DDR gesagt, daß es zu viele Ausländer gibt. Aber 85 Prozent derselben Leute haben gesagt, daß schärfer gegen die rechtsextreme Gewalt vorgegangen werden müsse. Das heißt, daß sie etwas für uns Lebenswichtiges getan haben; sie haben zwischen ihrer Meinung und der Durchsetzung ihrer Meinung differenziert. Das ist das wichtigste an der Demokratie und dem Rechtsstaat. Man darf nämlich sagen, daß es zu viele Ausländer gibt, das ist eine erlaubte Meinung, aber man darf daraus nicht die Konsequenz ziehen, den nächsten Ausländer zu verprügeln. Das ist nicht erlaubt.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der CDU – Karl-Heinz Ehlers CDU: Sehr richtig!)

Deshalb muß man sehr darauf achten, daß diese Differenz in den Köpfen der Menschen erhalten bleibt, daß dieses Tabu der Gewaltanwendung für alle gilt.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Ja!)

Deswegen bitte ich dieses auch bei der Debatte um Stichwortgeber zu beachten.

(Beifall bei der GAL – Karl-Heinz Ehlers CDU: Richtig!)

Der nächste Punkt ist die Frage des Demonstrationsrechts. Das wird nun neuerdings offenbar von zwei Seiten angegriffen. Von der CDU wird gesagt, es müsse eingeschränkt werden, und von der Gruppe REGENBOGEN wird gesagt, es müsse dafür gesorgt werden, daß rechtsradikale Demonstrationen nicht stattfinden, sie behindern, auch wenn sie durch Gesetze und das Verfassungsgericht genehmigt sind. Auch das ist ein Angriff auf die Demonstrationsfreiheit.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich zitiere aus dem Beschluß des Verfassungsgerichts, weil das ein sehr wichtiger Satz ist. Das Verfassungsgericht hat den Hamburgern ins Stammbuch geschrieben, daß man mit dem Hinweis auf polizeilichen Notstand wegen drohender Gegengewalt nicht beliebig Demonstrationen verbieten darf, denn – und nun wörtlich –:

„Gewalt von ‚links' ist keine verfassungsrechtlich hinnehmbare Antwort auf eine Bedrohung der rechtsstaatlichen Ordnung von ‚rechts'."

Ich bin in der Tat dafür, daß das Demonstrations- und Meinungsfreiheitsrecht auch für Rechtsextreme in vollem Umfang gelten muß, sonst schädigen wir uns selbst. Ich habe oft genug in Demonstrationen für das Demonstrationsrecht gekämpft, und viele von uns haben wahrscheinlich 1985 auf dem Weg nach Brokdorf erfahren, daß das Verfassungsgericht unsere Demonstration genehmigt hat. Dieses ist die Magna Charta der deutschen Meinungsfreiheit bis heute, und das will ich auch nicht durch rechtsradikale Angriffe in der öffentlichen Meinung gefährden lassen. Deswegen kann ich zwar verstehen, wenn der Bürgermeister sagt, daß man den Beschluß des Verfassungsgerichts mit Ärger zur Kenntnis nehmen muß, ich finde aber, daß wir uns das vom Verfassungsgericht durchaus sagen lassen sollten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD und der CDU)

Was zu tun ist, ist hier mehrfach gesagt worden. Gewalt kommt nicht automatisch aus einer sozialen Lage, sondern aus einem sozialen Autismus, und der muß behoben werden.

Das wichtigste ist, wie ich finde – was auch schon mehrfach gesagt worden ist und was ich Ihnen ins Gedächtnis rufen möchte –, der Symbolgehalt dessen, was der Bundeskanzler getan hat. Er ist zum Grab des ermordeten Afrikaners gegangen und hat dort einen Kranz niedergelegt. Wir sollten die Opfer, die es in Deutschland gibt, mehr ehren und achten. Es war ein Skandal, daß die Opfer des Lübecker Brandanschlages sehr lange darauf warten mußten, endlich als Gäste in diesem Land leben zu dürfen.

(Beifall bei der GAL, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin froh darüber, daß von vielen Vorrednern bereits gesagt worden ist, daß es nicht entscheidend darum geht, daß es Schläger gibt, die brutal vorgehen, und das zum Teil auch die neue Qualität darstellt – das haben wir seit Jahren beobachtet und kritisiert –, sondern daß es dafür auch eine breite mentale Unterstützung gibt. Diese mentale Unterstützung aus der Mitte der Gesellschaft ist stärker als in den Jahren zuvor. Deshalb ist die breite Unterstützung auch ein wichtiges Thema, das wir zu diskutieren haben.

Froh bin ich darüber, daß wir gemeinsam festgestellt haben, daß es keine sozialen Begründungen für Rechtsradikalismus in irgendeiner Form geben darf. Es gibt keine Entschuldigung, wenn beispielsweise irgend jemand entlassen wurde oder in schlechten Verhältnissen lebt, dafür einen Ausländer zu verprügeln oder rechtsextrem aufzutreten. Daß wir darin einig sind, freut mich.

Wir stehen aber vor einer großen Diskussion, und als Begründung für den Rechtsradikalismus wird angeführt, daß es hier so viele Ausländer gibt. Die Frage an die CDU ist deshalb wichtig und von zentraler Bedeutung, ob sie es rechtfertigt, daß jemand eine rechtsradikale Auffassung hat, weil es in dieser Gesellschaft so viele Ausländer gibt? Darauf muß von der CDU ein deutliches Nein folgen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich verlange ein deutliches Bekenntnis, daß es in diesem Zusammenhang keine Entschuldigung dafür gibt, auch nicht für die Denkweise oder die mentale Unterstützung.

Man muß sich auch einmal überlegen, warum das völlig absurd ist. Die Umfrage, die Herr Professor Salchow uns dargestellt hat, zeigt es doch sehr deutlich. In einem östlichen Bundesland, in dem ich gerade im Urlaub war und in dem relativ wenige Ausländer leben, ist der Anteil derer, die sagen, daß es zu viele Ausländer in der Region gebe, mit über 50 Prozent sehr groß. Das ist völlig absurd, und die Erfahrung mit den Ausländern ist keine Begründung, daß man gegen sie ist und meint, sie müßten verschwinden. Daher ist es die Aufgabe aller Demokraten, dagegen aufzutreten und diese Begründung als absurd zurückzuweisen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das betrifft aber auch die SPD. Sie hat diese Begründung häufig genug in der Diskussion um Wilhelmsburg genannt. Sind die vielen Ausländer eine Begründung für Ausländerfeindlichkeit? Nein, das sind sie nicht. Es gibt auch keine Begründung für die Worte von Herrn Schily: Das Boot sei voll. Das ist auch eine mentale Unterstützung für diejeni-

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

gen, die sagen, die Politiker sabbeln nur darüber und sie selbst werden dafür sorgen, daß es nicht mehr so viele Ausländer gibt. Das darf nicht mental unterstützt werden und ist von jedem, der in diesem Land Politik macht, entscheidend zu lernen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Was eine mentale Unterstützung des Rechtsradikalismus ist, muß für uns wichtiger Diskussionspunkt sein. Die andere Sache betrifft die Demonstration. Ich war sehr entsetzt darüber, daß gerade die Grünen, die ich sonst bei solchen Demonstrationen erlebt habe, bei der Demonstration gegen die Neonazis nicht anwesend waren. Es waren viele aus diesem Hause nicht dabei und haben nicht daran mitgearbeitet – außer Herrn Pumm, das möchte ich ausdrücklich hervorheben –, damit eine solche Demonstration zustande kommt.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das stimmt doch nicht!)

Die Frage lautet, darf man überhaupt Demonstrationen gegen Neonazismus organisieren oder nicht. Ich habe mir eingehend angehört – das durfte ich ausnahmsweise einmal –, was die Neonazis genau gesagt haben. Das war keine Sache von Meinungsäußerung – das merkt man auch ganz deutlich in der Art und Weise, wie etwas vorgetragen wird; Herr von Beust und ich haben es gemeinsam gehört –, sondern um eine Vorbereitung dafür, daß die Ausländer aus unserem Land verschwinden. Das war ein deutliches Zeichen dafür, daß es nicht um das Vortragen irgendeiner Meinung ging, sondern etwas zu organisieren. Daß das Faschismus und ein Verbrechen ist und keine Meinung, sieht man an diesen Reden. Deswegen müssen wir dagegen auftreten und deutlich sagen, daß dazu Empörung notwendig ist. Es geht darum, alle zu unterstützen, die das ausdrücken, und das ist richtig so. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Karl-Heinz Ehlers.

Karl-Heinz Ehlers CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will mich an den Versuchen der Ursachenforschung für Rechtsradikalismus nicht beteiligen. Ich habe dazu eine Meinung, die sehr nah an der des Ersten Bürgermeisters Runde und der des Ersten Bürgermeisters a. D. Klaus von Dohnanyi liegt, daß nämlich offenbar ein gewisser Rechtsradikalismus in einer Bevölkerung nicht völlig zu verhindern, verbieten oder abzuschaffen ist. Es wird immer Dumpfe und Blöde geben, ob es uns paßt oder nicht; das glaube ich. Aber worauf es ankommt, ist, zu verhindern, daß diesen Dumpfen und Blöden eigentlich Gutwillige nachlaufen und dieses auch noch in nennenswertem Umfang. Ich denke, man kann in dieser Stadt eine ganze Menge tun, denn wir reden doch über die Verhältnisse in Hamburg und nicht über Ideologien, die sich irgendwo in den neuen Bundesländern ansiedeln und in den Köpfen von Jugendlichen festsetzen.

Dazu, Herr Zuckerer, möchte ich das Zitat von Franz Josef Strauß, das Sie genannt haben, in etwas anderer Art, wie er es gesagt hat, ergänzen. Sie haben Franz Josef Strauß so zitiert, daß man nicht einfach reden solle. Ich setze fort: Man soll einfach mal handeln, Herr Zuckerer. Da liegt in dieser Stadt auch heute noch eine ganze Menge im argen, von dem ich glaube, daß es Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit den Boden entziehen könnte, wenn wir in diesen Bereichen etwas täten.

Wenn die Parolen, mit denen diese braune dumpfe Brut trommelschlagend durch diese Stadt läuft, sich als so offensichtlich falsch erweisen, glaube ich, kann man dauerhaft gegen solche Wahrheit auch nicht mehr von brauner Seite demonstrieren. So richtig, wie Symbole, Empörung und der Versuch sind, möglichst viele Menschen hinter diese Empörung gegen diese braune Brut zu bringen, so wichtig ist aus meiner Sicht, daß da, wo wir etwas tun können, etwas getan wird.

Vor zehn Jahren habe ich an dieser Stelle gesagt, nicht der ist ausländerfeindlich, der sieht, daß es Mißbräuche im Bereich von Ausländern gibt, sondern Ausländerfeindlichkeit schürt der, der dieses erkennt und nichts dagegen tut.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, eines der Ergebnisse haben wir jetzt zehn Jahre später zu beklagen. Wer jeden in die rechte Ecke stellt, der sagt, daß es Kriminalität von Ausländern auch überproportional zu ihrem Bevölkerungsanteil gibt, wer tabuisiert, daß dieses gesagt werden darf, wer das für faschistisch und rechte Ecke hält, schürt Ausländerfeindlichkeit, denn es ist leider richtig, daß das der Sachverhalt ist.

(Beifall bei der CDU)

Tun Sie etwas dagegen, dann verhindern Sie Ausländerfeindlichkeit.

Es ist Sachverhalt und hat nichts mit rechter Ecke zu tun, zu sagen, daß dieses Sozialsystem natürlich auch von Ausländern mißbräuchlich genutzt wird; na klar doch. Das ist kein Tabu, sondern man muß etwas dagegen tun und damit dieser Tatsache, wenn sie denn von Rechtsradikalen behauptet wird, den Boden entziehen; darauf käme es an, und das können wir in dieser Stadt tun. Fangen Sie damit an, Sie haben dafür die Mehrheiten.

(Beifall bei der CDU)

Daß Ausländer diesen Rechtsstaat ausnutzen, muß man doch sagen dürfen. Wir sind es doch nicht gewesen, die erfunden haben, daß Herr Boateng von Polizisten dieser Stadt im Freihafen vergewaltigt und bedroht worden ist. Wir sind es doch nicht gewesen, die Herrn Boateng aufgenommen haben. Das sage ich als Beispiel für die Ausnutzung dieses Rechtsstaates auch durch Ausländer. Wer sagt, dieses fände nicht statt oder sei entschuldbar, der schürt Ausländerfeindlichkeit.

(Zurufe von REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Meine Damen und Herren, daß es Verletzungen der Regeln des Zusammenlebens auch durch Ausländer gibt, wird man sagen dürfen, ohne daß man in der rechten Ecke steckt. Was wäre denn passiert, wenn unter Zeigen von Symbolen einer verbotenen Organisation in dieser Stadt das Kurt-Schumacher-Haus nicht von Kurden, die es gemacht haben, überfallen worden wäre, sondern von Nazis mit Hakenkreuzfahnen? Wie wäre die Reaktion anders gewesen? Ich sage, daß dieses aus meiner Sicht die gleiche Art von Terror ist, die wir den Rechtsradikalen mit Recht ankreiden.

(Glocke)

Noch einen letzten Satz, wenn ich zum Ende kommen muß. Frau Peschel-Gutzeit hat Ole von Beust vorgeworfen, er hätte sich in unzulässiger Weise in die Unabhängigkeit der Justiz eingemischt,

(Jürgen Schmidt SPD: Hat er doch! – Unruhe bei der SPD)

(Karl-Heinz Ehlers CDU)

A als er gesagt hat: Hier gibt es jemanden, der 30 Straftaten auf dem Kerbholz hat, da muß mal etwas passieren, da ist nichts passiert.

(Glocke)

Aber Frau Peschel-Gutzeit war die erste, die sich vehement dafür eingesetzt hat, daß Rechtsradikale bestraft werden müssen. Damit hat sie recht, aber mit dem ersten Teil nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Klooß. Es sind nunmehr noch vier Minuten Redezeit, Herr Klooß, danach ist die Aktuelle Stunde zu Ende.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Wrocklage, gehen Sie mal an das Mikrofon, wir können das mit dem Hakenkreuz doch nicht stehenlassen!)

Rolf-Dieter Klooß SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich schwerpunktmäßig etwas zum Demonstrationsrecht sagen. Aber Ihre Worte, Herr Ehlers, müssen beantwortet werden. Es ist selbstverständlich, daß Sie und auch Ihre Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion das Recht haben, alles, was Sie für beanstandungswert halten, auch zu sagen. Es ist aber nicht erlaubt, es in unzulässiger Weise mit Dingen zu vermischen, die nichts miteinander zu tun haben.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wenn Sie alles, was Ihnen nicht gefällt, auf ein Konto bringen, das mit dem Satz überschrieben ist: Ursachen für Rechtsradikalismus, dann haben Sie das Thema verfehlt
B und sind einer von den Simplifikateuren, die so gefährlich sind.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren, Demonstrationsrecht hat erheblich etwas mit Meinungsfreiheit zu tun. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt den Zusammenhang zwischen Artikel 8 und Artikel 5 Grundgesetz hergestellt. In diesem Licht müssen wir auch das Demonstrations- und Versammlungsrecht betrachten. Einiges hat Herr Schmidt schon zutreffend gesagt.

In diesem Spannungsfeld befindet sich auch die Verwaltung, wie das Verfassungsgericht sagt, die Versammlungsbehörde, wenn sie darüber zu befinden hat, ob eine Versammlung durchgeführt werden darf oder nicht. Das Bundesverfassungsgericht geht davon aus – das ist meines Erachtens richtig –, daß jemand, der eine Demonstration anmeldet, zunächst den Anspruch darauf hat, sie durchzuführen, es sei denn, daß er gegen elementare Grundsätze verstößt. Das ist die Schwierigkeit, in der sich dann die Behörde befindet, herauszufinden, ob es erlaubt ist oder nicht.

Das Bundesverfassungsgericht hat in dem konkreten Fall vom 20. August, der auch durch die Presse gegangen ist, dem Senat gesagt, so wie es angeordnet war, nämlich das Verbot dieser Demonstration, soll es nicht sein, ist sie in gewissen Grenzen erlaubt.

Ob man dieser Meinung folgt oder nicht, ist in diesem Moment vielleicht nicht so wichtig, aber es zeigt einmal schlaglichtartig, wie das Bundesverfassungsgericht und die herrschende Verfassungsmeinung damit umgehen. Es werden strenge Anforderungen gestellt. Das Bundesverfassungsgericht hat beispielsweise gesagt, daß, wenn aus der Versammlung selbst keine Gewalttätigkeiten hervorgehen, das ein wesentlicher Umstand ist, der für die Entscheidung eine Rolle spielt. Ferner hat das Gericht erklärt, daß die Abwägung auch nicht auf mögliche Folgen gestützt wird, die auf der Annahme beruhen, es handele sich bei der Anmeldung um die Tarnung einer in Wahrheit geplanten oder zu erwartenden Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltung. Hier hat sich das Gericht von der Beurteilung der Innenbehörde entfernt. C

Das ist das Risiko. Man kann der Innenbehörde aber in dieser Situation sicherlich nicht vorwerfen, sie habe die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft. Sie ist durch das Verwaltungsgericht und das Oberverwaltungsgericht auch bestätigt worden. Das Bundesverfassungsgericht hat in Auslegung dieser besonders strengen Maßstäbe gesagt, es könne die Sache nicht in vollem Umfange verbieten, sondern müsse etwas zulassen, nämlich eine stationäre Veranstaltung mit gewissen Auflagen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Herr Klooß, kommen Sie bitte zum Ende.

Rolf-Dieter Klooß (fortfahrend): Ja. Ich will damit sagen, daß wir der Innenbehörde zugestehen und ihr dafür dankbar sein müssen, daß sie energisch versucht hat, diese Veranstaltung zu verhindern.

Es kann aber selbstverständlich nicht dabei bleiben, daß wir uns auf die Anordnungen von Verwaltungsbehörden verlassen, sondern wir müssen insgesamt als Gesellschaft daran mitwirken, daß eine Gegenmeinung nicht nur gebildet wird, sondern es auch zu einer Darstellung kommt, damit diese zu bekämpfende Meinung keine weitere Verbreitung findet. – Vielen Dank. D

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde angekommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf: Wahl eines Deputierten der Wirtschaftsbehörde.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft: Wahl einer oder eines Deputierten der Wirtschaftsbehörde – Drucksache 16/4587 –]

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er erhält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Wahlenthaltung. Ungültig sind insbesondere Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten. Bitte nehmen Sie Ihre Wahlentscheidung vor. Ich darf die Schriftführerinnen und den Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen)

Sind alle Stimmzettel eingesammelt worden? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann schließe ich hiermit die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird nun ermittelt. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, daß wir ohne weitere Unterbrechung mit der Tagesordnung fortfahren und das Ergebnis dieser Wahl im Laufe der Sitzung bekanntgeben.*

* Ergebnis siehe Seite 3948 A.

(Vizepräsidentin Sonja Deuter)

A Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf: Senatsantrag: Haushaltsplan-Entwurf für das Haushaltsjahr 2001 und Finanzplan 2000 bis 2004 sowie zusätzlicher Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg.

[Senatsantrag:
Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2001 und Finanzplan 2000 bis 2004
Zusätzlicher Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg
– Drucksache 16/4524 –]

Die Drucksache wurde bereits am 15. August im Vorwege zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuß und mitberatend an die entsprechenden Fachausschüsse überwiesen. Zur Einbringung des Haushalts spricht zunächst der Senat. Das Wort erhält Frau Dr. Nümann-Seidewinkel.

Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hoffe nur, Sie können mich besser verstehen, als wir Sie eben auf der Senatsbank verstanden haben.

(Rolf Kruse CDU: Darauf kommt es nicht an!)

Insofern versuche ich lauter zu reden.

Der Senat legt Ihnen heute den Haushaltsplan-Entwurf 2001 und die Finanzplanung bis zum Jahre 2004 vor. Für die schreibende und fotografierende Zunft habe ich noch einmal das ganze Papier mitgebracht, damit wir gemeinsam eine Vorstellung darüber bekommen, wie umfangreich
B das Papier ist, mit dem wir uns in den nächsten Wochen befassen werden.

Meine Damen und Herren! Dies ist ein besonderer Haushalt. Es ist der letzte Haushaltsplan, den die Bürgerschaft in dieser Legislaturperiode beschließen wird, und es ist der letzte Haushaltsplan, den wir in D-Mark aufstellen. Der Haushalt 2001 markiert aber vor allem den Abschluß eines beispiellosen Konsolidierungsprogramms für die Zukunft Hamburgs.

Im Regierungsprogramm für diese Legislaturperiode hatten wir uns anspruchsvolle finanzpolitische Ziele gesetzt. Diese Ziele haben wir erreicht. Das mittelfristige Konsolidierungsprogramm ist vollständig umgesetzt worden. Bereits 1999 konnte der Betriebshaushalt ausgeglichen werden – zwei Jahre früher als vorgesehen. Mit der Finanzplanung ist darüber hinaus der strukturelle Ausgleich gesichert.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der Senat legt Ihnen erneut – wie bereits im Vorjahr – einen Haushaltsplan-Entwurf vor, in dem die Gesamtausgaben nicht steigen, sondern zurückgehen. Jetzt gehen wir mit ebenso großer Entschiedenheit die nächste Etappe der Haushaltssanierung an. Bis zum Jahr 2004 wird die Neuverschuldung halbiert. Damit schaffen wir die finanzpolitische Basis für die Zukunft unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Mit dem Haushalt 2001 wird der letzte Schritt des mittelfristigen Konsolidierungsprogramms umgesetzt. Das Konsolidierungsvolumen beträgt nochmals 300 Millionen DM. Der Betriebshaushalt ist dann um insgesamt 2,35 Milliarden DM strukturell entlastet worden.

Ich möchte noch einmal daran erinnern: 1994 hatte der Senat mit Blick auf die drohenden Defizite im Betriebshaushalt ein Konsolidierungsvolumen von insgesamt 800 Millionen DM beschlossen. Damals ist von vielen bezweifelt worden, daß der Senat in der Lage sei, dieses Volumen zu realisieren. Aber nicht nur das ist uns gelungen. In den Folgejahren war es aufgrund der Erosion der Steuereinnahmen notwendig, nochmals aufzustocken. Auch diese Aufstockungen sind vollständig umgesetzt worden. Das bedeutet, es mußte nahezu das Dreifache dessen erreicht werden, was anfangs für notwendig gehalten wurde.

Ich möchte das einmal mit einem Langstreckenläufer vergleichen, dem aufgegeben wird, 10 Kilometer in Bestzeit zu laufen, und dem dann irgendwann – sagen wir nach 8 Kilometern – gesagt wird, jetzt sind nicht nur 10 Kilometer, sondern 20 Kilometer zu laufen und auch dieses in Bestzeit, und wenn er sich dann den 15 Kilometern nähert, wird gesagt, jetzt sind es nicht nur 20 Kilometer, sondern 30 Kilometer. Das ist sehr schwierig. Ich gebe gerne zu, manche haben sich wie Sisyphos gefühlt – ich auch. In der Schule hat man gelernt, daß Camus gesagt hat, Sisyphos sei ein glücklicher Mensch. Wenn ich mir die Haushaltszahlen anguckte und sah, wie wir immer drauflegen mußten, konnte ich dieses Gefühl nicht teilen. Aber heute wissen wir, daß es sich gelohnt hat. Mit dieser Konsolidierungsleistung können wir uns sehen lassen. Auch im Vergleich zu anderen Ländern ist dieses eine wirklich tolle Leistung.

(Beifall bei der SPD und bei Anja Hajduk GAL)

Beispielhaft möchte ich das an den Anstrengungen zeigen, die gerade im Personalbereich geleistet wurden. Deutliche politische Schwerpunkte wurden durch geringere Sparvorgaben gesetzt: bei den Schulen, Hochschulen, bei Polizei, Feuerwehr, den ordentlichen Gerichten und Staatsanwaltschaften und bei der Steuerverwaltung.

Mit den Stellenstreichungen im Jahre 2001 werden dann seit Beginn des Konsolidierungsprogramms rund 7000 Stellen gestrichen worden sein. Das sind 10 Prozent aller Stellen von 1994 oder, wenn man sich die Normalbehörden anguckt – also die Behörden, die nicht zu den Bereichen gehören, die ich eben genannt habe –, dort werden 20 Prozent aller Stellen beziehungsweise jede fünfte Stelle gestrichen worden sein. Das war nur möglich, weil in den Normalbehörden bis an die Grenze der Fluktuation gegangen wurde. Dabei ist eines ganz klar: Mit der Aufstellung des Haushaltsplans 2001 allein sind die nötigen Konsolidierungsvolumina im Personalbereich noch nicht in die Tat umgesetzt. Rund 800 Stellenstreichungen sind noch notwendig, um den Konsolidierungsbeitrag dauerhaft zu erbringen. Die Behörden und Ämter werden daher bis zum Ende des Jahres 2001 noch einmal ganz schwierige Entscheidungen zu treffen haben.

Meine Damen und Herren! Unser Ziel, den Betriebshaushalt bis zum Ende dieser Legislaturperiode auszugleichen, haben wir erreicht. Bereits 1999 – also zwei Jahre früher als geplant – konnte der Betriebshaushalt ausgeglichen werden. Ich bin so optimistisch, daß ich mich traue, hier an diesem Pult zu sagen, es gibt eine realistische Chance, daß wir dieses auch im Jahre 2000 hinbekommen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Schwierig ist das Jahr 2001. Man muß sehen – und das wissen Sie –, daß es durch die Steuerreform zusätzliche Belastungen in Höhe von 700 Millionen DM geben wird. Durch die Steuerreform wird ein Teil der Steuerentlastungen, die zunächst für das Jahr 2002 vorgesehen waren, jetzt vom

(Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel)

Jahre 2002 auf das Jahr 2001 vorgezogen. Das wußten wir. Dafür haben wir Vorsorge getroffen. Das war auch vernünftig und richtig, denn es wird uns jetzt gelingen, einen Teil dieser Verschlechterungen durch Steuermehreinnahmen auszugleichen. Es wird aber eine temporäre Lücke in Höhe von 378 Millionen DM bleiben, die wir durch die Rücklage ausgleichen können.

Daß der Bundesrat der Steuerreform am 14. Juli zugestimmt hat, war eine wichtige Entscheidung. Die Steuerreform wird die wirtschaftliche Entwicklung beleben, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken und zu neuen Arbeitsplätzen führen.

In den Jahren 2002 bis 2004 werden die reformbedingten Einnahmeausfälle durch Steuermehreinnahmen kompensiert. Der Betriebshaushalt kann ausgeglichen werden. Der strukturelle Ausgleich des Betriebshaushaltes, das zentrale Ziel dieser Legislaturperiode, ist damit erreicht. Ich glaube, das ist von den Vertretern der Opposition lange Zeit nicht für möglich gehalten worden, zumindest nach dem, was Sie, Herr Freytag, zwischendurch immer mal erzählt haben.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das waren Steuereinnahmen, mit denen Sie gar nichts zu tun hatten!)

Nun können Sie sagen, das hätte etwas mit der guten Entwicklung der Steuereinnahmen zu tun. Das weiß ich, das erzählen Sie jedes Mal.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das stimmt auch!)

Es ist weniger als die halbe Wahrheit, um ehrlich zu sein, denn bis 1998 hatten wir doch eine Stagnation der Steuereinnahmen und eine Erosion des Steuersystems, die alle öffentlichen Haushalte bis an die Grenzen des Erträglichen belastet hat. Ohne die Konsolidierungsleistungen und den Sparwillen der letzten acht Jahre hätte Hamburgs Betriebshaushalt heute ein Loch von 2 Milliarden DM. Das muß man einfach sehen. Das heißt, wir hätten dieses jährlich für 2000 Millionen DM durch Vermögensmobilisierung decken müssen. Dieses verhindert und den Betriebshaushalt auf Kurs gebracht zu haben, ist eine Leistung, auf die wir in Hamburg mit Recht stolz sein können.

(Beifall bei der SPD und bei Anja Hajduk GAL)

Deshalb darf man auch die Konsolidierungsanstrengungen, das heißt konkret die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger, nicht klein reden.

Meine Damen und Herren! Das Jahr 2001 ist ein Wahljahr, und man könnte unterstellen, dieser Haushalt sei ein Wahlhaushalt. Verteilen wir Geschenke oder Gefälligkeiten? – Nein, wir tun das, was die Bürgerinnen und Bürger zu Recht verlangen: Wir sparen!

Zum zweiten Mal nach 2000 sinken die Gesamtausgaben bereits im Haushaltsplan-Entwurf. Die bereinigten Gesamtausgaben gehen trotz steigender Kosten um 0,3 Prozent zurück. Seit Beginn des Konsolidierungsprogramms haben wir die Zuwachsraten deutlich gesenkt. Der Zuwachs der Ausgaben seit 1994 liegt im Vergleich zu den alten Ländern ungefähr bei der Hälfte des Anstiegs der alten Länder. Auch dieses war nur mit dem entschiedenen Konsolidierungskurs möglich.

Meine Damen und Herren! Das Konsolidierungsprogramm, das der Senat 1994 begonnen hat, war unabdingbar. Es hat allen Beteiligten große Anstrengungen abverlangt. Es hat aber nicht dazu geführt, daß Hamburg kaputt gespart wurde, wie das manchmal versucht wird zu unterstellen. Es werden die notwendigen Entscheidungen getroffen und Zukunftsinvestitionen für den Standort Hamburg getätigt. Standards und Leistungen werden gehalten. In Schwerpunktbereichen sind sie sogar verbessert worden. Arbeits- und Ausbildungsplätze werden in hohem Umfang gefördert. Nicht zuletzt unterzieht sich die öffentliche Verwaltung einer umfassenden Modernisierung und betritt mit dem Electronic Government neue Wege.

In einer schwierigen Haushaltslage wurden und werden die knappen Mittel zielgerichtet eingesetzt, um den Standort Hamburg für die Zukunft zu positionieren. Das zahlt sich jetzt aus. Hamburg befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Siehe dazu die neuesten Zahlen der Landesbank: ein Wachstumsplus von 3,3 Prozent im ersten Halbjahr. Die Arbeitslosenzahlen sind innerhalb von drei Jahren um über 22 Prozent zurückgegangen. Gerade heute wurden vom Arbeitsamt die August-Ergebnisse vorgelegt. Es ist das beste August-Ergebnis seit 1994. Hamburg hat nicht nur erfolgreich den Wandel zum Dienstleistungs- und Logistikzentrum vollzogen, sondern ist auch New-Economy-Metropole und Deutschlands Multimediastandort Nummer 1. Große Unternehmen investieren in Hamburg und kleine starten. Wir erleben einen Gründerboom, der sich gerade in diesen Bereichen abspielt.

Meine Damen und Herren! Dies ist doch deshalb der Fall, weil diese Stadt mit ihren Netzwerken der Unternehmen, den Know-how-Einrichtungen und den gut ausgebildeten Menschen den geeigneten Nährboden bietet und in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft viel tut, um diesen Nährboden zu bereiten.

Mit den großen Zukunftsprojekten, die jetzt und in den nächsten Jahren realisiert werden, wird der Standort weiter gestärkt, neue Arbeitsplätze werden entstehen. An erster Stelle sind zu nennen: HafenCity, Hafenerweiterung Altenwerder, Airbus A3XX. Das entschiedene Eintreten für den Luftfahrtstandort Hamburg hat sich gelohnt. Mit der Entscheidung von Airbus Industries, Hamburg als Produktionsstandort für den Airbus A3XX vorzusehen, ist die Stadt einer der drei „global player“ in der zivilen Luftfahrtproduktion geworden. Wir spielen also in der ersten Liga, um nicht zu sagen in der Champions League. Auch hier waren Standortfaktoren entscheidend. Nicht zuletzt hat der Senat eine erfolgreiche Bewerbung betrieben und die notwendigen Voraussetzungen geschaffen.

HafenCity, Altenwerder und A3XX sind Beispiele für erfolgreiche Standortpolitik. Sie werden auch Beispiele für erfolgreiches Management von Zukunftsprojekten sein. Wie bei HafenCity und Hafenerweiterung wird der Senat durch Asset-Management, also durch die Umschichtung hamburgischen Vermögens, die Finanzierung der Zukunftsaufgabe A3XX bewältigen. Wir werden die Beteiligung Hamburgs an der DCLRH einsetzen, um die Voraussetzung für den Ausbau des Luftfahrtindustriestandortes Hamburg zu schaffen. Das könnten wir übrigens jetzt nicht tun, wenn wir diese Beteiligung – wie von einigen gefordert – bereits vor einigen Jahren verkauft hätten. Wir hätten damals nicht nur deutlich niedrigere Preise erzielt, sondern hätten auch auf Dividenden und insbesondere auf die Sonderausschüttungen der letzten Jahre verzichtet. Es hat sich gelohnt, diese Beteiligung zu halten. Richtiges Asset-Management, Herr Freytag, ist eben etwas anderes, als immer nur zu fordern, möglichst schnell und umfassend zu privatisieren und zu verkaufen ohne Rücksicht auf Zeitpunkt, Preis und strategische Interessen. Man muß schon über den Tag hinaus denken, wenn es um die Zukunft Hamburgs geht.

(Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Gerade junge Leute brauchen die Perspektive, sich den Lebensunterhalt durch eigene Arbeit verdienen zu können. Das sind entscheidende Weichenstellungen und Prägungen für das Selbstwertgefühl und die Persönlichkeitsentwicklung. Es sind auch wichtige Bedingungen für das Zusammenleben der Menschen im Gemeinwesen Hamburg und für den sozialen Zusammenhalt. Arbeitsmarktpolitik, Bildung und Ausbildung sind deshalb Schwerpunkte im Regierungsprogramm des Senats für diese Legislaturperiode. Arbeits- und Ausbildungsplätze gerade für junge Menschen zu schaffen, ist auch das Ziel der Hamburger Initiative für Arbeit und Ausbildung. Sie hat dazu beigetragen, daß die Jugendarbeitslosigkeit innerhalb von zwei Jahren um 25 Prozent gesunken ist, weil die Unternehmen die Zahl der Ausbildungs- und Praktikumsplätze erhöht haben, weil das Jugendsofortprogramm der Bundesregierung greift und die Stadt ihre Förderprogramme ausgeweitet hat.

In welchen Großstädten werden kontinuierlich vergleichbare Anstrengungen unternommen und Ressourcen eingesetzt, um Arbeit und Ausbildung zu fördern? Zum Beispiel: Jedes Jahr rund 230 Millionen DM für die Arbeitsmarktpolitik. Zum Beispiel: Über 2000 Ausbildungsplätze, die wir im nächsten Jahr mit Hamburger Mitteln fördern werden. Zum Beispiel: Rund 3000 Sozialhilfeempfänger, die in Arbeit vermittelt werden. Darüber hinaus geht es auch darum, den Menschen ganz konkret zu helfen sowie die Lebenssituationen und das Umfeld in den sozial benachteiligten Stadtteilen zu verbessern. Auch hier bewahren wir Kontinuität auf hohem Niveau!

Meine Damen und Herren! In den vergangenen Jahren sind trotz Haushaltskonsolidierung eindrucksvoll zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur unserer Stadt auf hohem Niveau gehalten und sogar ausgebaut worden. Ich erinnere nur daran, daß zum Beispiel die Kindertagesbetreuung erheblich ausgebaut und der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz im Elementarbereich verwirklicht wurde, der Schulneubau ausgeweitet und der Wohnungsbau auf hohem Niveau durchgeführt wurde. In vielen Bereichen wird die finanzielle Ausstattung gern als zu gering kritisiert. Wir geben für diese Aufgaben nicht nur viel Geld aus, wir haben auch im Vergleich – im Benchmarking, wie das immer so schön neudeutsch heißt – mit anderen Ländern und Großstädten ein beachtliches Niveau der öffentlichen Leistungen, wenn wir uns Standards, Ausstattungsgrade und anderes anschauen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Beispiel: Schule. In den Produktinformationen des Einzelplans 3.1 – das ist einer von denen, die dort liegen – ist nachzulesen, daß in nahezu allen Schulformen die Schüler-/Lehrerrelation in Hamburg günstiger ist als im Bundesdurchschnitt. Trotz Konsolidierung hat sich die Schüler-/Lehrerrelation in den allermeisten Schulformen in den letzten drei Jahren verbessert und nicht verschlechtert. Hamburg gibt pro Schüler das meiste Geld von allen Bundesländern für die Bildung aus.

(Beifall bei der SPD und bei Anja Hajduk GAL – Rolf Harlinghausen CDU: Masse ist nicht Klasse!)

Auch in Zeiten härtesten Konsolidierungsdrucks sind also die hohen quantitativen Standards gehalten worden. Gleichzeitig haben wir zahlreiche qualitative Verbesserungen eingeführt, zum Beispiel Englisch ab der dritten Klasse und die Verläßliche Halbtagsgrundschule, ein Modell, dem jetzt andere Bundesländer nacheifern. Auch bei der sogenannten empirischen Wende in der Bildungspolitik ist Hamburg vorn. Qualität wird empirisch überprüft. Es wird erforscht, welche Wirkungen das eingesetzte Geld hat, welche Bildungsfortschritte mit dem Ressourceneinsatz erzielt werden. Außerdem hat sich der Senat entschlossen, die Ausbildungskapazitäten am Staatlichen Studienseminar insgesamt um 90 Referendarstellen auf 1080 Stellen zu erhöhen. Damit sorgen wir vor für die steigende Zahl der Pensionierungen.

Beispiel: Kultur. Hamburg hat als Theaterstadt einen hervorragenden Ruf wegen der herausragenden künstlerischen Leistungen seiner Häuser. Gerade ist das Schauspielhaus zum vierten Mal unter Leitung von Frank Baumbauer zum Theater des Jahres gewählt worden. Dazu muß man doch gratulieren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL und der CDU)

Erfolgreich sind die Hamburger Theater aber auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Schauspielhaus und Thalia Theater weisen doppelt so hohe Kostendeckungsgrade auf wie vergleichbare Theater etwa in Berlin, München oder Frankfurt. Der Betriebszuschuß je Besucher, den die Hamburger Häuser benötigen, liegt deutlich niedriger als dort. Kunst ist aus meiner Sicht, folgendes zu verbinden: Qualitativ anspruchsvolle Darbietungen, die vom Publikum besucht werden, sowie vernünftiges Wirtschaften. Das ist in Hamburger Theatern hervorragend gelungen. Weitgehende Verselbständigung, Planungssicherheit und Eigenverantwortung waren die Rahmenbedingungen, die diese Leistungen ermöglicht haben. Im letzten Jahr haben wir mit der Überführung der Museen in Stiftungen den Weg zur Verselbständigung und Stärkung der Eigenverantwortung auch bei den Museen beschritten. Auch wenn ich manchmal das Gefühl habe, daß es in Hamburg nicht jeder zugeben mag, so beneiden uns andere Städte um diese Situation.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ziemlich genau vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle ausgeführt, daß die finanzpolitischen Herausforderungen Schritt für Schritt bewältigt werden müssen. Das bedeutet für Hamburg, daß zunächst der Betriebshaushalt ausgeglichen werden mußte. Anschließend wird die Neuverschuldung zurückgeführt. Das erste Ziel haben wir erreicht. Jetzt können wir das nächste Ziel angehen. Bis zum Jahr 2004 wollen wir die Aufnahme neuer Schulden halbieren. Statt jetzt 1,6 Milliarden DM werden wir dann nur noch 800 Millionen DM neue Kredite aufnehmen. Die Defizitlinie des Haushaltes wird deutlich fallen, jedes Jahr um 200 Millionen DM.

Das Konsolidierungsprogramm hat gezeigt, daß es wichtig ist, ehrgeizige, aber auch realistische Ziele zu setzen. Auch auf der nächsten Etappe der Haushaltskonsolidierung wäre es unredlich, den Bürgerinnen und Bürgern zu suggerieren, wir könnten die Probleme mit einem Schlag lösen. Die Verschuldungssituation und die Haushaltslage sind im Finanzbericht ausführlich dargestellt. Die Gesamtverschuldung des Haushaltes beträgt über 30 Milliarden DM. Wir bremsen den Anstieg, aber die Verschuldung wird auch in den nächsten Jahren steigen. Die Zins-Steuer-Quote Hamburgs beträgt 15 Prozent. Fast jede siebte Steuermark müssen wir für Zinsen ausgeben. Sie wird sich auch in den nächsten Jahren in dieser Größenordnung bewegen und über dem Durchschnitt der Länder und Gemeinden liegen.

(Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel)

A Auf dem weiten Weg der Haushaltskonsolidierung liegt also noch viel Arbeit vor uns. Mit dem schrittweisen Abbau der Neuverschuldung setzen wir ein deutliches Signal, wohin die Reise gehen wird. Das bedeutet, daß auch am Ende des mittelfristigen Konsolidierungsprogramms strikte Haushaltsdisziplin beibehalten werden muß. Die Ausgabendynamik muß eingedämmt werden. Wir werden uns deshalb auch in Zukunft an den Empfehlungen des Finanzplanungsrates orientieren, das jährliche Ausgabenwachstum im mittelfristigen Zeitraum auf maximal 2 Prozent zu begrenzen. Dies ist besonders angesichts der überdurchschnittlichen Dynamik bei den Zinsen und den Versorgungsausgaben eine Herausforderung.

Nach acht Jahren Konsolidierungsprogramm ist aber klar, daß es im Personalbereich eine Fortsetzung der quotierten Einsparungen und Stellenstreichungen wie in den vergangenen Jahren über das Jahr 2001 nicht geben wird. Es war unerläßlich, auch bei der Personalkonsolidierung bis an die Grenzen des Machbaren zu gehen. Es muß nun aber wieder mehr Bewegung, mehr Mobilität geben. Um Nachwuchs für die Verwaltung zu gewinnen – nicht zuletzt aufgrund der Altersstruktur –, muß es nun auch wieder die Perspektive auf Einstellungen von neuen Kräften in den Behörden geben. Andernfalls müßten wir mit Einbußen bei der Qualität des öffentlichen Dienstes in Hamburg rechnen. Das kann keiner wollen.

Auf die einfache Frage „Wird denn zukünftig nicht mehr gespart?“ lautet die ebenso schlichte Antwort: „Natürlich wird weiter gespart!“ Verschuldung und Zinsbelastung des Haushalts lassen keinen Spielraum für Ausgabenausweitungen. Auch in Zukunft müssen alle Konsolidierungspotentiale genutzt werden durch Aufgabenkritik, Rationalisierung, Effizienzsteigerung und durch Investitionen in
B Modernisierung, Erneuerung und Energieeinsparungen. Wo es niedrigere Fallzahlen – etwa aufgrund der Bevölkerungsentwicklung – gibt, wird dies bei den Finanzen zu berücksichtigen sein, und es gilt weiter der Grundsatz der Bestandsfinanzierung. Neue oder zusätzliche Maßnahmen oder eine Ausweitung von Leistungen und Standards können wie bisher nur durch Umschichtung und Prioritätensetzung finanziert werden.

Meine Damen und Herren! Zur Perspektive der Haushaltskonsolidierung gehört auch der Länderfinanzausgleich. Die Zahlungen Hamburgs sind Beleg für die wirtschaftliche Stärke und föderale Verantwortung, die Hamburg wahrnimmt. Seit Bestehen des Länderfinanzausgleichs hat Hamburg noch vor Hessen die höchsten Zahlungen pro Kopf geleistet. Noch stärker als vor einem halben Jahr bin ich überzeugt, daß die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs die spezifischen Bedingungen der Stadtstaaten berücksichtigen wird. Die Bundesregierung wird sich für die Beibehaltung der ökonomisch und fiskalisch berechtigten Einwohnerwertung einsetzen, damit die Stadtstaaten auch zukünftig gerecht und entsprechend den Großstädten in Flächenländern behandelt werden. Das ist ein Erfolg der Allianz für Hamburg unter Führung des Ersten Bürgermeisters.

(Beifall bei der SPD und bei Anja Hajduk GAL)

Auch mit Berlin und Bremen und mit der Mehrheit der Länder sind Bündnisse geschlossen worden. Verhandlungen und beharrliche Überzeugungsarbeit tun ihre Wirkung. Man spricht zunehmend mit einer Stimme. Vernunft setzt sich durch. Dem Bürgermeister und der Allianz für Hamburg gebührt Dank – ich glaube, in diesem Falle des ganzen Hauses – für den Einsatz, der für Hamburg geleistet worden ist.

(Beifall bei der SPD) C

Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftlichkeit erhöhen, die Qualität der Dienstleistungen verbessern, kundenorientierter zu arbeiten, das sind die Herausforderungen, denen sich die Hamburger Verwaltung stellt. Hamburg unternimmt große Schritte in die Welt des Electronic Government. Das bedeutet elektronische Kommunikation über Internet und Intranet und damit mehr Effizienz und Effektivität. Das bringt Erleichterungen für die Bürgerinnen und Bürger, und die Verwaltung wird durch die papierlose Kommunikation mit Bürgern und Firmen wirtschaftlicher arbeiten.

Mit hamburg.de ist Hamburg bundesweit an der Spitze der Internet-Aktivitäten. „Hamburg ist drin“ – um mit Boris Becker zu reden – und kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Durchschnittlich 350 000 Dateizugriffe pro Tag im August beweisen dies. Da kann man nur sagen: Schauen Sie einmal rein, das Angebot lohnt sich. Als Beispiele nenne ich „Link To Your Roots“, die Veranstaltungsübersicht, die Hamburg-Bilder oder auch die Homepage der Finanzbehörde.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der GAL)

hamburg.de hat für die Hamburger Bürgerinnen und Bürger einen praktischen Nutzen. Sie können über den elektronischen Weg eine Vielzahl von Dienstleistungen in Anspruch nehmen, um zum Beispiel die zuständigen Behörden und Ämter einschließlich ihrer Zimmernummern und Öffnungszeiten zu ermitteln. Es können die öffentlichen Verkehrsmittel herausgesucht werden, mit denen sie zur zuständigen Behörde kommen können; es werden Hinweise auf die erforderlichen Unterlagen gegeben, und die D
benötigten Formulare können heruntergeladen werden.

Unsere Zielvorstellung ist, daß die Vorgänge insgesamt elektronisch abgewickelt werden können. Das heißt, die Formulare sollen nicht nur heruntergeladen, ausgefüllt und mit der Post versendet beziehungsweise persönlich in den Behörden abgegeben werden, sondern elektronisch dorthin gelangen können. Das erfordert jedoch die elektronische Signatur, die noch eingeführt werden muß. Aber schon jetzt wird die Transparenz der Vorgänge erhöht und der Gang zur Behörde deutlich erleichtert.

Die Public-Private-Partnership, die die Stadt bei hamburg.de mit der Betreibergesellschaft eingegangen ist, hat Vorbildcharakter: Die Inhalte der öffentlichen Verwaltung werden kostenlos präsentiert; insbesondere wird der Internet-Zugang für kleinere und mittlere Betriebe zur digitalen Wirtschaft erleichtert. Internet-Zugang, E-Mail-Adresse und Homepage zur privaten Nutzung werden für alle Hamburgerinnen und Hamburger kostenlos bereitgestellt. Seit dem 20. Juni sind über 40 000 – genau 41 359 – E-Mail-Adressen vergeben worden und – last, but not least – wird die virtuelle Metropole Hamburg im Internet professionell gemanagt.

Hamburg hat die schwerste Finanzkrise der Stadt seit Gründung der Bundesrepublik gemeistert. In einer beispiellosen Kraftanstrengung wurde ein einzigartiges Konsolidierungsprogramm bewältigt. Zwei Jahre vor dem Ziel wurde der Betriebshaushalt ausgeglichen; jetzt eröffnet sich die realistische Perspektive, die Neuverschuldung zu reduzieren. Wir beginnen mit der nächsten Etappe der Haushaltssanierung und nehmen Schritt für Schritt weniger Schulden auf.

(Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel)

A Um bei dem Bild des Langstreckenläufers zu bleiben: Nach diesem kräftezehrenden Rennen ist es angemessen, auf das Erreichte ein wenig stolz zu sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein Ziel ist erreicht; das nächste nehmen wir fest in den Blick! Wir werden uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Dr. Freytag.

Dr. Michael Freytag CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Anbetracht der tatsächlichen Haushaltskrise unserer Stadt waren Ihre Worte, Frau Senatorin,

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

ein wahrlich beklemmendes Dokument einer an Peinlichkeit kaum noch zu überbietenden Selbstgefälligkeit.

(Beifall bei der CDU und Zurufe von der SPD und der GAL)

Wie sieht der Haushalt aus? Wir haben im Kernhaushalt einen neuen Rekord der Staatsverschuldung von 34,6 Milliarden DM. Das ist die höchste Staatsverschuldung, die diese Stadt jemals hatte. Tatsächlich ist sie noch wesentlich höher, weil durch die ausgegliederten Bereiche der Anstalten des öffentlichen Rechts die dort mitgenommene Verschuldung letztlich den Bürger auch belastet. Aber gehen wir nur vom Kernhaushalt aus: Er weist die höchste Verschuldung aus, die diese Stadt jemals hatte und die dieB ser Senat zu verantworten hat.

Es müssen jährlich 2 Milliarden DM für Zinsen und 1,6 Milliarden DM für neue Kredite gezahlt werden.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Hört, hört!)

Täglich müssen in dieser Stadt für neue Schulden und alte Zinsen 10 Millionen DM aufgewandt werden. Der Betriebshaushalt ist im Jahr 2000 nicht ausgeglichen. Im Jahr 2001 wird dies auch nicht der Fall sein. Zusätzlich zu den Investitionen, für die 1,6 Milliarden DM neue Kredite aufgenommen werden müssen, ist auch der Betriebshaushalt mit 380 Millionen DM defizitär.

Ich wäre, Frau Senatorin, auf einen solchen Haushalt nicht stolz; mir wäre ein solcher Haushalt peinlich.

(Beifall bei der CDU)

Daß dieser Senat in weiten Teilen nach wie vor eine verfehlte Finanzpolitik betreibt, ist nicht nur die Auffassung der CDU-Fraktion: Es gibt unabhängige Institutionen, die sich das Haushaltsgebaren der einzelnen Bundesländer angesehen und dazu Analysen angestellt haben.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat den Stand und die Entwicklung von Staatsausgaben, Netto-Kreditaufnahme, Schuldenstand und Personalinvestitionsausgaben für alle 16 Bundesländer analysiert und ihnen eine Gesamtnote gegeben. Danach rangiert Hamburg auf dem 13. Platz. Das ist im Gegensatz zu Ihren Wunschvorstellungen die Realität dieses Haushaltes.

Hamburg ging es haushaltspolitisch einmal ganz anders. Es gab Zeiten, da hatten wir einen ausgeglichenen Gesamt-, Betriebs- und Investitionshaushalt und keine einzige Mark Neuverschuldung. Das ist lange her. Ich weiß nicht, ob sich die Mitglieder des Senats daran erinnern, wann das C zuletzt der Fall war.

Ich habe mir einmal angesehen, was in diesem Jahr an Besonderem passiert ist. In diesem Jahr – dazu möchte ich Ihnen einige Eckdaten nennen, die vielleicht helfen, sich zu erinnern – hat der SPD-Bundesparteitag in Hamburg Willy Brandt als SPD-Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Schmidt als seinen Stellvertreter bestätigt, war Eugen Wagner Bezirksabgeordneter in Hamburg-Mitte, Krista Sager studierte Deutsch und Geschichte an der Universität Hamburg, hat Franz Josef Strauß seine Kandidatur zum bayerischen Ministerpräsidenten angekündigt,

(Dr. Martin Schmidt GAL: Und was habe ich damals gemacht?)

wurde Heiner Geißler neuer Generalsekretär der CDU, sang ABBA: Take a chance on me, starb Elvis Presley, stürmte die GSG 9 den Lufthansa-Jet „Landshut“ und befreite die Geiseln. Es war ein Jahr, in dem Hamburg zuletzt einen ausgeglichenen Gesamthaushalt hatte und keine einzige Mark neue Schulden machte: Es war das Jahr 1977. In den Jahren danach haben Sie es bis heute geschafft, den Haushalt in eine derartige Krise zu stürzen, wie sie die Stadt noch nie erlebt hat.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich auf einige Daten eingehen. 1977 war die Welt noch in Ordnung, danach ging es bergab. Auch 2001 ist der Haushalt weit davon entfernt, ausgeglichen zu sein. Ich darf daran erinnern, daß sich die Gesamtausgaben auf circa 18 Milliarden DM belaufen, denen Gesamteinnahmen von circa 16 Milliarden DM gegenüberstehen. Das heißt, es ist eine Deckungslücke in Höhe von 2 Milliarden DM entD standen, die die Todesspirale der Staatsverschuldung für die Folgegenerationen weiter hochschraubt. Es wird aber auch die Deckungslücke im Betriebshaushalt nicht bereinigt, obwohl sich ein wahres Füllhorn von Steuermehreinahmen über Hamburg ergossen hat.

Frau Senatorin, Sie haben in den letzten Jahren viel versprochen. Auch heute haben Sie wieder Versprechungen gemacht, daß der Haushalt vielleicht noch im Jahre 2000 oder 2001 ausgeglichen werden könne. Vor zwei Jahren haben Sie hier schon gestanden und sich zum Haushalt 2001, über den wir heute sprechen, prophetisch geäußert. Damals sagten Sie, daß nach Ihren Berechnungen der Betriebshaushalt 2001 Überschüsse abliefern würde. Die Realität ist aber ein Defizit von 380 Millionen DM, obwohl es erhebliche Steuermehreinnahmen gibt. Das ist Ihrer Politik zuzuschreiben und niemandem sonst.

(Beifall bei der CDU – Petra Brinkmann SPD: Leere Worte!)

Die Finanzpolitik des Senats besteht aus leeren Worten und leeren Versprechungen. Die Steuermehreinnahmen sind wirklich gewaltig. Wir haben die Mehreinnahmen aus den Jahren 1998 bis 2001 zusammengerechnet und kommen dabei auf 2,5 Milliarden DM. Noch einmal: In die Kassen der Stadt sind 2568 Millionen DM an Mehreinnahmen geflossen. Die Reduzierung der bereinigten Gesamtausgaben von 1997 bis heute beträgt 155 Millionen DM. Den Löwenanteil der vorgenannten Mehreinnahmen machen die Steuermehreinnahmen aus, wofür nicht Sie, sondern die Wirtschaft und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieser Stadt die Verantwortung tragen. Denn wir verdanken es ihnen, daß die Steuerquellen gegenwärtig glücklicherweise so sprudeln.

(Dr. Michael Freytag CDU)

Tatsächlich befinden Sie sich, was die Wirtschaft angeht, eher in einer Dunkelzone. Es gibt eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung, der Essener RWE AG und des Wirtschaftsmagazins „Impulse“. Das sind Organisationen, die die unternehmerfreundlichste Stadt in Deutschland gesucht haben. Es wurden dafür Kriterien aufgestellt, die kommunale Wirtschaftsförderung, Stadtverwaltung und Stadtregierung zu durchleuchten und am Ende eine Rangordnung der wirtschafts- und unternehmerfreundlichsten Städte zu ermitteln. 25 Städte sind getestet worden; Hamburg kam dabei auf Platz 17.

(Rolf Kruse CDU: Platz 17 ist ein Abstiegsplatz!)

– Das bedeutet die zweite Liga.

Wir müssen uns bei der Wirtschaft, der wir die Steuermehreinnahmen zu verdanken haben, und den Arbeitnehmern, die mit dazu beitragen, daß es diese Steuermehreinnahmen gibt, und nicht bei Ihnen vom Senat bedanken. Es gibt diese Steuermehreinnahmen nicht wegen, sondern trotz dieses Senats.

(Beifall bei der CDU)

Zu allem Überfluß hat die Finanzbehörde eine von Steuerzahlern finanzierte Jubelbroschüre über das Steuerentlastungsgesetz von 1999 herausgegeben.

(Ingrid Cords SPD: Aber auf chlorfreiem Papier!)

Darin wird zum Ausdruck gebracht, wie toll die rotgrüne Bundesregierung seit dem Regierungswechsel in 1998 das Ganze auf den Weg gebracht hat. Es ist verblüffend, Frau Senatorin, daß Sie solche Broschüren auflegen. Ich möchte einmal zitieren, was Sie vor zwei Jahren in der Haushaltsdebatte 1998 als Voraussetzung zur Zustimmung zu der von Theo Waigel vorgelegten Steuerreform genannt haben:

„Aufkommensneutralität bei den Steuerumgestaltungen. Es ist unstrittig, daß wir eine Reform des Steuersystems brauchen. Ebenso klar ist aber auch, daß es besonders aus Sicht der Länder und Gemeinden Steuersenkungen nur bei einer seriösen und ausreichenden Gegenfinanzierung geben kann.“

(Beifall bei Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Jetzt haben wir die Steuerreform, aber sie ist nicht von Herrn Waigel, sondern von Rotgrün. Sie ist überhaupt nicht gegenfinanziert, sondern belastet die Hansestadt Hamburg in diesem Jahr mit 700, in 2002 mit 290, in 2003 mit 480, in 2004 mit 480 und in 2005 mit 1000 Millionen DM. Nichts ist gegenfinanziert. Sie haben die Steuerreform damals abgelehnt, weil sie von einer anderen Partei kam. Jetzt tun Sie genau das Gegenteil von dem, was Sie vor zwei Jahren versprochen haben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist gelegentlich interessant, was Finanzpolitiker vor zwei Jahren gesagt haben und was die rotgrüne Bundespolitik an „Segnungen“ für den Hamburger Haushalt bereithält. Der Hamburger Haushalt leidet durch Beschlüsse der rotgrünen Bundespolitik. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen im Bereich des Wohngeldes, des Unterhaltsvorschusses, der Arbeitslosenhilfe, der Mittel der Kürzungen für die Bereitschaftspolizei, die auch die Hansestadt treffen. Es gibt zudem Reduzierungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen von Arbeitslosen und Streichungen beim Straßenbau, bei den Schienenwegen, bei der Agrarstruktur und beim Küstenschutz sowie massive Streichungen bei Zivildienstleistenden, die wiederum auf den Hamburger Haushalt durchschlagen. Viele dieser Maßnahmen treffen den Hamburger Haushalt direkt. Rotgrün in Berlin greift in unsere Kasse.

Auch das widerspricht dem, was Sie uns vor zwei Jahren versprochen haben, daß nämlich eine andere Bundesregierung die Hamburger Haushaltslage verbessern würde. Das Gegenteil ist der Fall. Tatsächlich wird der Hamburger Haushalt in dem von mir genannten Umfang massiv durch Rotgrün belastet.

Die Kerndaten dieses Haushalts sind ernüchternd. Die Rekordstaatsverschuldung in Höhe von 34,6 Milliarden DM ist eine Summe, die sich ein Normalbürger nicht vorstellen kann. Ich möchte darauf hinweisen, daß dies 34,6 Millionen Tausendmarkscheine bedeuten. Wenn man diese Scheine aneinanderlegen würde, ergäbe sich daraus eine Strecke von 6124 Kilometern.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Wie ist das denn bei Hundertmarkscheinen?)

Das sage ich, um einmal die Dimension bildlich zu machen. Die Zinsen betragen 2 Milliarden DM und sind damit deutlich höher als die Investitionen. Diese Schieflage ist nur bei wenigen Bundesländern zu beklagen; Hamburg liegt auch hier an der negativen Spitze.

Pro Einwohner wurden im Jahr 1999, in dem ein Vergleich unter den Bundesländern durchgeführt wurde, 1124 DM an Zinsen pro Kopf ausgegeben. Hier liegt Hamburg hinter Bremen bundesweit an der Spitze.

(Rolf Kruse CDU: Die sind ja auch pleite! – Gegenruf von Dr. Martin Schmidt GAL: Die werden ja auch von der CDU regiert!)

Nur Bremen zahlt mehr Zinsen.

Die Personalausgaben sind aber weitgehend nicht durch echte Einsparungen reduziert worden, sondern dadurch, daß Sie ganze Verwaltungsbereiche, ob Stadtentwässerung, Stadtreinigung, Krankenhäuser, pflegen & wohnen, in Nebenhaushalte ausgegliedert haben. Die Personalkosten bilden sich nicht mehr im Kernhaushalt ab, sondern werden in den Nebenhaushalten der Anstalten des öffentlichen Rechts versteckt. Diese Ausgaben belasten die steuerzahlenden Bürger bei den Nebenhaushalten genauso wie im Kernhaushalt; sie sind nur versteckt.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Warum reden Sie eigentlich immer zur CDU?)

Auch der Rechnungshof hat Ihnen im Bericht 2000 deutliche Worte eingestellt. Ich zitiere aus Seite 11 des Berichts:

„Trotz erheblicher Konsolidierungsleistungen hat sich der finanzielle Handlungsspielraum Hamburgs im Vergleich zu 1993 nicht verbessert. Insbesondere Höhe und der weitere Anstieg der Verschuldung sowie die damit einhergehende Zinsbelastung drohen die Stadt in ihrer Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit zu lähmen.“

Das sagen nicht wir, sondern der Rechnungshof. Dies zum Stolz auf Ihren Haushalt. Zeit für Entwarnung gibt es nicht, zumal sie die Deckungslücken der vergangenen Jahre ausschließlich aus sogenannten Mobilisierungserlösen der Veräußerung von Staatseigentum realisieren konnten. Über 8 Milliarden DM aus Verkaufserlösen sind nicht etwa für Zukunftsinvestitionen genutzt worden oder um die Staatsverschuldung zurückzuführen, sondern um die Lö-

(Dr. Michael Freytag CDU)

A cher im Betriebshaushalt zu stopfen. Damit ist dieses wertvolle Vermögen für die Stadt unwiderruflich verloren.

Wir haben eine ganze Reihe von Finanz-Benchmarks – die ich jetzt nicht im einzelnen aufführen will –, bei denen Hamburg deutlich schlechter abschneidet als andere Bundesländer und Kommunen. Die Kreditfinanzierungsquote ist deutlich angestiegen und viel schlechter als der Durchschnitt der anderen Länder und Kommunen. Das gleiche gilt auch für die Staatsverschuldung und die Finanzierungsdefizitquote. Auch hier ist Hamburg um ein Mehrfaches schlechter als die anderen Bundesländer.

Die Pensionslasten sind nach wie vor eine tickende Zeitbombe. Sie haben diese Bombe nicht entschärft. Sie stellen nach den Zinsen einen erheblichen Ausgabenblock dar. Im Jahr 1999 betrugen diese Ausgaben 1,5 und heute bereits 1,73 Milliarden DM. Jährliche Zuwachsraten bei den Pensionslasten von etwa 5 Prozent führen dazu – wenn nichts geschieht –, daß der Haushalt an den Rand seiner Möglichkeiten gedrängt wird. Auch dies hat Ihnen der Rechnungshof konstatiert; dennoch ist nichts Wesentliches geschehen. Beim vorzeitigen Ruhestand wird im großen Stil so weitergemacht wie bisher; zwei Drittel aller Hamburger Staatsdiener werden vorzeitig pensioniert. Auch das erhöht die Versorgungslasten immens. Es wurde von Ihnen kein Mittel gefunden, diese Entwicklung zu stoppen.

Auch die Anstalten des öffentlichen Rechts haben Pensionsrückstellungen zu bilden. Das ist aber nur in sehr unzureichender Form geschehen. Etwa 1,5 Milliarden DM notwendiger Pensionsrückstellungen erscheinen mangels Masse überhaupt nicht auf den Passivseiten der Bilanzen bestimmter ausgegliederter Anstalten des öffentlichen Rechts. Wenn nichts geschieht, sehe ich hier erhebliche Risiken für diesen Haushalt. Die Zeche hierfür wird am
B Ende die Stadt zahlen müssen.

Ihre Beweihräucherung, wieviel Sie an Personal abgebaut haben, kann ich nicht teilen. Der Rechnungshof hat Ihnen in seinem letztjährigen Bericht doch deutlich ins Stammbuch geschrieben, daß bereinigt um die Ausgliederungen seit 1980 tatsächlich nur etwa 2700 Stellen eingespart worden sind, also 10 Prozent von dem, was im Haushaltsplan als eingespart ausgewiesen worden ist. Der Rest ist versteckt in den ausgegliederten Nebenhaushalten; das ist keine nachhaltige Konsolidierung.

Wir reden hier häufig über Finanz-Benchmarks, über mehr oder weniger trockene Zahlen. Ich möchte aber deutlich machen, daß Finanzpolitik nicht irgendeine abstrakte Mathematik ist, die von wenigen als ein von ihnen auserkorenes Hobby betrieben wird. Ohne finanzielle Ausstattung ist der Staat in seinen wesentlichen Handlungsbereichen nicht lieferfähig, kann nicht agieren. Er setzt sich auch erheblichen Gefahren aus, über die wir vorhin gesprochen haben.

Hamburg hat für viele wichtige Bereiche kein oder nicht ausreichend Geld. Ich halte es für außerordentlich problematisch, daß im Bereich der Inneren Sicherheit erhebliche Sparmaßnahmen zu Lasten von Bereichen realisiert worden sind, in denen der Bürger direkt betroffen ist. Von 1994 bis 2000 wurden durch erhebliche Einsparungen die Stellen im Polizeivollzugsdienst von 8863 auf 7996 reduziert. Allein im Jahr 2000 sind 93 Polizeimeister und -hauptmeister und 13 Brandmeister und -hauptbrandmeister eingespart worden. Im Jahr 2001 sollen in diesen Bereichen weitere 84 Stellen gestrichen werden.

Man darf nicht, so wie Sie es tun, bei der Bekämpfung der Kriminalität, bei der Steigerung der Sicherheit der Bevölkerung, die ihnen das Gefühl gibt, daß sie in einem Rechtsstaat leben, der jederzeit in der Lage ist, das Recht auch durchzusetzen, im Polizeivollzug sparen. Sie versündigen sich am Rechtsstaat, wenn Sie nicht nur ein subjektives Sicherheitsgefühl reduzieren, sondern der Bevölkerung auch objektiv nicht ausreichend Polizei zur Seite stellen. Dies zählt auch zur Schattenseite Ihrer Einsparungs- und verfehlten Haushaltspolitik, bei der Inneren Sicherheit massiv zu sparen, obwohl wir es dort genau nicht dürfen. C

(Beifall bei der CDU)

Hamburg hat auch zu wenig Geld im Bereich der Justiz. Wenn Sie sich ansehen, was in diesem Bereich passiert, werden Sie bei vielen Bürgern, die nicht nur mit der Strafjustiz in Berührung kommen, sondern auch Rechtsschutz an unseren Gerichten suchen, Frustrationen erleben. Ich spreche hier nicht über irgendein Gut, sondern über einen Kernbestand des Rechtsstaates. Allein die Dauer der Verfahren in den einzelnen Gerichtszweigen hat wegen der Sparmaßnahmen und der unzureichenden Ausstattung mit Richtern und anderem Personal teilweise Ausmaße erreicht, die nicht erträglich sind.

Wenn die Bürger beim Finanzgericht im Jahre 1999 für die Abwicklung eines Verfahrens durchschnittlich 20 Monate, beim Sozialgericht über zwei Jahre – nämlich zwei Jahre und zwei Monate – und beim Landessozialgericht über zwei Jahre brauchen, bis sie Rechtsschutz erhalten haben, dann ist dies unerträglich. Auch dies ist eine Schattenseite der verfehlten Haushaltspolitik, die für wichtige Servicebereiche der Bürger kein Geld mehr hat.

(Beifall bei der CDU)

Die Einsparungen im Justizbereich sind bedauerlich. Insbesondere sind sie dort erheblich, wo Richter Dienstleis- D
stungen für die Bürger erbringen. Allein im Jahr 2000 – daran möchte ich Sie noch einmal erinnern – haben Sie 14 Richter und vier Staatsanwälte eingespart. Das ist in der Tat der falsche Weg.

Mein Kollege Karpen hat eine Kleine Anfrage gestellt, um zu erfahren, wie viele Untersuchungshäftlinge, die teilweise schwerster Verbrechen wie Mord, Totschlag oder Vergewaltigung verdächtigt sind, in den letzten Jahren entlassen werden mußten, weil man das Verfahren nicht hinbekommen hat. Es waren in den letzten zehn Jahren immerhin bedauerliche 31 Fälle. Auch dies ist unerträglich und den Bürgern in einem Rechtsstaat nicht mehr zu vermitteln. Ein Staat, der es sich leistet, nicht einmal eine Untersuchungshaft ordnungsgemäß durchzuführen, ist ein Staat, der sich in Richtung Nachtwächterstaat bewegt. Frau Senatorin, es ist jedenfalls kein Staat, auf dessen Haushaltsgebaren man stolz sein kann. Das ist peinlich.

(Beifall bei der CDU)

Auch im Bildungsbereich sind alles andere als Erfolge zu vermelden. Sie müssen Hamburg einmal mit anderen Metropolen, anderen Bundesländern vergleichen und sich die Zahlen vor Augen führen. Das ist nicht berauschend. Es ist schon beklemmend, wenn der Bürgermeister große Sonntagsreden hält, welche Aufbrüche er bei der Wissensgesellschaft für richtig hält. Zwar sind Passagen enthalten, die ich durchaus mittragen kann. Nur halte ich es für unerträglich – ich weiß, wovon ich spreche, denn ich habe drei schulpflichtige Kinder –, wenn ich sehe, was an den Schulen passiert, wieviel dort noch getan werden müßte, aber kein Geld vorhanden ist. Im Gegenteil, es werden im Jahr 2000 noch zwölf Lehrer an den Schulen eingespart. Das ist

(Dr. Michael Freytag CDU)

kein Aufbruch in die Wissensgesellschaft, sondern das Gegenteil. Man kann den Aufbruch in die Wissensgesellschaft nicht mit einem Abbruch von Lehrerstellen beginnen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Roland Salchow CDU: Sehr richtig!)

Auch im Bereich der High-Tech-Wirtschaft gibt es erhebliche Defizite; auch hier können Sie sich einmal mit anderen Metropolen vergleichen. Es gibt hierzu eine aktuelle Studie der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“, die eine Bestenliste der Technologiestandorte in Deutschland veröffentlicht hat. Hamburg ist darin weit abgeschlagen und auf Platz 11 abgerutscht. Unsere Stadt wird nicht nur von großen Städten, sondern auch von Städten wie Regensburg und Augsburg haushoch geschlagen. Das ist nicht Weltklasse, auch nicht Bundesliga, sondern – wie dieser Senat – Regionalliga.

(Beifall bei der CDU – Dr. Monika Schaal SPD: Billig!)

Problematisch ist, daß Hamburg auch zu wenig Geld für die Menschen aufwendet, für die ein SPD-geführter Senat so viel tun will. Wenn ich mir den normalen Sozialmieter der großen städtischen Wohnungsgesellschaft SAGA ansehe, die von sich selbst sagt, daß sie seit 76 Jahren für breite Schichten der Bevölkerung – insgesamt 250 000 Menschen – für eine sozial ausgewogene Wohnungssicherung sorgt, so daß jeder achte Hamburger in einer der fast 100 000 Wohnungen der SAGA wohnt, dann frage ich: Was tut denn der Senat für diese Menschen?

Im Jahre 1998 standen 3 Millionen DM an Zuschüssen zur Verfügung; die SAGA selbst hat 75 Millionen DM beigesteuert, was insgesamt 312 DM pro Mieter der SAGA bedeutet. Für alternative Wohnprojekte, ob in der Hafenstraße oder in der Ludwigstraße 8, hat man viel Geld investiert. Für das Projekt in der Ludwigstraße 8 hat der Senat für ein Wohnprojekt 2,8 Millionen DM vorgesehen. Im Gegensatz zu den 312 DM für SAGA-Mieter werden für ein alternatives Wohnprojekt pro Frau und Mann 63 477 DM aufwendet. Auch das ist eine unausgewogene Politik zu Lasten der Allgemeinheit.

(Beifall bei der CDU)

Tatsächlich könnte man sich auch die Beispiele aus anderen Bundesländern zu eigen machen. Besonders in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hat man dies in Richtung weniger Staat, hin zu Ausgliederungen und Privatisierungen deutlich gemacht. Natürlich sind Privatisierungen kein Allheilmittel, sie dürfen nicht undifferenziert realisiert werden – da stimme ich Ihnen zu, Frau Senatorin –, sondern müssen in einem marktgerechten Verfahren sehr punktuell und in mehreren Schritten abgewickelt werden.

Bei diesen Privatisierungen ist Hamburg aber weit im Hintertreffen, weil die Stadt immer nur dann verkauft hat, wenn ihr das Wasser bis zum Hals stand. Es wurden damit nämlich Löcher im Betriebshaushalt gestopft. Andere Bundesländer verfahren anders. Es wird beispielsweise Tafelsilber für Zukunftsinvestitionen eingesetzt.

Die bayerische Staatsregierung hat durch Unternehmensveräußerungen über 5,3 Milliarden DM in Zukunftsinvestitionen untergebracht, insbesondere im Bildungs- und Hochschulbereich. Ähnliches gilt für die SPD-regierten Länder wie Rheinland-Pfalz. Auch dort hat man Mittelstandsförderungsprogramme aufgelegt. Es wurden Veräußerungserlöse aus staatlichen Beteiligungen umgeschichtet in Investitionen für die Zukunft, nicht etwa, um Löcher zu stopfen. Damit wird wertvolles Kapital eines Landes auch für die Zukunft gesichert. So wie Sie es machen, salamischeibenmäßig alles zu verscherbeln, wenn der Haushalt wieder brennt, vernichtet man Vermögen, selbst wenn eine Salamischeibe relativ gut verkauft wird. Im Ergebnis vernichtet man das Vermögen, denn es ist unwiederbringlich im Haushalt verschwunden.

(Dr. Roland Salchow CDU: Genau so ist es!)

Es gibt eine Menge von Beispielen, wo andere Städte im Ver- und Entsorgungsbereich neue Wege gehen. Sie können doch nicht alles verteufeln. Wenn Sie sich Bremen oder Berlin angucken, beides Stadtstaaten, in denen die SPD mitregiert, in Bremen sogar federführend. Der Bürgermeister von Bremen hat durchgesetzt, daß dort die Abwasserentsorgung teilprivatisiert worden ist in ein Public-Private-Partnership-Modell. In Berlin ist das gleiche geschehen. Sie können doch nicht sagen, dies seien alles falsche Modelle ohne Erfolg. Das sind ausgesprochen erfolgreiche Modelle. Die Menschen sind auch nicht an Trinkwasservergiftung zugrunde gegangen,

(Petra Brinkmann SPD: Noch nicht!)

weil der Staat richtigerweise den gesetzlichen Maßstab der Grenzwerte rechtlich durchsetzen kann. Das wird in der Tat auch bei den Public-Private-Partnership-Modellen, die es in ganz Europa gibt, mit Erfolg praktiziert. Ich denke, daß Sie hier einmal überlegen sollten, ob man da nicht mutiger sein sollte. Ich rede bewußt nicht dem Entweder-Oder das Wort. Man muß nicht über komplette Privatisierung sprechen. Ich denke, daß wir sehr viel gutes Know-how in den Anstalten des öffentlichen Rechts haben und dieses Know-how auch erhalten bleiben soll. Deshalb sind partnerschaftliche Modelle, wo man beide Partner zusammenführt, die erfolgreicheren Modelle.

(Dr. Monika Schaal SPD: Sie haben immer noch nicht gesagt, warum!)

Frau Senatorin, Ihre sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen praktizieren das doch, was wir hier in Hamburg fordern. Sie können uns doch nicht immer kritisieren, wenn wir solche Forderungen aufstellen. Im Grunde strafen Sie Ihre sozialdemokratischen Amtskollegen gleich mit ab, und ich bin überzeugt, daß die mit diesen intelligenten Public-Private-Partnership-Modellen für ihre Haushalte sehr viel Gutes tun. Zukunftsinvestitionen sind deutlich besser zu realisieren als bei Staatsunternehmen, denn wo kein Wettbewerb ist, wo Monopole agieren, sind die Preise nicht günstiger, ist die Leistung nicht besser. Wir müssen uns dem Wettbewerb öffnen. Er kommt so oder so aus Brüssel, in verschiedenen Bereichen. Da ist es besser, wenn man an der Spitze der Bewegung steht und nicht erst dann mühsam auf einen Zug springt, der uns vielleicht finanzpolitisch überhaupt nichts bringt, wenn es soweit ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Es gibt auch eine Reihe von Beispielen im internationalen Bereich, zum Beispiel in den USA, in Skandinavien und in den Niederlanden, wo sich zeigt, daß man durch Konzentration des Staates auf seine Kernbereiche große Erfolge haben kann. Wenn Sie die USA betrachten, so gab es dort vor nicht allzu langer Zeit eine ähnliche Situation wie in der Bundesrepublik Deutschland: Völlig überschuldete Haushalte, überbordende Neuverschuldung, die Zinsgarotte wurde immer bedrohlicher. Dort hat man dann durch eine gezielte Finanz- und Wirtschaftspolitik die Trendwende geschafft. Im Moment unter-

(Dr. Michael Freytag CDU)

halten sich die Präsidentschaftskandidaten in den USA darüber, wo sie ihre Haushaltsüberschüsse unterbringen. Die sind nicht froh, wenn sie einen ausgeglichenen Haushalt haben, sondern die haben effektiv Haushaltsüberschüsse, die ihnen Spielräume verleihen, welche wir hier lange nicht haben werden. Ich denke, auch hier kann man aus den internationalen Erfahrungen lernen und sich eine Scheibe abschneiden.

Meine Damen und Herren! Das Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt, und zwar auf allen Feldern. Wir müssen aufhören, die Verschuldung immer weiter nach vorne zu treiben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Es reicht nicht aus, ausschließlich den Betriebshaushalt auszugleichen. Wir müssen auch das Geld, das wir für Investitionen ausgeben, selber erwirtschaften, so wie es schon einmal möglich war. Der Weg zum Ziel ist aus unserer Überzeugung durch fünf Meilensteine gekennzeichnet, die wir auch jetzt in die Haushaltsberatungen, die in der kommenden Woche beginnen, einfließen lassen werden.

Das ist erstens die Konzentration der Staatstätigkeit auf notwendige Kernbereiche. Daran wird kein Weg vorbeiführen.

Zweitens: Die Erhöhung der Transparenz von Kosten und Nutzen staatlicher Leistungen. Hier sind schon erste Wege beschritten worden. Das begrüßen wir.

Drittens: Die Stärkung der Subsidiarität und der größeren Eigenverantwortung.

Viertens: Die Privatisierung staatlicher Aufgaben, auch in Public-Private-Partnership-Modellen.

Fünftens: Investitionen in den Ausbau von Zukunftsbereichen.

Hamburg braucht, um diese Ziele zu erreichen, meine Damen und Herren, einen haushaltspolitischen Befreiungsschlag. Hamburg braucht diesen Befreiungsschlag nicht irgendwann, sondern jetzt. Nur befürchte ich, daß die Finanzpolitik dieses Senats nicht das Problem dieses Haushalts löst, denn dieser Senat ist das Problem dieses Haushalts. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Jan Ehlers.

Jan Ehlers SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie schnell doch so ein Jahr herumgeht, und schon wieder durfte ich die Rede von Herrn Dr. Freytag hören.

(Rolf Kruse CDU: Das ist wie mit Weihnachten!)

Da wäre mir fast etwas entgangen. Nur hat er dieses Mal tatsächlich einen neuen Punkt gebracht. Insofern war das Jahr, in dem – wie hieß er nun,

(Zuruf von der CDU: Ortwin Runde!)

1977 ist er gestorben, derjenige, der seinen Wehrdienst in Deutschland ableistete und Sänger vor dem Herrn war – Elvis starb, das Neue.

Aber was sagt uns das eigentlich?

(Dr. Roland Salchow CDU: Das frage ich mich auch!)

Was sollen wir aus der Passage überhaupt für einen Nutzen ableiten? Was war die finanzpolitische oder gesellschaftspolitische Analyse? Das war nicht einmal eine politische. Sie hätten den Gedanken doch wenigstens zu Ende führen können. Bis 1977 war die Welt für Sie noch in Ordnung. Da war der Haushalt ausgeglichen. Nun gebe ich zu, 1978 bin ich in den Senat gewählt worden.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Von da an war es dann vorbei.

Eines muß man Ihnen jedenfalls zugestehen. Eine gewisse Ökonomie in Ihren Darstellungen ist da. Das wiederholt sich, und da braucht man sich nichts Neues einfallen zu lassen. Deswegen werde ich nur einen einzigen Punkt aus Ihrer Rede nehmen, weil der noch einmal allen deutlich macht, wie Ihre Vorgehensweise ist.

Sie haben moniert, daß die Finanzsenatorin vor zwei Jahren gesagt hat, der Haushalt 2001 wird ihrer Vorausschau nach nicht nur ausgeglichen sein, sondern sogar eine positive Bilanz haben. Das haben Sie also gegeißelt.

(Dr. Michael Freytag CDU: Weil Sie schon wieder Versprechungen gemacht haben!)

– Ja, weil sie Versprechungen gemacht hat, und es ist anders gekommen. Was ist denn da anders gekommen? Da ist ein Teil der Steuerreform – das hat die Senatorin hier auch noch einmal wiederholt –, die für 2002 beschlossen war, vorgezogen worden, und es ist die Unternehmenssteuerreform gemacht worden. Da haben Sie natürlich völlig recht. Das haben nicht Sie gemacht, sondern das haben wir gemacht. Was wollen Sie denn daran geißeln? Wollen Sie denn den Unternehmern sagen, die Unternehmenssteuerreform wollten Sie nicht haben? Da waren Sie dagegen? Das ist doch eine absurde Art von Darstellung und Auseinandersetzung mit Politik. Ich denke, damit kann man eigentlich nichts anfangen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Haushaltsberatungen können natürlich sehr kleinkariert und langweilig sein. Das ist solch dröges Zeug. Aber hier ist es doch etwas anders gewesen als sonst. Die Rede der Finanzsenatorin hat für diejenigen, die zugehört haben – und das machen ja einige, weil sie wissen, es geht beim Geld um das Eingemachte und manchmal hat das etwas mit Politik zu tun –, doch einiges an Weichenstellungen von sehr grundsätzlicher Art geboten. Das ist nicht jedes Jahr so. Dies ist eine haushalts- und finanzpolitisch spannende Zeit. Man kann sagen, Geld ist nicht alles, aber man muß doch zur Kenntnis nehmen, ohne Geld ist fast nie etwas.

(Dr. Roland Salchow CDU: Sensationelle Neuigkeit!)

Wir haben acht Jahre Haushaltskonsolidierung betrieben. Wir haben das Ziel fast erreicht. Oft ist es übrigens so, daß die letzte Strecke, der letzte Teil der schwerste ist. Das hängt auch ein bißchen damit zusammen, daß einem die Puste und die Lust ausgeht. Das betrifft natürlich insbesondere das Parlament, aber auch die Regierung. Dieses auch noch zu schaffen, ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt. Wir haben das strukturell noch nicht geschafft. Das ist auch noch einmal deutlich geworden, und das ist dann vielleicht doch noch ein zweiter Aspekt zu der Rede und den Vorwürfen von Herrn Dr. Freytag.

Die Konsolidierung des Betriebshaushaltes heißt nicht, daß die Welt anschließend wieder so ist, wie sie früher einmal

(Jan Ehlers SPD)

A war, sondern die Reduzierung des öffentlichen Gemeinwesens auf das, was der Steuerzahler und der Gesetzgeber zuläßt, bedeutet, daß wir und die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt uns nachhaltig auf einen öffentlichen Korridor einrichten müssen, der kleiner ist, als wir das in früheren Jahrzehnten gewohnt waren. Das ist eine bittere Wahrheit. Da darf man nicht immer nur das feiern, was dabei als Steuererleichterung für die Bürgerinnen und Bürger herauskommt, sondern man muß sehr wohl auch im Blick haben, wie es dann um die Leistungskraft des öffentlichen Gemeinwesens bestellt ist. Das ist eigentlich das politisch sinnvolle und wichtige Handeln, diesen Prozeß so zu gestalten, daß dabei die Bürgerinnen und Bürger mit ihren berechtigten Ansprüchen so wenig wie möglich Schaden erleiden, sondern sich da auf die Stadt verlassen können, wo sie die Hilfe gebrauchen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Nun haben wir das achte Jahr zu fassen, und man ist dann versucht, einmal einen Blick auf das Ergebnis zu werfen,

(Dr. Stefan Schulz CDU: Nur zu!)

denn es wird öfter geargwöhnt – auch, wenn es seit längerer Zeit eine große Solidarität im Senat zu dem Thema des Sparens gibt –, ob es nicht doch Verschiebungen zwischen den verschiedenen Politikbereichen gibt, die politisch gar nicht von allen so gewollt sind. Eigentlich müßte der Funktionsplan zum Haushalt darüber Auskunft geben. Der ist methodisch aber der schwierigste Teil des Haushaltsplans und wird auch technisch nicht sehr viel besser weiterentwickelt. Aber das hängt auch damit zusammen, daß sich Abgeordnete kaum dafür interessieren, obwohl der Funktionsplan eigentlich die Aussage trifft, für welche Politikfelder, für welche Bereiche die Aufwendungen geleistet
B werden. Das ist leider so.

Ich habe Ihnen ein Blatt Papier zukommen lassen, das – das muß ich zugeben – die Begeisterung der Finanzsenatorin nicht geweckt hat. Das hängt aber damit zusammen, daß – und deshalb bitte ich Sie, das auch zu beachten – das nicht solch ein Benchmarking ist, wie wir das sonst kennen. Ein solcher Wettbewerb ist damit nicht gemeint, sondern ich möchte dem Gedanken nachgehen, wenn der allgemeine Grundsatz hieße, alle müssen im Prinzip mit dem auskommen, was sie damals hatten, und es gibt nicht mehr, wie sich das dann ausgewirkt hat. Wenn Sie einen Blick auf das werfen, was da aufgestellt worden ist, dann sind die Extrempunkte interessant, und das Mittelfeld kann man sich auch noch einmal angucken. In dem Blatt sind nur die Zahlen der Finanzbehörde selbst angeführt, lediglich ein bißchen anders zusammengestellt.

Das eine Extrem ist da die Finanzverwaltung, und das andere ist der Sozialbereich. Bei der Finanzverwaltung ist es übrigens anders, als man erwarten würde, auch nach den politischen Diskussionen. Es ist nicht die Entwicklung der Zinsen – die sind hier veranschlagt –, es ist nicht die Entwicklung der Versorgungslasten – die sind hier auch veranschlagt –, sondern es sind die Mehrausgaben im Finanzausgleich. Man muß festhalten, daß dies im Vergleich dieser Jahre, in denen mehr Ausgaben hinzugekommen sind, im wesentlichen Mehrleistungen sind, die diese Stadt für die anderen Länder erbringt. Ich finde es wichtig, das einmal herauszustreichen, obwohl die Finanzsenatorin auch die Gelegenheit genutzt hat, die Zeit von 1950 an darzustellen, wie das bestellt war, weil wir als Hamburgerinnen und Hamburger darauf angewiesen sind.

Es ist eine Existenzfrage für diese Stadt, daß das, was in der Südschiene überlegt worden ist, die keine Lust mehr hat, in der Solidarität der Länder auch einen Teil zu leisten, C nicht Platz greift, weil die Stadtstaaten dabei ihre Selbständigkeit verlieren würden. Für uns ist es existentiell von Bedeutung, daß diese Solidarität im Länderfinanzausgleich gewahrt bleibt. Deswegen ist es auch bei den Argumenten, die von uns kommen, wichtig, darauf hinzuweisen. Wir zahlen. Wir sind nicht reine Nehmerländer, sondern wir sind Geber. Wenn wir dieses tun, dann ist das auch die Pflicht und Schuldigkeit der anderen, denen es besser geht als anderen, ihren Teil in diesem Länderfinanzausgleich zu leisten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich glaube, daß uns hier die jüngste Entwicklung eine Perspektive aufzeigt, daß wir eine gewisse Chance haben, daß jene Fährnisse, durch die wir in den zurückliegenden Monaten unser Stadtschiff zu lenken hatten, vielleicht umschifft werden. Aber wir sind damit noch nicht durch. Allzu früh darf man hier nicht die Segel streichen, sondern muß achtgeben, denn dieses ist noch nicht ausgestanden, auch wenn wir im Zusammenhang mit dem Steuerkompromiß – und jetzt auch noch einmal durch das Land Nordrhein-Westfalen verdeutlicht – nicht ohne Zuversicht bleiben können. Das ist sicherlich so. Ich glaube, das ist ein Zitat von Volker Rühe, der in dem Zusammenhang gesagt hat, Marmor bricht, aber ein Kanzlerwort nicht. Damit hatte er nicht die Spendengeschichte gemeint, sondern den jetzt amtierenden Kanzler und seine Zusage im Zusammenhang mit der Steuerreform, das heißt, die Stadtstaaten können ein bißchen beruhigter in die Zukunft gucken. Aber es ist natürlich ein wesentliches Verdienst des Bürgermeisters, aber auch der Finanzsenatorin. Beiden sei herzlich gedankt für das, was sie bisher zäh und unverdrossen gemacht haben, um Verbündete zu gewinnen. Es ist natürlich auch gut und wichtig, daß dieses ein Punkt ist, der auch mit der Opposition in diesem Hause im Konsens ist. Das begrüße ich außerordentlich. D

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Warum bestehen wir insbesondere darauf, daß dieses anders geregelt wird, als die Südschiene der Länder das will. Man muß doch schlicht zur Kenntnis nehmen, daß 95 Prozent der Leistungen im Länderfinanzausgleich an die neuen Länder gehen. Das heißt, wer sich da ausklinken will, vernachlässigt etwas, was für die gesellschaftspolitische Entwicklung in unserem Land insgesamt sehr fatale Auswirkungen haben könnte. Ich glaube, daß die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Bundesländern ein wichtiger Faktor dafür ist, daß diese Gesellschaft auch eine demokratische Verfassung hat und behalten wird. Das erscheint mir als materieller Hintergrund für die demokratische Verfaßtheit von besonderer Bedeutung.

(Beifall bei der SPD)

Der Bürgermeister hat im Überseeclub eine Rede „Aufbruch in die Wissensgesellschaft“ gehalten. Dankenswerterweise haben Sie, Herr Bürgermeister, darauf hingewiesen, was die Stadt alles macht, um auf die Startrampe in die Wissenschaftsgesellschaft geschoben zu werden. Sie haben gesagt, daß Sie das auch als Ansporn für alle diejenigen begreifen, die dort mitmachen und ihren Teil dazu beitragen können. Das ist auch wichtig. Dies ist keine reine Staatsaufgabe, sondern das ist eine Aufgabe, die die hamburgische Gesellschaft insgesamt erfaßt. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen, das da gegeben wird und wo wir als Stadt mit unseren Mitteln Erhebliches leisten, aber andere auch etwas tun können. Die Chancen dafür sind gut.

(Jan Ehlers SPD)

A Ich möchte aber auf einen Satz hinweisen, den Sie gebracht haben und den ich für sehr wichtig halte. Sie haben gesagt, möglichst alle mitnehmen, und das ist von besonderer Bedeutung. Es gibt einige Autoren, die auf die Gefahr hinweisen, daß sich die Gesellschaft unversehens teilt in diejenigen, die einen PC, Internet und Handy haben, und die anderen, die von dieser Entwicklung abgekoppelt bleiben, ökonomisch, aber auch kulturell. Auf den ersten Blick scheint das eine Generationsfrage zu sein. Aber nicht nur das ist es. Es hat ein wenig mehr Hintergrund. Deswegen ist die Skizze, die in dem Diagramm ist, diese ziemlich hohe Säule im Bereich Schule. Herr Dr. Freytag, was Sie dazu gesagt haben, ist alles Quatsch. Im Bereich Bildung und Schule haben wir Prioritäten gesetzt. Trotz aller Sparanstrengungen ist dort Wesentliches geleistet worden, und dieses ist von der Senatorin auch aufgezählt worden.

(Wolfgang Beuß CDU: Na, na, na! – Dr. Michael Freytag CDU: Sie haben keine Ahnung! Sie haben kein Kind auf der Schule! Sie wissen gar nicht, was läuft!)

– Wie kommen Sie denn darauf, daß wir kein Kind auf der Schule haben? Sie unterschätzen mich gewaltig.

(Beifall bei der SPD – Dr. Holger Christier SPD: Das war ein Eigentor! – Dr. Michael Freytag CDU: Können Sie Näheres dazu sagen?)

– Ja, dazu kann ich Näheres sagen, aber das werde ich doch nicht hier tun. Soviel Lustgewinn gönnen Sie uns doch mit Ihren Reden in diesem Parlament auch nicht.

Meine Damen und Herren! Die Senatorin hat darauf hingewiesen, daß wir pro Schülerin und Schüler mehr Geld ausgeben als überall andernorts. Wir haben die beste Lehrer-/Schülerrelation im ganzen Bundesgebiet. Das bedeutet doch, daß hier ganz gewaltige Leistungen vorhanden sind. Was Politik aber auch leisten muß, ist, zu fragen, was es denn bringt. Wenn der Bürgermeister jetzt das Startzeichen für den Aufbruch in die Wissensgesellschaft gibt, dann hat das zur Folge – und die Investitionen in diesem Haushalt sind auch so angelegt, daß das die Folge sein kann und wird –, daß gewaltige Anstrengungen für die Zukunft unternommen werden und sich deswegen auch Veränderungen ergeben.

Das erinnert mich natürlich an eine Zeit, die wir hinter uns liegen haben. Wir haben im Bildungssektor schon einmal einen solchen Anlauf genommen. Sie werden sich zum Teil daran erinnern oder es jedenfalls gelesen haben, daß der Deutsche Bildungsrat in den sechziger Jahren die zündende Erkenntnis hatte, daß Begabung nicht nur die Voraussetzung für bessere Bildung und Bildungsgänge sei, sondern auch das Ergebnis von Bildung. Seitdem hat man damals aus zwei Sektoren gespeist, also Ungeheueres getan. Wir haben eine Entwicklung gehabt, wo einige vielleicht ein bißchen idealistisch gesagt haben, Bildung als Bürgerrecht, Chancengleichheit für alle, und andere mehr pragmatisch gesagt haben, wir müssen die Begabungsreserven dieses Volkes voll ausschöpfen.

Sie erinnern vielleicht noch solch einen Schnack, den wir damals hatten: Das deutsche Bildungssystem steht gleich nach Uganda an 23. Stelle. Das wollten wir so nicht mehr haben. Da wollte man etwas anderes machen. Dann ist in gewaltigen Ausweitungen – auch von Geld – etwas geleistet worden, das ganz ungeheuer war, nämlich der Zugang zu den öffentlichen Schulen, die höhere Bildungsabschlüsse vermitteln, ist enorm ausgeweitet worden. Das ist allerdings eine Entwicklung, die einen Niveaueffekt hat. Wir haben damit aber auch so etwas wie einen Reformaspekt im Kopf gehabt, und damit schließt sich der Kreis wieder. C

Es ist so, daß von denen, die aus niedrigeren sozialen Schichten kommen, heute 92 Prozent der Kinder die Universität nicht erreichen. Dieser Anteil an der Bevölkerung ist etwas mehr als die Hälfte. Bei denjenigen, die zu den Bessergestellten gehören – das sind ungefähr 15 Prozent der Gesellschaft –, sind es nur 28 Prozent der Kinder, die die Universität nicht erreichen. Das sind enorme Unterschiede. Ich finde, hier ist ein Punkt aus den Reformideen von damals noch offen. Da sehr viel über Begabung gesprochen wird, müssen wir uns auch weiterhin über eine gewisse Verteilungsgerechtigkeit unterhalten. Wenn wir in dieser Gesellschaft soviel Geld für Bildungsaufgaben aufwenden, dann muß auch gefragt werden und müssen möglichst auch Antworten gefunden werden, wie man hier zu mehr sozialer Gerechtigkeit und letztlich auch mehr Autonomie für diejenigen kommt, deren Chancen von Geburt aus, von der sozialen Herkunft her, schlechter sind. Das, glaube ich, ist wichtig.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir haben dann eine Säule, die wieder ein Extrem ist. Das ist der Bereich Soziales auf dem Zettel, den Sie vorliegen haben. Das ist sehr einfach zu erklären. Es ist schlicht der Reflex auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Wir haben diese erfreuliche Entwicklung, die übrigens für das ganze Haushaltsgeschehen sehr bestimmend ist, daß die Konjunktur läuft. Die Steuereinnahmen sind auch entsprechend, zwar nicht ganz so, wie Sie es haben möchten, aber immerhin ganz schön. Die Arbeitslosigkeit geht zurück, und auch die Sozialhilfeempfänger werden weniger. Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung. Trotzdem sind wir in dem Haushalt auch in den zurückliegenden Jahren mit unseren Bemühungen fortgefahren, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm ist mit 230 Millionen DM konstant gehalten worden, obwohl die Zahl der Arbeitslosen in einem Zeitraum, den wir überschauen können, von über 100 000 auf jetzt, glaube ich, 73 000 zurückgegangen ist mit der Chance, daß wir am Ende des Jahres sogar unter die Grenze von 70 000 sinken werden, was eine ganz tolle Geschichte ist. B D

(Beifall bei der SPD)

Was wir als Sozialdemokraten in diesem Zusammenhang aber deutlich machen mit dem Haushalt, ist, daß wir voll auf wirtschaftliche Prosperität setzen. Das ist die Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung. Deswegen auch die sehr umfangreichen und umfassenden Investitionen mit Zukunftsperspektive, wie HafenCity oder Altenwerder, die Verkehrsbauten, Elbtunnel – weitere Röhre –, und der S-Bahn-Anschluß für den Flughafen, und letztlich auch das, was gestern vorgestellt worden ist mit dem A3XX. Diese 1,1 Milliarden DM, die dafür ausgegeben werden sollen, wen schreckt das nicht beim ersten Zuhören? Das ist ja eine ungeheuere Summe. Was passiert denn da?

Meine Damen und Herren! Das ist eine ungeheuere Konzentration der Investitionstätigkeit auf einen Punkt, der nicht nur mit der unmittelbaren Auswirkung auf dieses Unternehmen zu erklären ist, sondern alle müssen begreifen, daß es hier um die Signalwirkung nicht nur für die ganze Stadt, sondern für die ganze Region geht. Wir haben nicht die Chance, überall an der Spitze der Welt zu sein, aber in diesem Bereich haben wir die Möglichkeit, den Anschluß an die Weltspitze zu haben und zu halten mit entsprechenden Folgewirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung in dieser ganzen Region. Diese Chance werden wir nutzen.

(Jan Ehlers SPD)

(Beifall bei der SPD)

Nun ist es mit der Konsolidierung vielleicht ein wenig abzusehen, daß es geschafft wird. Die Steuerreform war ein wichtiger Schritt. Die CDU hat sich da nun nicht mit Ruhm bekleckert. Herr Dr. Freytag, ich würde Ihnen sehr viel besser folgen können bei Ihrer Replik vorhin, wenn Sie uns belobigt hätten für die Steuerreform, von der Sie meinen, es sei die von Herrn Waigel. Das tun Sie aber nicht.

(Dr. Michael Freytag CDU: Sie werden sie gegenfinanziert haben bei Waigel, und jetzt machen Sie eine nicht gegenfinanzierte!)

– Das gebe ich ja zu. Dann loben Sie uns einmal dafür, daß wir nun endlich auf Ihren Weg eingeschritten sind. Ja, das kriegen Sie nicht fertig, das kriegen Sie nicht übers Herz.

Auch eine Opposition schuldet diesem Parlament nicht nur das Sitzfleisch, sondern auch den Verstand.

(Beifall bei der SPD)

Daß wir nun eine Steuerreform vor uns haben, die im Jahre 2005 zu einer Steuerentlastung von 60 Milliarden DM für die Bürgerinnen und Bürger führen wird, wem wird da bei solchen Zahlen eigentlich nicht schwummerig? Das ist doch enorm, das ist gewaltig. Das bedeutet eben auch, daß dieses Gemeinwesen darauf setzt, daß sich das jedenfalls für diejenigen, die arbeiten und leisten, auch lohnt. Das bleibt Ihnen nämlich mehr als früher davon. Das wird also so von uns politisch gewollt und erreicht.

Ob wir es dann schaffen, durch entsprechende Politik hinzubekommen, daß wir mit den verbleibenden Steuereinnahmen auch das finanzieren können, was an öffentlichen Aufgaben notwendig ist, das ist die Kunst, die uns abverlangt wird. Wir werden uns daranmachen und versuchen, das auf eine gute Weise hinzubekommen.

Nun haben viele Gemeinwesen dann auch noch verkündet, sie wollten dann die Neuverschuldung zurückführen. Ich glaube, der Bundesfinanzminister will sie im Bund sogar auf Null zurückführen. Da fragt man sich natürlich, wie macht der das? Vor wenigen Wochen bekam man dann mit, daß es diese Mobilfunklizenzen gab, die frei im Äther herumschwirren, und daß man das zu Geld machen kann. Der Finanzminister ist ja ein richtiger „Hans im Glück“. 98,8 Milliarden DM dafür als Einnahme, damit kann man natürlich Schulden zurückzahlen. Das ist eigentlich ein spannender Kreislauf und volkswirtschaftlich ganz interessant. Diese Unternehmen erwerben diese Lizenzen. Das Geld dafür haben sie natürlich gar nicht. Das müssen sie sich leihen. Es gibt eigentlich aber niemanden, der ihnen das leihen kann. Aber der Staat zahlt seine Schulden zurück, und dann haben die Banken auch die Möglichkeit, das Geld wieder auszuleihen. Das ist etwas vereinfacht die neue Kreislaufbetrachtung in unserer Nationalökonomie.

(Beifall bei der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Nun ist der hamburgische Senat so vornehm und zurückhaltend und ordnet sich nicht ein in die Phalanx jener, die sagen: Bund, wenn das solch ein Windfallprofit ist, hätten wir auch ein paar Schulden, die wir gerne vorzeitig zurückzahlen würden. Beteiligt uns mal ein bißchen. Ich bin nicht so vornehm und meine,

(Beifall bei Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

daß es eigentlich auch eine Berechtigung gibt für uns zu sagen, an diesen unverhofften Einnahmen könnten wir beteiligt werden. Natürlich müßten wir – genauso wie der Bund – dafür sorgen, daß das zur Schuldentilgung ausgegeben wird. Der Zusammenhang ist doch ganz simpel. Wenn diese Unternehmen diese Lizenzen erwerben, müssen sie dafür etwas bezahlen. Und das, was sie bezahlen, setzen sie steuermindernd von ihrem wirtschaftlichen Erfolg ab. An diesen Steuerminderungen sind wir nun in der Tat kräftig beteiligt. Da wäre es doch nicht unbillig zu sagen, lieber Bundesfinanzminister, tritt mal dem Gedanken näher, dann auch die Länder an diesen Segnungen zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Frau Senatorin, Sie haben den Stapel der Pläne dort hingelegt. In Wirklichkeit ist es aber so, daß Sie damit durch sind. Dieses Haus fängt aber erst richtig damit an. Dann haben wir bis kurz vor Weihnachten gut zu tun. Das werden wir auch in der gebotenen Gründlichkeit – wie jedes Jahr – machen.

Festhalten können wir, ohne daß ich jetzt auf die Einzelheiten eingehe, daß der Senat dem Parlament seinen Haushaltsplan-Entwurf 2001 und die Finanzplanung bis 2004 vorgelegt hat. Diese Planwerke sind bestechend präzise, detailstark in den Erläuterungen und auch da gut recherchiert, wo es in Prognosen einmündet. Die Zahlen dieses Plans sind dort überzeugend – und das ist aus unserer Sicht besonders wichtig –, wo Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt auf den öffentlichen Haushalt und auch die Institutionen in vielen gesellschaftlichen Bereichen angewiesen sind. Sie geben Verläßlichkeit, das ist wichtig. Die Planwerke sind ehrgeizig in der Fortsetzung und in dem Bemühen, das Konsolidierungswerk abzuschließen. Bei den Investitionen sind diese Pläne mutig und nicht ohne Risiko. Aber sie sind – und ich glaube, das ist besonders hervorzuheben – erfrischend aktiv und durchaus perspektivisch in dem Ansatz, Zukunft bewußt politisch zu gestalten. Ich glaube, dafür gebührt dem Senat schon einmal im Vorwege ein erstes Dankeschön.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Koalition hat sich vor knapp drei Jahren eine Meßlatte für die Haushalts- und Finanzpolitik dieser Stadt gelegt. Es ist immer hilfreich, wenn man sich eine Meßlatte legt. Manchmal ist es vielleicht nicht klug, weil man erwischt werden kann, aber eigentlich ist es doch ein Gebot der Politik gegenüber der Öffentlichkeit, daß man feststellen kann, ob das Ziel erreicht worden ist oder nicht. Das Ziel ist, einen Umschwung in der Finanzkrise bis hin zu einem ausgeglichenen Betriebshaushalt zu erreichen. Dieser Haushaltsplan-Entwurf für das Jahr 2001 ist der letzte in dieser Legislaturperiode und muß die erwähnte Meßlatte nehmen.

Ich möchte mir aber an dieser Stelle einen Rückblick erlauben, weil ich der Meinung bin, daß es sich lohnt, wenn man die Finanzsituation Hamburgs beurteilen will – und das vielleicht auch in anderen Politikfeldern, aber insbesondere in der Finanzpolitik –, sich auch einmal einen vierjährigen Prozeß anzugucken. Ich glaube, dann trifft man die Sache besser, als Sie sie, Herr Dr. Freytag, mit Einzelpunkten, Zitaten aus der einen Ecke und wieder aus der nicht zugehörigen anderen Ecke hier gebracht haben. Jedenfalls haben Sie die Entwicklung Hamburgs in Ihrer Rede

(Anja Hajduk GAL)

A nicht abgebildet. Ich weiß nicht, ob das Ihr Ziel war, aber wenn man darüber reden will, muß man sich eine andere Grundlage geben.

(Dr. Michael Freytag CDU: Verschuldung ist abgebildet worden, Zinszahlungen sind abgebildet worden, Investitionen sind abgebildet worden!)

Wenn wir jetzt über die Legislaturperiode reden, erinnern Sie sich vielleicht auch an das Jahr 1997. Jedenfalls waren Sie, ich glaube, ähnlich wie ich, dann neu in der Rolle, der haushaltspolitische Sprecher einer Fraktion zu sein. Wir von Rotgrün sind angetreten mit einer November-Steuerschätzung, die in demselben Jahr die Steuereinnahmen um 400 Millionen DM korrigiert hat, nach einer Mai-Steuerschätzung, die im gleichen Jahr die Steuereinnahme um 500 Millionen DM nach unten korrigieren mußte. Das heißt, der rotgrüne Senat ist damals angetreten mit einer Steuermindereinnahme von minus 900 Millionen DM in einem Jahr. Wenn ich das ins Verhältnis setzen will, was erreicht worden ist und welcher Prozeß in drei Jahren stattgefunden hat, dann weichen Sie der Tatsache vollständig aus, daß das Schließen der Lücke im Betriebshaushalt eine Kraftanstrengung ist.

Sie reden in der Theorie von einem wünschbaren Ziel, einen vollständig ausgeglichenen Haushalt zu haben. Sie erwähnen das Jahr 1977. Das kann man alles so dahingestellt sein lassen, aber es taugt nicht zu einer ernsthaften politischen Debatte hier im Raum, die dazu führen könnte, darüber zu streiten, wie man es im nächsten Jahr besser machen sollte.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie weichen aus, indem Sie ungenau sind und weil Sie
B Zeiträume benennen, die in Ihrem politischen Wirkungskreis schon lebensalterstechnisch wahrscheinlich nicht mehr liegen werden.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Das gilt für mich auch, wenn ich diese Maßstäbe anlegen würde.

(Dr. Michael Freytag CDU: 1 Milliarde DM mehr Steuereinnahmen hatten wir 1998!)

Die Steuerschätzung im November 1997, die man zur Grundlage einer Haushaltsdebatte macht, hat in dem Jahr zu dieser Absetzung geführt. Das können wir aber gerne noch einmal austauschen, wenn Sie meinen, mich da korrigieren zu müssen. Ich glaube das nicht.

Die Konsequenz, die damals aus dem Haushaltsplan von 1,6 Milliarden DM weniger gezogen wurde, war das Auflegen des langfristigen Konsolidierungsprogramms. Ich glaube, das war eine sehr richtige Konsequenz, auf vier Jahre Konsolidierungsziele zu setzen und sie nicht der Diskussion anheimzugeben, der Diskussion vielleicht schon, aber doch stramm an diesen Entscheidungen festzuhalten. Es wurden dann diese 300 Millionen DM pro Jahr eingespart. Nur diese Konsolidierungsanstrengungen, die durchgesetzt wurden, bringen uns jetzt in die Lage, festzustellen, daß es viel besser aussieht.

Wenn man genau hinschaut, muß man natürlich sehen, daß wir einen Haushalt von 18,7 Milliarden DM haben. Wir können 700 bis 800 Millionen DM kalkulieren, die wir in den Länderfinanzausgleich einzahlen. Dies abgezogen landen wir bei sogenannten bereinigten Betriebsausgaben von knapp 18 Milliarden DM. Wenn wir dann noch die Investitionen abziehen, sind die Betriebsausgaben bei 1,6 Milliarden DM. Die Finanzsenatorin hat dargelegt, im Betriebs- C
haushalt selbst haben wir damit eine Lücke von 378 Millionen DM.

Die GAL-Fraktion hat das Ziel des ausgeglichenen Betriebshaushaltes sehr ernst genommen, und man könnte sich fragen, ob wir das Ziel verfehlt haben. Ich glaube aber, das wäre an Bescheidenheit zuviel. Eine Bescheidenheit an falscher Stelle, denn wir konnten zur Kenntnis nehmen, daß der Betriebshaushalt bereits im Jahr 1999 ausgeglichen war. Auch darauf sind Sie, Herr Dr. Freytag, mit keinem Wort eingegangen. Ich finde, Sie sind nicht dazu da, die die Regierung tragenden Fraktionen zu loben, aber ich glaube, in solch einer Debatte gibt es neben dem Wunsch nach Wirkung auch eine Forderung nach Seriosität.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn man im Haushalt – und damit wende ich mich ausdrücklich an die gesamte CDU-Fraktion – eine lange und relativ ruhige Debatte führt, dann vermisse ich, daß Sie nicht aktuelle Zahlen zur Grundlage Ihrer Debatte machen.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das sind aktuelle Zahlen!)

Ich kann das nicht verstehen. Sie sprechen von Personaleinsparungen in einer Größenordnung von 2700 Personen, die der Rechnungshof angegeben hat. Das wissen wir doch alle. Wir bekommen auch die Rechnungshofsberichte der Vorjahre. Wir bekommen aber auch die aktuellen und auch die aktuellen Haushaltspläne.

(Dr. Michael Freytag CDU: Deshalb stimmen auch die Versprechungen nicht, weil die Zahlen nicht stimmen!)

Sie verwenden in Ihrer Debatte zum Haushalt 2001 Grö- D
ßenordnungen von Personaleinsparungen, die gerade einmal 50 Prozent des Konsolidierungsprogramms abbilden, worüber wir heute reden. Ich finde es traurig, daß es aus Ihrer Fraktion keinen ernstzunehmenden Beitrag gibt, der die aktuellen Zahlen zugrunde legt.

(Dr. Michael Freytag CDU: Die persönlichen Beleidigungen lassen Sie bitte nach! Gehen Sie auf die Sache ein!)

– Ich meine das nicht als Beleidigung. Es kann ja auch sein, daß Sie die alten Zahlen interessanter finden. Aber ich möchte, daß Sie wissen, daß es nicht die neuen Zahlen sind, mit denen Sie operieren. Ich möchte darauf eingehen können, wenn ich Ihnen zuhören und mir diese alten Zahlen hier anhören muß.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist kein Angriff auf Ihre Person, sondern auf Ihre Argumentation. Darauf lege ich Wert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Ich habe die aktuellen Zahlen genannt!)

Ich möchte einmal auf die positive Bewertung eingehen, warum ich denke, daß es zuviel an Bescheidenheit wäre, den Betriebshaushalt nicht als ausgeglichen zu betrachten. Das hängt damit zusammen, daß das Ausmaß der positiven Entwicklung in 1999, und wie es uns auch für 2000 angekündigt wird, nur eine Rücklage bildet, die die vorgezogene Steuerreform für 2001 ausgleichen läßt.

Nun könnte man sagen, weil das geklappt hat und das kann man – wie ich dem Finanzplan entnehme – einigermaßen nachvollziehen, da könnte man sich mit der Aussage, wir

(Anja Hajduk GAL)

haben die wichtigsten haushaltspolitischen Ziele der Koalition erreicht und damit ist es gut, für diese Legislatur etwas zurücklehnen. Das wäre natürlich verfehlt und auch ein schlechter Spaß, weil die Notwendigkeit der Rücklagenbildung zeigt, wie schnell bundespolitische Rahmenentscheidungen Einfluß auf unseren Haushalt nehmen. Deswegen gibt es auch weitere Ziele, über die die Finanzsenatorin schon Ausführungen gemacht hat, nämlich die weitere Rückführung der Neuverschuldung.

Bevor ich auf dieses neue Ziel eingehe, möchte ich noch zwei Dinge zu den Rahmenbedingungen sagen. Wir haben in Hamburg als Rahmenbedingung einen kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung. Neben Bayern und Hessen ist Hamburg die Stadt, und zwar das einzige dritte Bundesland, das in den neunziger Jahren eine zweistellige Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts erreicht hat. Wir haben im Zuge dieser Wirtschaftsentwicklung – allerdings erst in den letzten Jahren – ein verbessertes Arbeitsplatzangebot bekommen, so daß mehr Menschen den Wiedereinstieg oder überhaupt den Einstieg in das Arbeitsleben schaffen. Dieser Rückgang der Arbeitslosenquote und die positive Wirtschaftsentwicklung sind Rahmenbedingungen, die natürlich auch ein gewisser Glücksfall für die Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung sind, weil sinkende Arbeitslosigkeit und mehr Steuereinnahmen bei einer positiven Wirtschaftsentwicklung für unseren Haushalt schnell einen dreistelligen Millionenbetrag bringen.

Ich will noch eine weitere Rahmenbedingung erwähnen, weil sie vielleicht auch in den Wettstreit gehört. Das ist die rotgrüne Bundesregierung in Berlin. Meine Einschätzung dazu ist, daß sich die Unkenrufe vom letzten Jahr – da haben wir anläßlich der Haushaltseinbringung über das 30-Milliarden-DM-Sparpaket von Herrn Eichel gesprochen und über die Entscheidung der Bundesregierung im Dezember, die Steuerreform vorzuziehen –, der rotgrünen Regierung würden die Wähler weglaufen und diese Politik würde Hamburg schaden, nicht erfüllt haben. Ich habe schon vor einem Jahr gesagt, daß dieses Konsolidierungsprogramm von 30 Milliarden DM im großen und ganzen kein Verschiebebahnhof an die Länder war. Das war dort ein geringerer Anteil von 10 Prozent, der die Länder betraf. Ich gebe aber zu, daß die Entscheidung im Dezember, nach der wir auch im Jahr 2001 mit einer geringeren Steuereinnahme von bis zu 700 Millionen DM rechnen müssen, erst einmal zu viel Nachdenken und Schlucken geführt hat, weil man gar nicht wußte, ob wir das verkraften werden und ob sich die versprochenen und erhofften Einnahmesteigerungen durch die konjunkturelle Belebung wirklich durchsetzen würden.

Ich stelle aber heute insgesamt fest, daß wir tatsächlich eine Bundesregierung haben, die entscheidungsstark ist, und was die Reformkraft in der Haushalts- und Steuerpolitik anbetrifft, kann man nicht sagen, daß sie als Buhmann dastünde. Ich glaube, wer allen Ernstes die rotgrüne Bundesregierung mit ihrer Haushalts- und Steuerpolitik als Problemabwälzzone Hamburger Haushaltsprobleme bezeichnet – und das möglicherweise auch noch aus der Ecke der CDU –,

(Dr. Michael Freytag CDU: Unglaublich!)

der ist nicht glaubwürdig. Einerseits betreibt die Bundesregierung – dazu kann man kritisch stehen – eine Steuerentlastungspolitik, aber sie macht es so erfolgreich, und ich nenne es erfolgreich, weil sie nach einer Balance sucht zu dem, was mit stabilen Steuereinnahmen für öffentliche Gebietskörperschaften, nämlich auch Ländern, korrespondiert. Deswegen sehen wir in Hamburg jetzt auch einen Haushaltsplan-Entwurf des Senats vor uns, der keineswegs die Konsolidierung als durch den Bund zerstört darstellen muß. Das ist wichtig, und das ist auch im Interesse der Stadt gut so. Ich glaube, daß auch die CDU – ich könnte mir vorstellen, daß es bei der anderen Opposition noch andere Stimmungen gibt – das eigentlich zugestehen müßte.

Man kann dazu sagen – und das wundert mich auch bei Ihnen, Herr Dr. Freytag –, daß ich die politische Linie in Ihrer Argumentation nicht erkenne. Ich möchte nämlich noch ergänzen, daß die schwarzen Steuerpläne – ich nenne sie einmal schwarz, weil sie von der CDU/CSU-Fraktion kamen – es vielleicht geschafft hätten, die Konsolidierung kaputtzumachen. Das muß man einmal deutlich sagen. Wir haben vor den Sommerferien eine Debatte um die Steuerreform gehabt. Deswegen ist es für mich wirklich schwierig, die politische Linie zu erkennen, weil Sie dort einerseits einer weitaus stärkeren Entlastung der Steuerreform das Wort geredet haben und sich gerade eben in Ihrer Rede bemüßigt sahen zu sagen, daß durch Einnahmeausfälle dem Hamburger Haushalt Schaden zugeführt wird durch Berlin. Das ist wirklich seltsam gedacht und nicht in den Zusammenhang gestellt, weil eine Steuerentscheidung, die in Berlin fällt, natürlich die Länder trifft, aber die Güte der Entscheidung können Sie nicht von Ihrem persönlichen Wohnort oder so von Ihrem Tätigkeitsort als Politiker abhängig machen.

Ich möchte noch einmal auf Diskussionen zum Länderfinanzausgleich eingehen. Ich glaube, daß es, wenn wir den Hamburger Haushalt betrachten, ganz wichtig ist anzuerkennen, daß es hier Ausgaben und Belastungen gibt, die es nicht in jedem Bundesland gibt. Das liegt nicht daran, daß man sich hier unbedingt mehr Luxus gönnen will, sondern daran, daß Metropolen andere Funktionen wahrnehmen müssen, daß sie andere Probleme in Größenordnungen aufzuweisen haben. Das wird zum Glück auch anerkannt. Das wurde bislang vor allen Dingen auch immer im Konzert aller anderen Ministerpräsidenten bis hin zum Bund anerkannt. Es gibt eine Akzeptanz für die Einwohnerwertung der Stadtstaaten.

Wenn wir aber jetzt – und dann hier in unserem Hause – Unverständnis für spezielle Ausgaben äußern, warum Hamburg an drittletzter Stelle in manchen Statistiken steht, dann befürchte ich, daß Sie mit dieser Argumentation – da muß ich noch einmal auf Sie eingehen, Herr Dr. Freytag – des Ländervergleichs ein ganz schlechter Vertreter Hamburger Interessen im Bundesvergleich, im Streit um den Länderfinanzausgleich wären.

(Beifall bei Dr. Martin Schmidt GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie liefern geradezu Argumentationen, aus Problemen hausgemachte Probleme zu machen, nur weil Hamburg im Vergleich schlecht dasteht. Das ist nicht klug.

(Dr. Michael Freytag CDU: Weshalb hat Hamburg denn sonst die Probleme?)

– Weil wir ein Stadtstaat sind. Fragen Sie einmal Ihren Kollegen Kruse, der wird Ihnen das erklären. Es gibt in manchen Bereichen, nicht in allen Bereichen, ich meine das nicht als Freifahrtschein, einen besonderen strukturellen Finanzierungsbedarf in den Stadtstaaten. Sie können ganz einfach mit dem Bereich Sozialhilfekosten anfangen, der ein ganz wichtiger Punkt bei den Belastungen der Haushalte ist.

(Anja Hajduk GAL)

Ich kann aber auch einen anderen Bereich nennen, nämlich den der Hochschulen. Das ist im allgemeinen Länderkonzert zum Glück anerkannt. Sie reden hier einer Vergleichbarkeit Hamburgs das Wort, die einer Argumentation für die Hamburger Interessen bei einer Diskussion um den Länderfinanzausgleich hochschädlich wäre. Deswegen bitte ich Sie, einmal darüber nachzudenken und genau zu sagen, wo Sie die Schwächen im Hamburger Haushaltsplan sehen. Aber führen Sie das nicht so einfach an, weil wir ganz andere Aufgaben zu bewältigen haben als ein Flächenland, das die Belastung seiner Metropolen ausgleichen kann.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Sie waren auch schon mal kritischer, als Sie noch nicht in der Regierung waren! Sie sind ja handzahm geworden!)

– Wenn Sie mir wenigstens einmal ein Argument brächten, dann würde ich darauf gerne eingehen. Ich bin doch nicht handzahm, wenn ich Sie mal ein bißchen rannehme. Das kann ich nicht verstehen. Das ist ein seltsames Verständnis von handzahm.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Sie sollen den Senat kontrollieren!)

– Ich muß mich ja mit der Opposition auseinandersetzen, und das gebührt den Regeln hier im Hause.

Ich möchte noch drei Dinge zum Hamburger Haushalt sagen. Bei den Personalaussagen können wir erkennen, daß eine Steigerung von 62 Millionen DM im Haushalt 2001 eine Steigerung von circa 1 Prozent bedeutet. Das ist eine Steigerung nominal, aber real bedeutet das eine Absenkung. Hieran kann man die Konsolidierungsbemühungen, die auch noch in 2001 erforderlich sind, in ihrer Strenge erkennen. Es wird eine Kraftanstrengung sein, das auch durchzuziehen.

Mit Interesse nehme ich aber zur Kenntnis, was ich im ersten Moment als Haushälterin noch ganz kritisch angucken möchte, daß 17 Millionen DM Erleichterung bei den Sparvorgaben gewährt werden konnten, weil in den Sonderbereichen mehr eingespart wurde als vereinbart. Das heißt, es gibt mehr Spielraum im Personalhaushalt 2001. Ich denke, darüber werden wir in den parlamentarischen Beratungen, die jetzt vor uns liegen, Diskussionen zu führen haben, wo wir den Spielraum für eine leistungsfähige Verwaltung brauchen.

Ich denke, daß die Ergebnisse der Enquete-Kommission für Jugendkriminalität schon Empfehlungen gegeben haben, daß es zum Beispiel Engpässe im Bereich der Bezirksjugendgerichte gibt. Für derlei Aufgaben ist es natürlich wohltuend zu wissen, daß wir Entlastungen bei den Personaleinsparungen haben, so daß wir kontrollieren können, ob nach diesen Empfehlungen der Enquete-Kommission für Jugendkriminalität auch solche Beschlüsse umgesetzt werden können.

Ich sage, wir müssen nicht nur kontrollieren, ob so etwas vorgesehen ist, sondern wir können es selber beschließen. Unter dem Gesichtspunkt begrüße ich natürlich den neuen Spielraum. Zukünftig ist sicherlich im Sinne der Personalentwicklung und auch für die Verwaltung ein gutes Signal, zu wissen, daß das Konsolidierungsprogramm für den Personalhaushalt mit 2001 erst einmal auslaufen soll. Aber das sollte vielleicht auch nur im Stellenbereich so sein, was die Anzahl der Stellen angeht, und nicht im Personalbudget, denn wir sind zukünftig in einer Situation, daß die Altersstruktur, bedingt durch das Durchschnittsalter in den Verwaltungen, nicht mehr stetig steigen wird. Der Personalhaushalt ist früher deshalb teurer geworden, weil die Mitarbeiter älter wurden. Jetzt haben wir zum ersten Mal die Situation – das weist der Finanzbericht aus –, daß es ein altersstrukturbedingtes Einsparungsvolumen von 10 Millionen DM gibt. Das ist nicht wenig, aber hilfreich. Ich vermute, das wird in den nächsten Jahren ansteigen.

Ich möchte noch auf zwei Aspekte im Haushaltsplan eingehen. Was für unsere Fraktion eine wichtige Ziffer ist, ist, daß in der gesamten Planung der Investitionen – im Finanzplanungszeitraum bis 2004 handelt es sich um 7 Milliarden DM – die Investitionen im Bereich Bildung und Qualifizierung mit 2,4 Milliarden DM einen großen Rahmen einnehmen. Das finden wir richtig. Der kontinuierliche Aufwärtstrend, im Wissenschaftsetat zum Beispiel trotz Konsolidierung, ist ein richtiger Trend. Das zeigt auch auf, daß es kein Rasenmäherprinzip beim Sparen gegeben hat. Wir halten Bildung und Qualifizierung für eine notwendige und für die Zukunft wichtige Voraussetzung, die man den Bürgern bieten muß.

Ich möchte einige Bemerkungen zum A3XX machen. Das ist eine ganz frische Entscheidung, die nicht im Haushaltsplan dargestellt ist, die aber auf den Haushalt eine große Auswirkung hat. Ungefähr 1,1 Milliarden DM soll das Projekt kosten. Aus haushälterischer Sicht nehme ich mit Befriedigung zur Kenntnis, daß mehr als die Hälfte nicht aus dem Haushalt und deshalb nicht mit Steuermitteln finanziert wird. Ich muß mich noch einmal an meinen haushaltspolitischen Kollegen der CDU-Fraktion wenden. Herr Dr. Freytag, Sie rufen auf zu der Bereitschaft, öffentliches Vermögen zu verkaufen und in Zukunftsinvestitionen zu stecken. Nach meinem Verständnis ist die Finanzierung des A3XX eigentlich ein Paradebeispiel dafür, daß man so etwas sinnvoll machen kann, daß man sich aber, wie Sie mittlerweile auch in Ihrer Rede zugestanden haben, nicht treiben lassen darf. Deswegen, glaube ich, ist es auch fair genug zu sagen, daß dieser Senat genau von diesem Prinzip Gebrauch macht, sich zu überlegen, wann wir uns von Anteilen und öffentlichem Vermögen trennen, weil es für Zukunftsinvestitionen richtig und wichtig ist und weil wir uns sonst vielleicht mit Steuermitteln verheben würden. Darauf möchte ich noch einmal hinweisen, weil das eigentlich das aktuelle Beispiel, was ich anmahnte, zu dem Thema, wie man mit öffentlichem Besitz umgeht, gewesen wäre.

Ich möchte aber zum A3XX auch in der Sache etwas sagen. Die Standortentscheidung soll für Hamburg unter anderem folgendes bedeuten, daß nämlich bei einer Mindestproduktionsrate von, ich sage mal, 46 A3XX-Groß-Airbussen über 4000 Arbeitsplätze prognostiziert sind. Die Wertschöpfung ist mit über 500 Millionen DM angegeben.

Wir haben uns – und das vor einigen Jahren – für die Zustimmung zu diesem Projekt am Anfang der Legislaturperiode entschieden, wenn dieses Ziel – und das ist ja ein recht hochgestecktes Ziel – bei den Beschäftigungseffekten wirklich erreicht wird und wenn der Flächenbedarf nachgewiesen ist. Das wird auch der Mindestmaßstab für die parlamentarischen Beratungen sein. Wir haben ja – so die Verlautbarung des Senats – mit einer Mindestangabe von 4000 Arbeitsplätzen als Beschäftigungseffekt zu rechnen.

Wenn also dieser Erfolg für die Region Hamburg eintritt, dann tragen wir diese Entscheidung insofern mit, weil wir unsere Entscheidung gar nicht korrigieren wollen. Allerdings werden wir es auch immer betonen, daß wir es für

(Anja Hajduk GAL)

A richtig halten und uns dafür einsetzen, daß in dem erforderlichen Ausmaß auch die ökologischen Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen zeitnah realisiert werden. Dafür haben wir uns immer eingesetzt. Das ist auch unser Anteil, bei solch einem Großprojekt mit unseren ökologischen Zielen bestehen zu können, mit zu definieren, zu welchem Preis und welche Ersatzmaßnahmen, die auch ein hohes Volumen ausmachen, absolut notwendig und nicht nur rechtlich geboten sind.

(Beifall bei der GAL)

Ich habe zu Beginn meiner Rede dargestellt, unter welchen schwierigen Bedingungen wir in die Koalition gestartet sind. Die Politik hat in solchen Zeiten der Finanzkrise auch Chancen, nämlich ein ganz besonderes Verantwortungsbewußtsein für die finanziellen Folgen unseres Handelns walten zu lassen. Das hat diese Regierung bisher getan, es bietet aber auch Angriffsflächen, weil man dann erforderliche und schmerzhafte Einschnitte vornehmen muß. Wir werden aber dieses Verantwortungsbewußtsein für finanzielle Folgen der Entscheidungen in den jetzigen parlamentarischen Beratungen als Maßstab anlegen.

Politikerhandeln dagegen, welches vorrangig eigene Klientel bedient und sich in einem Netzwerk von schnellen Gefälligkeiten absichert, wird in Zeiten knapper Kassen deutlich erkennbar. Das dient allerdings nicht dem Allgemeinwohl. Ich bin daher froh, daß die Akzeptanz für eine Sanierung des Haushalts in der Bevölkerung – nicht nur in Hamburg – hoch ist. Deshalb habe ich vorhin gesagt, die rotgrüne Bundesregierung sowie die rotgrüne Regierung in Hamburg werden für ihre Finanzpolitik – das ist keine falsche Prognose – als erfolgreich und glaubwürdig eingeschätzt. Da die Bevölkerung für die Sanierung des Haus-
B halts Akzeptanz aufbringt, erfährt eine nachhaltige Politik, die sich die Grünen auf die Fahne geschrieben haben, Zustimmung, und es werden für zukünftige Generationen finanzielle Spielräume für soziale und zukunftsfähige Ausgaben geschaffen. Ich bin froh, daß wir auf diesem Weg geblieben sind. Wir werden diesen letzten für diese Legislaturperiode vorgelegten Haushalt daraufhin überprüfen. Die Rückführung der Netto-Neuverschuldung als neue Ziellinie wäre auch im Sinne der nachhaltigen Politikplanung. Deswegen stehen wir dem positiv gegenüber und werden versuchen, dies in den nächsten Jahren fortzusetzen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Hackbusch.

(Zuruf von der SPD: Mach es nicht so lang!)

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Ich bin froh, daß ich zum ersten Mal in dieser Bürgerschaft 30 Minuten Redezeit habe.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und Oh-Rufe bei den Fraktionen)

Ich werde versuchen, möglichst alles, was ich zu sagen habe, kurz und prägnant hinzubekommen, damit es auch einigermaßen rüberkommt.

So,

(Bernd Reinert CDU: Das war ein schönes Schlußwort!)

es ist noch einmal deutlich geworden, es beginnt keine glorreiche Zeit. Dieser Haushalt befindet sich – im Gegensatz zu dem, was man sich 1997 vorgenommen hat – wieder in C einer Krise. Das wird im Jahre 2001 und auch in den zukünftigen Jahren so sein. Es liegt nicht daran, daß keine Konsolidierung stattgefunden hat, sondern daß etwas nicht Vorgesehenes eingetreten ist. Es werden nämlich aufgrund von Einnahmeausfällen, die die Bundesregierung beschlossen hat – sie werden in diesem Jahr mindestens 700 Millionen DM betragen –, in dieser Stadt zusätzliche Kürzungen notwendig sein. Versprochen wurden sowohl von der SPD als auch von den Grünen, daß es in den Ländern zu keinen derartigen Einnahmeausfällen kommen wird. Es wurde gesagt, die Länder seien in den nächsten Jahren in der Lage, mit soliden Finanzen planen zu können. Dementsprechend hat Herr Dr. Freytag zu Recht kritisiert, daß die Versprechungen von Frau Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel sowie der SPD und GAL nicht eingehalten worden sind, zumindest eine aufkommensneutrale Einkommen- und Unternehmenssteuerreform vorzunehmen. Das ist eindeutig Wählerbetrug von SPD und Grünen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Neben der einkommensneutralen Steuerreform war zumindest vorgesehen, die Vermögensteuer wieder einzuführen und die Erbschaftsteuer neu zu regeln. Das haben im Wahlkampf sowohl SPD als auch Grüne versprochen. Die Länder müssen das wieder ausbaden, was auf Bundesebene verschenkt worden ist.

Vieles von dem ist von Herrn Ehlers schon sehr genau analysiert worden. Er hat es so zusammengefaßt, daß er zu Herrn Dr. Freytag völlig zu Recht gesagt hat: Ich weiß gar nicht, warum Sie uns kritisieren! Wir haben das CDU-Konzept im Zusammenhang mit der Einkommen- und Unternehmenssteuerreform übernommen, da können Sie doch gar nicht meckern. Recht hat er. D

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das ist übernommen worden. Deswegen fühlen sich Grüne und SPD gegenwärtig so stark, weil die CDU vor einigen Jahren das gleiche vorgeschlagen hat.

(Dr. Michael Freytag CDU: Die hat nicht das gleiche vorgeschlagen!)

Die führen das durch, und dementsprechend sind alle drei großen hier vertretenen Parteien satt und zufrieden, lehnen sich zurück und hören nicht richtig zu, was die Leute im Lande eigentlich dazu sagen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Eine der wichtigen Erklärungen, die dafür vorgelegt worden ist, warum das vernünftig ist, war: Wenn wir den Unternehmen durch die Unternehmenssteuerreform mehr Geld geben, wird es dazu führen, daß die Investitionstätigkeit ansteigt und dementsprechend die Arbeitslosigkeit verschwindet.

Willfried Maier und ich haben uns mit der SPD und den Grünen gemeinsam immer über den Unsinn lustig gemacht, den Kohl und Waigel dazu vertreten haben. Jetzt höre ich aus den ehemaligen eigenen Reihen genau das gleiche.

(Dietrich Wersich CDU: Sie lernen dazu!)

Ihr solltet es euch noch einmal durchlesen, was wir damals gemeinsam gesagt haben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die größte Katastrophe für den Länderhaushalt ist in dem Entwurf des mittelfristigen Finanzplans 2000 bis 2004 noch

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

gar nicht enthalten, sondern die große Katastrophe der Ausfälle wird erst in den Jahren 2005 und 2006 kommen. Diese Versprechungen sind gegenwärtig von Herrn Schröder und der rotgrünen Regierung gegeben worden. Sie werden bereits materielle Wirklichkeit, die wir noch gar nicht ahnen. Jeweils noch einmal eine Absenkung von über 1 Milliarde DM ist wahrscheinlich. Wir kennen die Zahlen noch nicht genau. Das heißt, jedes Jahr müssen noch einmal 10 Prozent bei allen Ausgaben gekürzt werden. Wer will das eigentlich verantworten, und wer hat etwas ganz anderes versprochen?

(Dr. Michael Freytag CDU: Das kriegt der Senat schon hin!)

Das ist aber nur ein Teil, der die große Krise ausmacht. Ein anderer ist die wachsende Anzahl von Nebenhaushalten, die schon von Herrn Dr. Freytag angesprochen wurde. Ein Beispiel ist die Investition in Altenwerder, die gegenwärtig über die unerträgliche Belastung der Entwicklung der HafenCity finanziert wird. Das Geld wird schon ausgegeben, obwohl keiner weiß, wie es eigentlich hereinkommen soll. Alle Städtepolitiker und Wissenschaftler sagen uns, daß das ein Stadtteil gar nicht vertragen kann. Wir werden die nächste Katastrophe in Altenwerder erleben, wo Geld, das gegenwärtig verbuddelt wird, noch nicht gegenfinanziert worden ist. Das ist unerträglich.

Die gleiche Situation wird im Zusammenhang mit der DASA und dem Bau des A3XX entstehen. Wir werden darüber in der nächsten Sitzung noch genauer diskutieren. 1,1 Milliarden DM sind aber als Riesensumme schon einmal genannt worden. Wie wir die Entwicklung solcher Investitionen kennen, wird sie sicher noch größer werden. 600 Millionen DM werden im wesentlichen dafür ausgegeben, daß man ein ökologisch äußerst wertvolles Gebiet, das lediglich mit Sand aufgeschüttet wird, opfert. Das kann man natürlich nicht Investition nennen. Das sind unsinnige Geldausgaben, die sich im finanzpolitischen Sinne nicht refinanzieren lassen. Das Geld wird also rausgeschmissen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es gibt, wie wir alle wissen, ein völlig unsicheres Projekt. Keiner weiß, wie die Strukturen von Airbus sein werden. Keiner weiß, ob das Flugzeug überhaupt gebaut wird. Hamburg droht gegenwärtig zu bauen – das ist die Hauptgefahr –, ohne daß wir die Entscheidungsprozesse abwarten. Es gibt so viele Unsicherheitsmomente, daß nicht nur Altenwerder den Sozialdemokraten und Rotgrün auf die Füße fallen wird, sondern auch dieses Projekt. Da bin ich mir sicher.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Damit wird auch ein Weg in Gang gesetzt und wieder aktiviert, der die gleichen Voraussetzungen hat, die wir gesehen haben, als die Grüne Alternative Liste entstanden ist: Ein größenwahnsinniger Kern, der damals die riesigen Projekte wollte, der sagte, Altenwerder muß unbedingt kommen, wir brauchen den großen neuen Hafen. Genau dieselbe Situation haben wir augenblicklich: Größenwahnsinnige Großprojekte, und die gegenwärtigen vorhandenen Ressourcen werden nicht ausreichend beachtet. Damals war es Altenwerder, jetzt wird das nächste Dorf plattgemacht, und zwar Neuenfelde, wo mit ökologischem Landbau viel erreicht worden ist. Es ist unverantwortlich, was Rotgrün hier macht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es ist unverständlich, warum sich meine alte Partei gerade an so etwas beteiligt.

Ich will nicht alle Fragen, die hier angesprochen worden sind, in einer großen Rede behandeln. Ich merke, daß die Stimmung dafür nicht richtig ist, und nenne deshalb nur einige Schlagworte. Die Haushälter sollten sich nicht nur immer an den Zahlen, sondern an der Wirklichkeit in dieser Stadt orientieren. Da müssen wir vor allen Dingen feststellen, daß diese Stadt in weiten Bereichen kaputt gespart worden ist.

Ich möchte Ihnen einen Brief vorlesen, der mir in diesen Tagen vom Sozialamt, Ortsdienststelle St. Pauli, zugegangen ist. Vielleicht macht er Ihnen deutlich, welche augenblicklichen Zustände mittlerweile in solchen Dienststellen aufgrund der Sparvorgaben existieren. Es handelt sich um die Anfrage eines behinderten Sozialhilfeempfängers zu seinen Leistungen. Dazu schreibt die verantwortliche Sachbearbeiterin:

„Sehr geehrte Damen und Herren! Herr K. ist zur Zeit nicht hier. Da ich die letzten zwei Wochen ebenfalls nicht im Dienst war, kann ich Ihnen zu dem Fall keine sachdienlichen Hinweise geben. Auch ist die zuvor für den Fall zuständig gewesene Frau B. nicht mehr hier beschäftigt, so daß ich dort auch keine Informationen einholen kann. Leider ist auch die zuständige Abteilungsleiterin Frau R. seit drei Wochen nicht hier, so daß ich Ihnen derzeit nicht weiterhelfen kann. Da ich derzeit mit meinem eigenen Aufgabenbereich völlig überlastet bin, kann ich keine zusätzlichen Aufgaben übernehmen. Über welchen Sachverhalt benötigen Sie noch Informationen? Eine entsprechende Anfrage kann ich dann im Rahmen der noch zu klärenden Postvertretung für die unbesetzten Sachgebiete berücksichtigen.“

Das ist doch atemberaubend, da sind gewisse Strukturen zusammengebrochen, auf die die SPD einmal in irgendeiner Form stolz war. Es gibt keine Antworten mehr. So wird mit dem Bürger umgegangen. Das spürt er persönlich, und das spürt man auch in diesen Briefen.

Ein zweites Beispiel: Öffentliche Bücherhallen. Wir sitzen gegenwärtig in einer Bildungsoffensive. Die Öffentlichen Bücherhallen in Hamburg waren in den Sommerferien geschlossen.

(Barbara Duden SPD: Nicht alle!)

Das ist eine unvorstellbare Situation. Man spricht von Bildungsoffensive, und die eigenen Sachen rotten in den Händen zusammen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und der CDU – Zurufe von der CDU: Zugabe!)

Und noch eine Sache, die mir sehr wichtig ist: Herr Ehlers hat uns eine Statistik zu den bereinigten Gesamtausgaben gegeben, die wir uns sehr deutlich ansehen sollten. Diese Bilanz ist natürlich sehr wichtig für Rotgrün. Herr Ehlers hat, was auch sein Recht ist, im wesentlichen dargestellt, wofür mehr Geld ausgegeben wurde. Ich führe Ihnen vor, wofür vor allen Dingen weniger Geld ausgegeben worden ist.

(Anja Hajduk GAL: Und was heißt das?)

Es wurde ein überproportionaler Anteil – aufgeführt in dieser Statistik –, nämlich 270 Millionen DM, im Bereich Soziales eingespart. Des weiteren wurde im Umweltbereich gespart. Soweit zur rotgrünen Regierung und ihrer zentralen Sparpolitik.

(Glocke – Anja Hajduk GAL: Ich möchte gern eine Zwischenfrage stellen!)

– Gern.

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Zwischenfrage von Anja Hajduk GAL: Herr Hackbusch, ich habe eine Frage an Sie. Sind wir uns darin einig, daß die Tabelle, die wir wie eine Seminarunterlage für die heutige Debatte bekommen haben, nicht zwingend Einsparungen im Sinne von Kürzungen meint, sondern verringerte Ausgaben?

(Lachen bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der CDU)

Wie bewerten Sie, daß weniger Menschen in dieser Stadt Sozialhilfe brauchen?

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Auf diese Frage will ich natürlich eingehen.

Die wesentliche Grundlage, auf die Sie und auch Herr Ehlers stolz hingewiesen haben – das ist ein wichtiger Posten in allen Haushaltsplänen der letzten Jahre gewesen –, ist, daß für die Jahre 2000 und 2001 zusätzlich 5000 beziehungsweise 3000 Menschen, die von der Sozialhilfe leben, in Arbeit gebracht werden.

Diese Aussage ist durch nichts belegt. Die Sozialbehörde und ihre Sozialhilfedienststellen haben keine Informationen darüber, ob diese Menschen arbeiten oder ob sie dort nicht erscheinen, um ihre Interessen und ihr Geld einzufordern.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Aber du weißt es!)

Wir wissen das durch verschiedene Fragen, daß Sie dafür keine Grundlagen haben. Die BAGS weiß nur, daß diese 5000 Menschen keine Sozialhilfe mehr beantragen. Das ist das einzige, was sie weiß. Die Darstellung im Haushalt, diese Menschen würden jetzt arbeiten, ist unzulässig, nicht korrekt und ist dementsprechend nicht richtig.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wenn Sie sich unsere Stadt betrachten, sehen Sie selbst – das können nicht nur sozialdemokratische Augen erkennen –, daß es hier mehr Verelendung gibt. Sehen Sie sich doch einmal das Elend vor dem Gebäude des DGB und die Verhältnisse an der Sternschanze an, wie es diesen Menschen geht. Man sieht dort Verelendung und weiß, daß diese Menschen nicht mehr zu den Sozialämtern gehen, um ihr Recht auf Sozialhilfe wahrzunehmen. Als Kriterium zu nehmen, diese Menschen würden auch arbeiten, ist zumindest naiv. Ich empfinde es aber noch als viel schlimmer: Es ist gelogen und falsch dargestellt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wir werden dieses Problem zu einem wichtigen Thema machen, wenn über die wesentlichen Sparvorgaben gesprochen wird, denn die Bilanz dieses Haushalts ist unsozial. Darüber werden wir in der Debatte noch weiter diskutieren.

Der Haushalt ist auch nicht in der Lage, die wichtigen existentiellen Fragen der Zukunft zu lösen. Das habe ich schon im Zusammenhang mit den riesigen Einnahmeausfällen gesagt, die in den Jahren 2005 und 2006 auf die Stadt zukommen werden. Der Senat ist dann – wie auch andere Kommunen – nicht in der Lage, gegen die Erpressungen, die Konzerne wie die DASA zuungunsten aller anderen Beschäftigten und Lebenden in dieser Stadt machen und aufgrund dessen sie ihre Riesenforderungen einlösen können, irgendein Argument oder eine Initiative zu finden. Nicht einmal die SPD wagt zu benennen, daß natürlich eine große Erpressung vorliegt, wenn 1,1 Milliarden DM für die DASA aufgebracht werden müssen, die durch nichts zu rechtfertigen sind, außer, daß sie in der Lage sind, uns zu erpressen.

Wir stellen fest, daß es Menschen in dieser Stadt katastrophal schlecht geht und daß die Verelendung zunimmt. Und zwar nicht nur dort, wo dies sichtbar ist, sondern auch durch die Existenz schlechter Arbeitsverhältnisse. Wir werden darüber diskutieren müssen, wie weit die öffentliche Hand mit den Sparvorgaben genau dies unterstützt, indem sie Aufträge an Leiharbeitsfirmen vergibt, die Mitarbeiter mit 10 oder 11 DM pro Stunde beschäftigen. Das darf nicht mehr geschehen, denn diese Praxis ist unsozial.

(Petra Brinkmann SPD: Was ist das denn? Belegen Sie das doch mal!)

– Das belege ich. Ich weiß, daß Ihnen unter anderem ein ehemaliger Innensenator als Geschäftsführer eines Sicherheitsunternehmens diese Zahlen nennen kann. Er ist genau mit dieser Situation konfrontiert worden. Das wird Ihnen durch Ihre eigenen Parteimitglieder belegt werden, wenn wir in Kürze darüber diskutieren.

Es wird auch weitere Zuwanderung nach Hamburg geben. Weil wir in einer Zeit leben, in der man von Globalisierung spricht und in der die internationalen Finanzmärkte geöffnet werden, Deutschland vor allen Dingen von der Exportwirtschaft lebt und es internationale Warenströme gibt, kann man machen, was man will: Die Zuwanderung wird zunehmen. Jeder, der etwas anderes behauptet, ist fahrlässig und politisch naiv.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Für diese Zuwanderung und die damit verbundenen Probleme benötigen wir genügend Geld, um diese Menschen aufnehmen zu können. Wir sehen die Bereitstellung dieses Geldes gefährdet und halten zusätzliche Anstrengungen im Bereich der öffentlichen Ausbildung für notwendig. Gerade im Grundschulbereich wurden Differenzierungen aufgelöst; die Gruppen der Kindertagesstätten sind zwar nicht größer, aber durch die verlängerten Öffnungszeiten sind die Belastungen für das Personal angestiegen. Gegenwärtig sind Sie nicht in der Lage, diese Probleme zu lösen.

Wir stellen fest, daß in diesen Bereichen gekürzt wurde, sich somit die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt nicht beweist und man nicht in der Lage ist, in die wichtigen öffentlichen Infrastrukturen ausreichend zu investieren, sondern daß der rotgrüne Senat in der alten Tradition der Hamburger Pfeffersäcke vor allen Dingen das Geld für Großprojekte ausgibt. Wir halten dies für falsch und werden dazu eine gute Alternative vorlegen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Waldhelm.

Michael Waldhelm CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vom Entertainment noch einmal zurück zu den Fakten des Haushalts. Ich möchte mich auf einige wesentliche Punkte beschränken.

Die Steuerreform ist mehrmals angesprochen worden. Herr Hackbusch hatte an den Senat eine Anfrage über die Auswirkungen gerichtet. Die Zahlen in der Antwort sind erschütternd. Wenn ich die Finanzsenatorin und ihre sonstigen Presseerklärungen richtig verstanden habe, dann hielte man das sicherlich alles für sehr schwierig, es sei

(Michael Waldhelm CDU)

A aber kein Problem und könne gelöst werden. Zweifel seien hier erlaubt.

Als Auswirkungen der Steuerreform sind Lasten auf Hamburg zugekommen. Im föderativen System müssen die Länder solche Lasten übernehmen. Sie müssen aber auch in der Lage sein, solche Lasten übernehmen zu können. Wir müssen uns unseren Haushalt einmal ansehen, ob wir wirklich dazu in der Lage sind.

Bei den Reden der Finanzsenatorin und den Vertretern der Regierungsfraktionen ist mir aufgefallen, daß sie über eine zentrale Zahl relativ leicht hinweggegangen sind. Das ist aus meiner Sicht die verheerendste Zahl des gesamten Haushalts: Der Betrag der Gesamtverschuldung.

Sie rechnen bis zum Ende des Jahres 2004 mit einer Gesamtverschuldung von 38 Milliarden DM, und das ohne Aussicht auf Verringerung. Im Gegenteil, Sie sagten selbst, daß die Summe noch steigen würde. Ich frage mich, wie man allein vor diesem Hintergrund sagen kann, daß der Haushalt solide finanziert und in der Lage sei, auch noch zukünftige Lasten zu übernehmen. Er kann es nicht!

(Beifall bei der CDU)

Daß die Ursache dieser Situation mannigfaltig ist, ist richtig. Aber einige Ihrer Vorgänger haben dafür eine zentrale Verantwortung. 1983 hat der Senat die Umstellung zur Nettoveranschlagung von Krediten beschlossen. Das heißt, es wird nicht mehr getilgt. Wenn Kredite fällig werden, wird ein neuer Kredit aufgenommen, der meistens teurer ist. Wenn Sie das privat so machen würden, sind Sie in Kürze ein Fall für den Insolvenzrichter.

Sie wollen uns vor diesem Hintergrund einen soliden Haushalt vorgaukeln. Das einzige für mich rechtfertigende Kri-
B terium wäre die Tatsache, daß Sie nicht durch laufende Kredite, sondern aus laufenden Einnahmen tilgen. Das muß jeder andere auch so machen. Dann kommen Sie von den Schulden herunter, was zwar lange dauern würde, aber man muß es wollen und vor allen Dingen damit anfangen.

Der Tag der Verabschiedung der Steuerreform war für Deutschland kein guter Tag. Sie hat – auch wegen der Umstände – hinsichtlich der Vereinfachung des Steuersystems, der Entlastung des Mittelstandes und für die gleichmäßige Besteuerung nicht viel mit sich gebracht. Alles dies fehlt; geblieben sind nur diese horrenden Lasten, die wir jetzt bewältigen müssen.

Die Finanzsenatorin ist der Meinung, daß wir das können; der Haushalt sei ausgeglichen. Schauen wir uns doch einmal die Zahlen an – ich will Sie nicht zu sehr mit Zahlen behelligen –:

(Dr. Holger Christier SPD: Das ist nett!)

Wieso ist der Haushalt ausgeglichen, wenn die bereinigten Gesamteinnahmen niedriger sind als die bereinigten Gesamtausgaben? Das kann doch nicht sein.

Nehmen wir einmal die bereinigten Gesamteinnahmen des Jahres 2004. Den bereinigten Gesamteinnahmen in Höhe von 18,3 Milliarden DM stehen 19,2 Milliarden DM an Gesamtausgaben gegenüber. Wo besteht hier ein Ausgleich? Auf die Aussage von Herrn Dr. Freytag, solange Kredite aufgenommen werden, sei ein Haushalt ohnehin nicht ausgeglichen, will ich gar nicht erst eingehen. Dieser Haushalt ist de facto nicht ausgeglichen. Ich sehe nicht, wie Sie das hinbekommen. Wenn ich mir überlege, welche Risiken auf uns zukommen, die dieser Haushalt auffangen muß, dann fühle ich mich nicht besonders wohl.

Ich komme zum Thema Länderfinanzausgleich, das auch C
schon genannt wurde. Hier ist folgende Situation entstanden: Die A-Länder feilschen mit den B-Ländern wie auf einem Basar; die Finanzminister und -senatoren treffen sich, es werden Interessen ausgetauscht und Bündnisse geschlossen, die Schwachen schließen sich zusammen, die Großen schmunzeln. Tatsache ist, daß es kaum Ergebnisse geben wird.

Was hier teilweise als große Gefahr bezeichnet wurde – der Verlust der Hamburger Einwohnerveredelung –, wird in einem Ergebnis enden, mit dem wir gut leben können. Ich nehme einmal an, daß wir Hafenlasten verlieren und es andere Bereiche gibt, die sich austarieren werden. Aber als zentrales Risiko sehe ich die Einbeziehung der Gemeindesteuern in den Länderfinanzausgleich auf uns zukommen. Wenn das kommen sollte, kostet es uns mehrere hundert Millionen DM. Dann können Sie sagen, was Sie wollen, und wie vorhin mit Kosmetik kommen: Das kriegen Sie nicht mehr hin. In dem Moment ist das Ganze geplatzt.

Ein anderes Risiko liegt in der Zinsentwicklung. Die Europäische Zentralbank dreht noch verhalten – dafür ist sie kritisiert worden – an der Zinsschraube. Das heißt, es wird von dort weitere Maßnahmen geben, die sich auf unseren Haushalt auswirken werden; und bei unserer Verschuldung wirkt sich jedes viertel Prozent verheerend aus.

Der Senat möchte von uns die Ermächtigung haben, im nächsten Jahr 700 Millionen DM an Kassenkrediten aufzunehmen. Das ist auf deutsch gesagt der Dispo; das kennen Sie von Ihrer Sparkasse. 700 Millionen DM sind kurzfristige Kredite, und die sind teuer. Wenn Sie bei der Haspa oder wo auch immer einen Dispo haben, zahlen Sie 12 oder 13 Prozent dafür. Die Landesbank wird der Stadt das Geld günstiger geben, trotzdem verursacht es Kosten. Wenn nur D
wenige Prozentpunkte oder die Stellen hinter dem Komma Veränderungen ergeben, ist das ein Risiko, das wir kaum auffangen können.

Bei der nächsten Runde der Tarif- und Besoldungserhöhungen im kommenden Jahr werden die Gewerkschaften nicht mehr so lammfromm sein. Jeder Prozentpunkt über dem, was der Senat für das nächste Jahr vorgesehen hat, kostet 80 Millionen DM mehr. Ein großes Risiko! Die Tarifverhandlungen für Arbeiter und Angestellte sind eine Sache, die soweit abgeschlossen ist. Die Bundesregierung hat beschlossen, daß die Beamten daran nicht teilhaben werden. Das werden sie sich nicht gefallen lassen. Die Mehrkosten dafür

(Glocke)

sind nicht veranschlagt, und das ist ein weiteres Risiko.

Zu meinem Lieblingsthema, den öffentlichen Unternehmen; allein bei der Holding wird sich der Verlustausgleich erhöhen. Das voraussichtliche Ergebnis für dieses Jahr sind 218 Millionen DM Verlust, und für das Jahr 2001 sind 261 Millionen DM angesetzt. Die Tendenz geht also mehr in Richtung Verluste.

Betrachten wir ein weiteres Risiko: Ihr Konsolidierungsprogramm. Sie haben gesagt, daß Sie sieben Jahre gespart haben und nun aufhören. Sie hören zu früh auf. Das erinnert mich an eine Situation von vor vielen Jahren unter Bürgermeister von Dohnanyi. Der Bürgermeister hatte 1981/1982 ein Stabilitätskonzept beschlossen und es gleich für das erste Jahr ausgesetzt. Sie haben ein Konsolidierungsprogramm, mit dem Sie zu früh aufhören. Das läßt sich so zusammenfassen: Entweder die Programme

(Michael Waldhelm CDU)

beginnen zu spät oder hören zu früh auf. Mit Sicherheit bekommen Sie den Haushalt so nicht in den Griff.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Da die Senatsvorlage bereits im Vorwege an die Ausschüsse überwiesen wurde, bedarf es heute keiner weiteren Abstimmung hierzu.

Ich gebe dann das **Ergebnis zur Wahl eines Deputierten** der Wirtschaftsbehörde bekannt. Es wurden 99 Stimmen abgegeben, davon 74 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 14 Stimmenthaltungen. Damit ist der Herr Schwippert gewählt.

Ich rufe dann die Punkte 32 bis 34 auf, Drucksachen 16/4562, 16/4563 und 16/4564. Das sind Berichte des Eingabenausschusses.

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 16/4562 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 16/4563 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 16/4564 –]

Ich lasse zunächst über die Empfehlungen aus dem Bericht 16/4562 abstimmen. Wer will zu den Eingaben 332, 504, 534, 544 und 546 aus 2000 den Ausschußempfehlungen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

Wer will die Empfehlungen zu der Eingabe 179 aus 2000 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das mit sehr großer Mehrheit beschlossen.

Wer folgt den Empfehlungen zu den Eingaben 153 und 548 aus 2000? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig beschlossen.

Wer will sich den Empfehlungen anschließen, die der Eingabenausschuß außerdem zu den Eingaben 544, 546 und 548 aus 2000 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit großer Mehrheit beschlossen.

Wer stimmt den übrigen Ausschußempfehlungen aus dem Bericht 16/4562 zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig beschlossen.

Ich komme zum Bericht 16/4563. Wer will die Empfehlungen zu den Eingaben 392, 594 und 604 aus 2000 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit sehr großer Mehrheit beschlossen.

Wer will sich den Empfehlungen anschließen, die der Eingabenausschuß außerdem zu der Eingabe 392 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit sehr großer Mehrheit beschlossen.

Wer folgt der Ausschußempfehlung zu der Eingabe 562 aus 2000? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig beschlossen. Wer stimmt den übrigen Ausschußempfehlungen zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig beschlossen.

Wer will das vom Eingabenausschuß empfohlene Ersuchen beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig beschlossen.

Ich komme zum Bericht 16/4564 und beginne mit Ziffer 1. Wer stimmt den Ausschußempfehlungen zu den Eingaben 588, 603, 618, 619 und 633 aus 2000 zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit sehr großer Mehrheit beschlossen.

Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuß zu der Eingabe 619 ausgesprochen hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit sehr großer Mehrheit beschlossen.

Wer folgt den Ausschußempfehlungen zu der Eingabe 620 aus 2000? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit sehr großer Mehrheit beschlossen.

Wer stimmt den übrigen Ausschußempfehlungen aus Ziffer 1 des Berichtes 16/4564 zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit sehr großer Mehrheit beschlossen.

Ziffer 2 des Berichtes soll die Bürgerschaft zur Kenntnis nehmen. Das hat sie getan.

Um diese überraschend frühe Zeit erlaube ich mir, Ihnen noch einen schönen Abend zu wünschen. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 19.05 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise dem Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Wolfgang Baar, Tanja Bestmann, Sybill Buitrón Lübcke, Uwe Grund, Julia Koppke, Hans Jakob Kruse, Dr. Rolf Lange, Dr. Dorothee Stapelfeldt.